

Nikolaus Hagen

## **Richard und Emilie Bahr und ihre Stiftung**

### Vorbemerkung

Die Universität Innsbruck vergibt seit über sechzig Jahren Stipendien an Studierende der Geschichte und der Germanistik aus Mitteln der „Richard & Emmy Bahr-Stiftung“ mit Sitz in Schaffhausen. Obwohl die Erträge der Stiftung jährlich in beträchtlicher Höhe zur Auszahlung gelangen und stets eine erhebliche Zahl von Studierenden in den Genuss von Stipendien kam, ist über die Geschichte der Stiftung und das Stifterpaar kaum etwas in Erfahrung zu bringen – weder in den Veröffentlichungen der Universität noch in den leicht zugänglichen Nachschlagewerken. Die Stiftung erscheint merkwürdig geschichtslos.

Der eigentliche Stiftungszweck, der seit einigen Jahren nicht mehr öffentlich kommuniziert wird, legt eine deutschnationale oder völkische Orientierung der Stifter bzw. der Namensgeber nahe, sind es doch explizit „deutschstämmige“ Studentinnen und Studenten, denen die Förderung zgedacht ist. Rätselhaft ist weiters, weshalb die Stiftung gerade die Universität Innsbruck bzw. deren Studierende begünstigt, da keine offensichtlichen Verbindungen des Stifterehepaar zur Leopold-Franzens-Universität oder ihrer Umgebung, das heißt auch nicht zu Innsbruck bzw. dem Bundesland Tirol, evident sind.

Die möglicherweise problematischen, jedenfalls aber ungeklärten ideologischen Hintergründe der Stiftung, vielmehr aber noch die Unkenntnis über die Geschichte von Stiftung und die Personen hinter dieser Stiftung, gaben den Anlass zu diesem Forschungsbericht. Das Ergebnis ist ein Versuch, diese Lücken, wenn schon nicht gänzlich zu schließen, so zumindest zu verringern. Der erste Teil des Berichts ist Aspekten der Biografien Richard Bahrs sowie Emilie Bahrs gewidmet, der zweite Teil der frühen Entstehungsgeschichte der Stiftung, der dritte – bislang nur als erste Skizze – der Stiftungsgeschichte seit Mitte der 1950er Jahre.

Dieser Bericht entstand im Auftrag des Dekanats der Historisch-Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck (Dekan Univ.-Prof. Mag. Dr. Dirk Rupnow) und wurde dankenswerterweise aus Mitteln der Richard & Emmy Bahr-Stiftung gefördert.



Abb. 1. Das einzig bekannte Porträtbild von Richard Bahr<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Erster Band, Berlin 1931, S. 56.

## Richard Bahr – eine biografische Annäherung

Als Dr. Richard Bahr am 21. Dezember 1936 in Mödling bei Wien verstarb, erschienen in einer ganzen Reihe von österreichischen sowie einigen reichsdeutschen Tageszeitungen und Periodika Nachrufe und Todesmeldungen. Unter den allerersten waren auch die *Innsbrucker Nachrichten*, die als dezidiert deutschnational galten. Bereits am Folgetag veröffentlichte die Zeitung eine kurze Notiz:

„h. Wien, 22. Dez. Hier ist der Vorkämpfer für das Ausland- und Grenzdeutschtum, Dr. Richard Bahr, langjähriger Mitarbeiter der ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘, im 67. Lebensjahre [sic] gestorben. Die zwei letzten großen Werke Bahrs ‚Volk jenseits der Grenzen‘ und ‚Deutsches Schicksal im Südosten‘ haben allseits große Würdigung erfahren.“<sup>2</sup>

In der Linzer *Tages-Post* konnte man am Tag darauf, dem 23. Dezember, lesen, dass Richard Bahr „als ein führender Vertreter des großdeutschen Gedankens“ galt.<sup>3</sup> Im *Neuen Wiener Tagblatt* hieß es am 26. Dezember – ansonsten sinngemäß gleich wie in den vorstehenden Kurzmeldungen –, dass Bahr „seit vielen Jahren in Österreich lebte“.<sup>4</sup> Schließlich druckte auch der *Tiroler Anzeiger* am 28. Dezember eine kurze Todesmeldung. „Dieser Tage ist der Schriftsteller Richard Bahr, der Verfasser der beiden Bücher ‚Volk jenseits der Grenzen‘ und ‚Deutsches Schicksal im Südosten‘ (erst vor kurzem erschienen) und zahlreicher volksdeutscher Aufsätze, gestorben. Er war ein gebürtiger Balte.“<sup>5</sup> Die kurzen Meldungen suggerieren eine gewisse, wenigstens namentliche Bekanntheit des Verstorbenen bei der österreichischen Leserschaft. Im reichsdeutschen *Karlsruher Tagblatt* hieß es am 24. Dezember ausführlicher:

„In Wien starb im 70. Lebensjahre der volksdeutsche Publizist Dr. Richard Bahr, der sich durch seine zahlreichen, insbesondere in Büchern, reichsdeutschen und österreichischen Zeitungen und Zeitschriften niedergelegten Arbeiten über Fragen des Auslandsdeutschtums einen Namen gemacht hat. Bahr wurde 1867 in Mitau in Kurland geboren. Die Eindrücke, die er in seiner Heimat vom Kampf des Auslandsdeutschtums empfangen hat, bestimmten seinen ganzen ferneren Lebensweg. Nach dem Kriege unternahm er systematische Wanderungen durch die auslandsdeutschen Siedlungen.“<sup>6</sup>

---

<sup>2</sup> Innsbrucker Nachrichten, 22.12.1936, S. 8.

<sup>3</sup> Tages-Post, 23.12.1936, S. 3.

<sup>4</sup> Neues Wiener Tagblatt, 26.12.1936, S. 15.

<sup>5</sup> Tiroler Anzeiger, 28.12.1936, S. 2.

<sup>6</sup> Karlsruher Tagblatt, 24.12.1936, S. 2.

Der längste und aussagekräftigste Nachruf erschien bereits am 23. Dezember in der großdeutschen Kärntner Zeitung *Freie Stimmen*. Er enthielt eine ausführliche biographische Skizze Bahrs und betonte dessen enge Verbundenheit mit dem südlichen Bundesland:

„Mit dem gesamten Deutschtum trauert Kärnten um diesen Mann, der es geliebt hat nicht nur seiner Schönheit, sondern vor allem seiner Deutschheit willen. – Richard Bahr, der einem alten deutschbaltischen Geschlecht entstammte, wurde am 6. April 1867 in Mitau (Kurland) geboren. Seine Vorfahren waren aus Holstein ins Baltikum gekommen. Bahr absolvierte das Gymnasium in Mitau, studierte in Kiel und Berlin und promovierte in Heidelberg. Er entfaltete durch rund 40 Jahre von Berlin aus eine weit umspannende publizistische Tätigkeit. Während des Weltkrieges war Bahr lebhaft bemüht um eine Lösung des baltischen Problems in deutschem Sinne. In dieser Richtung betätigten sich auch die von ihm begründeten und herausgegebenen ‚Stimmen aus dem Osten‘. Nach dem Kriege gab Bahr die Halbmonatsschrift ‚Wille und Weg‘ heraus, bereiste zum Studium der deutschen Minderheiten und Siedlungsgebiete ganz Europa und trat noch stärker als in der kaiserlichen Zeit als Tagesschriftsteller großen Formats hervor. Zur Autorität auf dem Gebiete des Grenz- und Auslandsdeutschtums geworden, als Schriftsteller in die Tiefe gehend und doch als Stilist einfach, aber einprägsam schreibend, gehörte er zu den selten gewordenen Publizisten, die tatsächlich gern und mit Genuß gelesen werden, vor allem von den Frauen. Und als Bahr im Jahre 1933 von Berlin Abschied nahm, wurden seine großen Verdienste von Männern wie [Otto] Geßler, [Eduard] Hamm, [Wilhelm] Solf, Frank, [Eugen] Schiffer und [Rudolf?] Presber gefeiert. Er siedelte in diesem Jahre nach Mödling bei Wien über, wo er seither lebte. Bahr verfaßte u.a. folgende Werke: ‚Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Einigungsamt‘ (1905), ‚Gustav Schmoller‘ (1908), ‚Ernst Bassermann‘ (1914), ‚Belgisch-französische Kriegsfahrt‘ (1915), ‚Im besetzten Polen‘ (1916), ‚Von der Schicksals- und Lebensgemeinschaft‘ (1917), ‚Österreich, wie es ist‘ (1930), ‚Volk jenseits der Grenzen‘ (1933). Das letztgenannte Werk ‚Volk jenseits der Grenzen‘, Hanseatische Verlagsanstalt in Hamburg, ist eines der besten Werke, die über das Außendeutschtum auf dem Kontinent geschrieben worden sind.“<sup>7</sup>

Die Nachrufe auf Bahr beschränkten sich nicht auf die Tagespresse. In der renommierten reichsdeutschen *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* erschien im Folgejahr, am Ende einer Rezension zu Bahrs letztem Buch mit dem Titel „Deutsches Schicksal im Südosten“, ein knapper Nachruf. Die Besprechung seines letzten veröffentlichten Werkes war zwar nicht besonders wohlwollend, aber angesichts des Todes des Verfassers zeigte sich der Rezensent Herbert Kniesche<sup>8</sup> milde. Der verstorbene Autor Richard Bahr habe

„das Leben eines in aller Eigenwilligkeit seiner Persönlichkeit aufrechten Mannes aus baltendeutschem Stamme [vollendet], eines Publizisten mit scharfer Feder, dessen Hö-

<sup>7</sup> Freie Stimmen, 23.12.1936, S. 3.

<sup>8</sup> Herbert Kniesche (1902–1949), 1939 Habilitation in Marburg, 1944 ebendort außerplanmäßiger Professor, 1933 SA-Rottenführer, Amtsleiter im NS-Dozentenbund. Anne Christine Nagel (Hg.), Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte, Stuttgart 2000, S. 533 (Biographischer Anhang).

hepunkte tagespolitischer Wirksamkeit im Deutschen Reich eng mit denjenigen nationalliberaler Einflußnahme verbunden waren, der jedoch gerade durch seine letzten Bücher aus der Schaffensperiode seines Mödlinger Ruhesitzes für lange Zeit im Schrifttum über deutsches Volkstum jenseits der Grenzen einen ehrenvollen Platz behaupten wird.“<sup>9</sup>

Größere öffentliche posthume Ehrungen blieben, soweit das überblickbar ist, aus, mit der bemerkenswerten Ausnahme einer im Juni 1937 an der Universität Wien begangenen Richard-Bahr-Feier, über die auch in der Wiener Presse berichtet wurde.<sup>10</sup> Bemerkenswert deshalb, weil Bahr kein Angehöriger der Wiener Universität war und nach seiner späten Promotion auch keine akademische Laufbahn eingeschlagen hatte. Bahr wurde auch keine Gedenkschrift gewidmet, aber immerhin wurde bereits 1943 an der Universität Wien eine Dissertation aus Geschichte mit dem knappen Titel „Richard Bahr“ eingereicht. Diese Dissertation war durchaus als posthume Ehrerbietung gedacht. Angeregt hatte sie der Historiker Heinrich Srbik (1878–1951). Im Vorwort schrieb die Verfasserin Getrud Pierer, ihre Arbeit sei das Porträt

„[e]ines Mannes, der zeitgebunden und ein Kind seines Säkulums, aber auch eines Mannes, den die brennende Sehnsucht nach einem großen deutschen Reich und die tiefe Sorge um die Brüder in der Fremde unruhig werden und ihn zu einem immerwährenden Mahner und von inniger Liebe durchglühten Anwalt werden ließ. Hat die behandelte Erscheinung auch keine überragende und als Einzelperson bleibende Bedeutung erlangt, ist sie im Strome der Zeit versunken, so war doch dieser gelebte Zeitraum eine Komponente aus dem unsichtbaren Zusammenwirken der Kräfte Unzähliger und so betrachtet lebt das Werk Richard Bahrs, lebt und hat dem Historiker, der auch solche scheinbar unwägbar Werte im Werden eines Volkes mit einrechnen mußte, unendlich viel zu sagen.“<sup>11</sup>

Wer war also dieser Richard Bahr, der „Vertreter des großdeutschen Gedankens“, „Kämpfer für das Auslandsdeutschtum“, „volksdeutsche Publizist“, dieses „Kind seines Säkulums“, das ausgerechnet im Jahr der nationalsozialistischen Machtübernahme nach Österreich übersiedelt war, wenig später – trotz einer Dissertation, die sich seinem Schaffen widmete – bereits beinahe vergessen war und an dessen Namen heute öffentlich nur mehr eine Stiftung an der Universität Innsbruck erinnert?<sup>12</sup> Die Wertungen in den wiedergegebenen Nachrufen und Arbeiten zeichnen bereits ein erstes Bild: Bahr war offenbar ein gebürtiger Deutschbalte, der in Deutschland

<sup>9</sup> Herbert Kniesche, Rezension zu Richard Bahr, *Deutsches Schicksal im Südosten* (Hamburg 1936), in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 30 (1937), Heft 3, S. 298–299, hier: S. 299.

<sup>10</sup> Richard-Bahr-Feier in der Universität, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 9.6.1937, S. 5.

<sup>11</sup> Gertrud Pierer, *Richard Bahr*, Diss. Phil., Wien 1943, S. 1. In der Zusammenfassung plagiierte sie Kniesche und schrieb vom „Leben eines in aller Eigenwilligkeit seiner Persönlichkeit aufrechten Mannes“. S. 207.

<sup>12</sup> Bis Anfang dieses Jahres gab es auch keinen Eintrag zu Bahr in der Internetenzyklopädie Wikipedia. Am 22. Januar 2020 wurde ein entsprechendes Lemma erstmals angelegt.

studiert, dort als Journalist und Schriftsteller tätig gewesen war, und seinen Lebensabend in Österreich verbracht hatte. Die Themen seiner Schriften sowie Attribute wie „großdeutsch“, „volksdeutsch“, „Vorkämpfer“ usw. ordnen ihn gedanklich bereits einer politischen Richtung und einem gewissen Milieu zu. Die Vorstellung, er müsse wohl ein Vertreter der politisch Rechten gewesen sein, womöglich gar ein Sympathisant der Nationalsozialisten, liegt durchaus nahe. Dieses Urteil wäre vorschnell und würde Bahrs Person nicht gerecht.

Es folgt der Versuch einer biographischen Skizze und einer politischen Einordnung von Bahrs journalistischer und publizistischer Tätigkeit. Dieser Versuch muss in diesem Rahmen äußerst lückenhaft bleiben, vor allem weil Bahr, nach derzeitigem Wissenstand, keinen schriftlichen Nachlass und auch kein Tagebuch und nur wenige, verstreute autobiografische Hinweise in seinen eigenen Werken hinterlassen hat. Nur ein kleineres, unvollständiges Konvolut von einigen Lebensdokumenten und eine Teilkorrespondenz mit seinem Vertrauten und zeitweiligen Rechtsvertreter Reichsminister a.D. Hermann Dietrich (1879–1954) aus den späten 1920er und den 1930er Jahren blieb in dessen schriftlichem Nachlass, der im Bundesarchiv verwahrt wird, erhalten. Eine publizistische Sammlung Bahrs, die noch in den 1940er Jahren am Historischen Seminar der Universität Wien existierte und, wie man einzelnen Hinweisen entnehmen kann, auch bedeutende Korrespondenz enthalten haben soll, war bislang nicht auffindbar. Weite Abschnitte der Biografie, insbesondere die Studienzeit und der Beginn seiner publizistischen Tätigkeit, liegen deshalb im Dunkeln und konnten nur schlaglichtartig mit Hilfe von einzelnen, teils zufälligen Dokumentenfunden, Zeitungsquellen sowie Adressbüchern und dergleichen beleuchtet werden. In der Forschungsliteratur, insbesondere jener zur deutschnationalen und liberalen Presse der Weimarer Republik sowie zu „auslandsdeutschen“ Netzwerken, scheint Bahrs Name zwar gelegentlich auf, ohne bisher aber Gegenstand von tiefergehenden biografischen oder netzwerkanalytischen Untersuchungen geworden zu sein. Auch fand Bahr Eingang in einige wenige biografische Nachschlagewerke, aber nicht in besonders viele und die meisten Einträge stammen zudem aus den 1930er Jahren.<sup>13</sup> Ebenso schwierig gestaltete sich die Suche nach den Spuren, die Bahrs zweite Ehefrau Emilie Bahr, geb. Schreiber, die zweite im Stif-

---

<sup>13</sup> Untersucht wurden die einschlägigen biografischen Nachschlagewerke und Datenbanken wie WBIS. Im Wesentlichen sind die Einträge gleichlautend und bestehen aus Lebensdaten sowie einer Liste wichtiger Werke. Kürzere Einträge finden sich u.a. in: Deutschbaltisches biografisches Lexikon 1710–1960 (1970), S. 26 (auch digital); Deutsches Literatur Lexikon, Band 1 (1966), S. 238. Eine aktuellere Ausnahme: Bruno Jahn (Hg.), Die deutschsprachige Presse: Ein biographisch-bibliographisches Handbuch, Band 1, München 2005, S. 49. Im sogenannten „Tagblatt-Archiv“ der Wien Bibliothek befindet sich zudem ein dünnes Personendossier mit zwei Ausschnitten aus dem Munzinger-Archiv von 1934 und 1937. Wien Bibliothek, TP 001971, Richard Bahr.

tungsnamen genannte Person, hinterlassen hat. Ihre biografische Skizze fällt deshalb noch dürftiger aus. Zugang zu Bahrs Weltanschauung und politischer Orientierung lässt sich wohl am ehesten über sein veröffentlichtes Werk, das hunderte Artikel und eine Handvoll Kleinschriften und Bücher umfasste, finden. Auch dieses Unterfangen steht letztlich noch aus – Pierers Dissertation von 1943, die primär seinem journalistischen Schaffen gewidmet war, ist insofern sicherlich ungenügend. In diesem Rahmen konnten nur einige wenige Aspekte aus seinem Gesamtwerk näher betrachtet werden, sofern diese für eine politische Einordnung Bahrs als entscheidend erachtet wurden. Der Schwerpunkt dieser biografischen Skizze liegt auf Bahrs politischen Verbindungen nach Österreich bzw. seiner Tätigkeit in Österreich. „Private“ Aspekte der Biografie mussten mangels entsprechender Quellen fast gänzlich unberücksichtigt gelassen bleiben.

### Jugend, Studienzeit und journalistisches Wirken bis 1918

Richard Eugen Wilhelm Bahr kam am 6. April 1867 (26. März 1867 nach julianischem Kalender) in Mitau im Gouvernement Kurland des Russischen Zarenreichs – der heutigen Stadt Jelgava in Lettland – zur Welt. Seine Eltern waren der Schulvorsteher Heinrich David Bahr und dessen Ehefrau Jenny, geb. Giesecke.<sup>14</sup> Die Mutter, vermutlich 1846 geboren, stammte ebenfalls aus Mitau und war die Tochter des Kaufmanns Wilhelm Giesecke und dessen Ehefrau Friedericke, geb. Lavin.<sup>15</sup> Über den Familienhintergrund ist bislang kaum etwas bekannt, ebenso wenig wie über Bahrs Kindheit und Jugend. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts stellten die Letten mit etwa 45 Prozent bereits die Bevölkerungsmehrheit in Mitau. Die Deutschen folgten mit knapp über 20 Prozent. Etwa 17 Prozent der Stadtbevölkerung waren Juden und 12 Prozent Russen. Um 1800 waren die Deutschen noch in der Mehrheit gewesen.<sup>16</sup> Nach 1880 verloren die ehemals von Deutschen dominierten kurländischen und baltischen Städte ihre autonomen Verwaltungsrechte. Die Familien Bahr und Giesecke rechneten sich selbst der deutschen Bevölkerung zu.

---

<sup>14</sup> Richard Bahr, Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Gewerbegerichts, Diss. Phil., Heidelberg 1904; Landesarchiv Berlin, Heiratsregister der Berliner Standesämter 1874–1920, Heiratsregister Standesamt Berlin 12a für 1908, Vol. I, Nr. 158

<sup>15</sup> Landesarchiv Berlin, Sterberegister der Berliner Standesämter 1874–1920, Sterberegister Standesamt Berlin 12a für 1912, Vol. II, Nr. 910.

<sup>16</sup> Anja Wilhemi, Mitau/Jelgeva, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2014, <http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32478>.

In seiner Geburtsstadt Mitau besuchte Richard Bahr das, wie er später schrieb, „damals noch vollkommen deutsche humanistische Gymnasium“.<sup>17</sup> Laut seinem zweisprachig in Deutsch und Russisch ausgestellten Maturitätszeugnis vom 30. Juni 1885 (jul. 18. Juni) war Bahr von 1878 bis 1885 Zögling dieser gymnasialen Lehranstalt, die als kurländisches Landesgymnasium, das heißt als Schule der Deutschbalten, galt. Er zeigte laut seinem Zeugnis sehr gute Leistungen im „lutherischen“ Religionsunterricht, ebenso in russischer, lateinischer und deutscher Sprache sowie in der Geschichte Russlands, ansonsten durchwegs gute Leistungen in Griechisch, Mathematik und Physik sowie in (allgemeiner) Geschichte und Geografie. Sein schulischer „Fleiß“ wurde als gut und sein Betragen als sehr gut bewertet. Eine schlechtere Note als gut fand sich im Zeugnis nicht. Die Schlussprüfung legte er dennoch nur mit der Gesamtbeurteilung „befriedigend“ ab. Unter dem Abschlusszeugnis unterschrieben alle seine Lehrer; die Namen waren durchwegs deutsch und bestätigen damit Bahrs Urteil über den „vollkommen deutsche[n]“ Charakter der Schule.<sup>18</sup>

Nach eigener Darstellung immatrikulierte er zu „Michaelis“ – das wäre der 29. September – 1885 an der Universität Kiel in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein und belegte dort die Fächer Geschichte und Altphilologie.<sup>19</sup> Laut den Kieler Matrikeln erfolgte die Einschreibung übrigens erst am 26. Oktober 1885 und nicht zu Michaelis.<sup>20</sup> Es ist völlig unbekannt, weshalb Bahr aus dem baltischen Kurland nach Deutschland auswanderte, Kiel als Studienort wählte und sich damit gegen ein Studium an der deutschbaltischen Landesuniversität Dorpat entschieden hatte.<sup>21</sup> War er alleine nach Deutschland gegangen oder gar mit seinen Eltern? Darüber äußerte er sich selbst ebenfalls nicht. Bahrs Studienzeit in Kiel währte nur kurz. Bereits im Wintersemester 1886, also nach nur einem Jahr in Kiel, wechselte er nach Berlin an die dortige Universität. Die Abmeldung aus Kiel erfolgte den Matrikeln zufolge am 6. November 1886.<sup>22</sup> Es ist im Universitätsarchiv Kiel nicht überliefert, welche Kurse er in diesen beiden Semestern belegt hatte. Der in Kiel lehrende Geschichtspräsident Carl Schirren (1826–1910), ein deutschbaltischer Historiker aus Riga, soll auf Bahr großen Eindruck gemacht haben. In

---

<sup>17</sup> Richard Bahr, Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Gewerbegerichts, Diss. Phil., Heidelberg 1904.

<sup>18</sup> Maturitäts-Zeugnis zur Aufnahme in die Universität von dem Gymnasium zu Mitau erteilt dem Richard Bahr, 18.6.1885 (jul.). BA, N 1004-201, fol. 9.

<sup>19</sup> Soweit die eigenen Angaben in: Richard Bahr, Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Gewerbegerichts, Diss. Phil., Heidelberg 1904. Bei Pierer fälschlich abweichender Studienbeginn in Kiel im Herbst 1886, Wechsel nach Berlin 1888.

<sup>20</sup> Freundliche Mitteilung von Jürg Rathjen, Landesarchiv Schleswig-Holstein, 10.1.2019.

<sup>21</sup> Im Matrikelverzeichnis der Universität Dorpat taucht er bis 1889 nicht auf. Vgl. Album Academicum der Kaiserlichen Universität Dorpat, bearb. Von Arnold Hasselblatt und Gustav Otto, Dorpat 1889, S. 888.

<sup>22</sup> Freundliche Mitteilung von Jürg Rathjen, Landesarchiv Schleswig-Holstein, 10.1.2019.



der Retrospektive, fast fünf Jahrzehnte später, nannte Bahr Schirren als einen seiner wichtigsten Lehrer, auch wenn er – wenn überhaupt – nur kurz bei ihm studiert haben konnte. 1933 schilderte er in der Rückschau jedenfalls ein sehr vertrautes Verhältnis zu Schirren: Er sei „als junger Kieler Student zu Schirrens Füßen gesessen und habe in seinem gastlichen Haus viel Freundliches erfahren“.<sup>23</sup> Was konnte er bei Schirren in dessen Lehrveranstaltungen gehört haben? Im Wintersemester 1885/86 hielt dieser ein Privatseminar zur „Geschichte Ludwigs XIV und des großen Kurfürsten“ ab, im Sommersemester eines zur Paläographie. Daneben bestritt Schirren jeweils die öffentlichen Historischen Seminare.<sup>24</sup> Wenn man Bahrs späteren akademischen Werdegang betrachtet, dann war Schirrens Einfluss auf Bahr wohl eher persönlicher und nicht unbedingt wissenschaftlicher Natur. Schirren habe sich, so Bahrs Einschätzung, im Reich nie heimisch gefühlt, sondern stets nur als Gast.<sup>25</sup> Vielleicht hegte Bahr selbst ähnliche Gefühle, die er in seinem akademischen Lehrer erkannt haben will. Rechtlich gesehen war Bahr in Deutschland jedenfalls lange ein Gast, ein Fremder. Als gebürtiger Mitauer war er auch als Student in Kiel und Berlin nach wie vor ein Untertan des russischen Zarenreichs. Dass er sich zu einem Professor, der ein Landsmann war, hingezogen gefühlt haben könnte, erscheint durchaus plausibel. Auf die Fremdheitserfahrungen dieser ersten Jahre in Deutschland kam Bahr 1933 zu sprechen: „„Rossus“ hatten sie mir, den Halbflüggen tödlich kränkend, in meine erste Matrikel geschrieben. Ich habe ein paar Semester zu tun gehabt, um meine Kommilitonen zu überzeugen, daß ich kein geringerer Deutscher war als sie.“<sup>26</sup>

Wie oft er während dieser Studienjahre in seine kurländische Heimat zurückkehrte ist unbekannt, aber er dürfte sich immer wieder in Mitau bzw. dem Zarenreich aufgehalten haben. 1888 musste er sich vor der zaristischen Stellungskommission in Mitau einfinden.<sup>27</sup> Für den regulären Wehrdienst wurde er dabei als untauglich befunden – von Pierer und in einem Nachruf Ferdinand von Uexkülls wird Bahr unspezifisch als an einer körperlichen Behinderung leidend beschrieben<sup>28</sup> –, er wurde aber dennoch zum bewaffneten Milizdienst zweiter Klasse verpflichtet. Erhalten hat sich zudem sein russischer Auslandsreisepass, der am 15. Oktober 1890 (3. Oktober 1890 jul.) in Mitau ausgestellt wurde. Der Reisepass war dreisprachig, in Russisch,

<sup>23</sup> Richard Bahr, *Volk jenseits der Grenzen*, Hamburg 1933, S. 18.

<sup>24</sup> Vorlesungsverzeichnis Universität Kiel Winterhalbjahr 1885/86, S. 24; Vorlesungsverzeichnis Universität Kiel Sommerhalbjahr 1886, S. 27.

<sup>25</sup> Bahr, *Volk jenseits der Grenzen*, S. 18.

<sup>26</sup> Ebd., S. 41.

<sup>27</sup> Stellungsbescheinigung (russisch). BA, N1004-201, fol. 58. Ich danke Yevgeny Bilski und Nikita Vialkov für die Übersetzung russischsprachiger Dokumente.

<sup>28</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 4; Ferdinand von Uexküll, Dr. Richard Bahr +, in: *Nation und Staat* 10 (1936), S. 313.

Französisch und Deutsch, gehalten: „Vorzeiger dieses Reisepasses der russische Unterthan cand. phil. Richard Bahr reiset ins Ausland.“ In der französischen Übersetzung und im Russischen wurde Bahr als „candidat en philologie“, also als Doktorand der (Alt-)Philologie, bezeichnet, die demnach sein Hauptfach gewesen sein dürfte.<sup>29</sup> Später verstand sich Bahr wohl primär als historisch arbeitender Schriftsteller und erwähnte seine Sprachstudium nicht mehr. Die 1890er Jahre sind nach derzeitigem Forschungsstand mehr oder weniger eine große „blinde Stelle“ in Bahrs Biografie. Erst zu Ende des Jahrzehnts wird Bahrs Leben wieder anhand von Dokumenten greifbar. Im Jahr 1898 wurde Bahr auf eigenen Antrag aus seiner russischen Staatsangehörigkeit entlassen.<sup>30</sup> Daraufhin bemühte er sich um die Erlangung der preußischen Staatsangehörigkeit. Ein Prozess, der offenbar doch einige Zeit in Anspruch nahm. Im Bericht der Berliner Stadtverordnetenversammlung von Mitte Februar 1900 findet sich folgender Eintrag: „Es liegen aus: [...] II. behufs Erledigung in Gemäßheit der Bestimmungen im § 28 der Geschäftsordnung das Naturalisationsgesuch 1. des Redakteurs Richard Bahr, Wartenburgstraße 16 [...]“.<sup>31</sup> Das Ansuchen wurde positiv beschieden und am 12. April 1900 bestätigte der Berliner Polizeipräsident, dass „[d]er früher russische Staatsangehörige Redacteur Richard Eugen Wilhelm Bahr zu Berlin [...] auf sein Ansuchen und auf Grund seiner Niederlassung in Berlin, die preußische Staatsangehörigkeit erworben“ habe.<sup>32</sup> Nach der Verleihung der preußischen Staatsangehörigkeit wurde Bahr Anfang Juli 1900 erneut gemustert, „als dauernd untauglich zum Dienst im Heere und in der Marine anerkannt“ und damit auch vom Landsturm- dienst und anderen Ersatzdiensten befreit.<sup>33</sup> In der knappen Autobiografie in der Einleitung zu seiner Heidelberger Dissertation fehlt der Hinweis auf die Einbürgerung. Vielleicht war das nur konsequent: In all seinen Schriften argumentiert Bahr später gegen eine auf den Staat gerichtete Geschichtsschreibung, gegen die Ansicht, die staatlichen Grenzen bestimmten die Zugehörigkeit zu einem Volk. Insofern mag es für ihn, für den die eigene deutsche Volkszugehörigkeit außer Frage stand, wenigstens in der Außendarstellung, insignifikant gewesen sein, ein „Reichsdeutscher“ zu werden.

---

<sup>29</sup> BA, N1004-201, fol. 50ff.

<sup>30</sup> BA, N1004-201, fol. 11.

<sup>31</sup> Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Ausgabe Erschienen: 1900, Nr. 7, 15.2.1900, S. 97.

<sup>32</sup> Naturalisationsurkunde, 12.4.1900. BA, N 1004-201 fol. 12.

<sup>33</sup> Ausmusterungsschein, 2.7.1900. Ebd., fol. 47.

Was hatte Bahr in der Zwischenzeit, immerhin waren beinahe eineinhalb Jahrzehnte vergangen, in Berlin gemacht? Bereits Ende 1886 hatte er bekanntlich seinen Studienort in die Reichshauptstadt verlegt und noch 1890 gab er an, Student der Philologie zu sein. Seine Studienzeit in Berlin, die noch dazu ohne Abschluss blieb, liegt aber weitestgehend im Dunkeln. Laut den Matrikeln der Friedrich-Wilhelms-Universität, der heutigen Humboldt-Universität, schrieb er sich im Wintersemester 1886/87 für Philologie ein und lebte zu diesem Zeitpunkt in der Tieckstraße 32 in Berlin-Mitte. Im Wintersemester 1888 wechselte er sein Studienhauptfach zu Geschichte und die Wohnstätte an die nicht weit entfernte Fehrbelliner Straße 30.<sup>34</sup> Er zog in den Folgesemestern erneut um, 1889 zuerst in die Schützenstraße 11–12, dann im Sommersemester 1890 in die Steinmetzstraße 56 in Mitte.<sup>35</sup> Im Wintersemester 1890 war er schon nicht mehr immatrikuliert und die Spur verliert sich bis zur russischen Aus- und preußischen Einbürgerung zur Jahrhundertwende zur Gänze.

An verschiedenen Stellen, darunter bei Pierer, heißt es, die Historiker Heinrich von Treitschke und der „Kathedersozialist“ und Nationalökonom Gustav Schmoller (1838–1917) seien Bahrs Lehrer in Berlin gewesen.<sup>36</sup> Welche Kurse Bahr aber in Berlin wirklich belegte, ist unbekannt. Zu Treitschke lässt sich nur feststellen, dass Bahr diesen sehr viel später aufgrund dessen preußischer Geschichtsschreibung kritisch betrachtete.<sup>37</sup> Bei Pierer heißt es zu Bahrs Studienzeit in Berlin: „1888 [recte: 1886] setzte er seine national-ökonomischen und historischen Studien in Berlin unter Anleitung des begeistert verehrten Meisters Gustav von Schmoller und als Schüler Heinrich von Treitschkes fort, verbrachte aber auch einen Teil seiner Studienzeit in Heidelberg.“<sup>38</sup> Pierers biographischen Angaben sind allerdings unzuverlässig und lassen sich anhand der jeweiligen Matrikeln nicht verifizieren. Eine Verbindung nach Heidelberg ist erst 15 Jahre später, zum Zeitpunkt von Bahrs Promotion, nachweisbar. Die Verbindung zwischen Bahr und Schmoller ist, anders als im Falle Schirrens, hingegen belegbar, obwohl auch hier nicht klar ist, wann Bahr Schmoller erstmals begegnete. Denn schon Anfang der 1890er Jahre gab Bahr, jedenfalls zeigen das die Berliner Matrikeln, sein aktives Studium wohl ganz auf und setzte es erst um 1901 nach mehrjähriger Unterbrechung fort. Allerdings fehlen auch hier alle Quellen. Gesichert ist einzig und allein, dass Bahr das Studium der Nationalökonomie schließlich 1904

---

<sup>34</sup> Universitätsmatrikel Berlin, Sommersemester 1889, S. 36.

<sup>35</sup> Universitätsmatrikel Berlin, Sommersemester 1890, S. 37

<sup>36</sup> Bahr, Richard, in: Baltisches biographisches Lexikon digital, abgerufen 3.7.2019.

<sup>37</sup> Vgl. Richard Bahr, Österreich wie es ist. Fünf Briefe der Werbung für den deutschen Zusammenschluß, Berlin 1930, S. 30.

<sup>38</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 3.

mit einer in Heidelberg eingereichten Dissertation mit dem Titel „Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des Gewerbegerichts“ abschloss. Ob er aber wirklich je in Heidelberg vor Ort studiert bzw. dort Lehrveranstaltungen besucht hatte, wie das Pierer behauptet, ließ sich nicht verifizieren, denn in den Matrikeln der Universität Heidelberg<sup>39</sup> sowie in den Adressbüchern scheint er im genannten Zeitraum nicht auf.<sup>40</sup> Eine erweiterte Fassung von Bahrs in Heidelberg eingereichter Dissertation mit dem Titel „Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Einigungsamt. Ein Beitrag zur Rechts- und Sozialgeschichte Deutschlands im XIX. Jahrhundert“ erschien 1905 in den von Gustav Schmoller und dem ebenfalls in Berlin lehrenden Nationalökonom Max Sering herausgegebenen Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen.<sup>41</sup> Im Vorwort erklärte Bahr, in methodischer Hinsicht Schmoller nachgeeifert zu haben, „ihm, dem Lehrer meiner Studienjahre, dem Führer meines Mannesalters“, dem er auch sonst „das Beste, was ich habe“, zu verdanken habe.<sup>42</sup> Besonders die Verbindung von Ökonomie und Geschichtswissenschaften, für die Schmoller stand, prägte auch Bahrs eigenes Schaffen, genauso wie dessen linksliberale Grundhaltung. Bahrs erste selbständige Schrift nach der Dissertation – eine knapp 20-seitige Broschüre – widmete er dann 1908 auch der Biografie seines akademischen Lehrers Gustav Schmoller.<sup>43</sup> Dieser galt im Übrigen stets als Vertreter der kleindeutschen bzw. norddeutsch-preußischen Richtung. Bahr, der sich später als Großdeutscher exponierte, scheint damals noch keinen Anstoß daran genommen zu haben.

Bahrs gesamtes Studium bleibt jedenfalls ein gewisses Mysterium. Dazu gehört nicht nur sein undurchsichtiger akademischer Pfad von der Altphilologie in Kiel über die Geschichte in Berlin bis zur Nationalökonomie in Heidelberg, sondern auch sein Studentenleben. Es ist relativ eindeutig, dass Bahr im Laufe seines Studiums einer Burschenschaft beitrug. Das Couleurstudentenleben dürfte ihm wichtig gewesen sein<sup>44</sup> – bei Besuchen an ausländischen Universitäten bemängelte er später stets das Fehlen dieser Traditionen. Ein konkreter Hinweis auf die Verbindung, der Bahr angehörte, fehlt allerdings. In seinen Briefen aus den 1930er Jahren an Dietrich schreibt er immer wieder von seinem „Bund“, ohne diesen zu benennen. Damals scheint

---

<sup>39</sup> Gesichtet wurden die Matrikelverzeichnisse der Jahre 1900 bis 1904 sowie die Adressbücher (Studierendenverzeichnisse) der Ruprecht-Karls-Universität der Jahre 1888 bis 1904. Universitätsbibliothek Heidelberg, Heidelberger Historische Bestände.

<sup>40</sup> Adreßbuch der Stadt Heidelberg nebst den Stadtteilen Neuenheim und Schlierbach für das Jahr 1900 ff.

<sup>41</sup> Richard Bahr, Gewerbegericht, Kaufmannsgericht, Einigungsamt. Ein Beitrag zur Rechts- und Sozialgeschichte Deutschlands im XIX. Jahrhundert (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen 23, Heft 5), Leipzig 1905.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Richard Bahr, Gustav Schmoller (Persönlichkeiten Heft 24), Charlottenburg 1908.

<sup>44</sup> Im Türmer verfasste er später auch einen Artikel über die Burschenschaft: Richard Bahr, Die deutsche Burschenschaft, in: Der Türmer, 2. Juni-Heft 1915.

er der „Alten Leobener Burschenschaft Germania zu München“ als Alter Herr angehört zu haben.<sup>45</sup> Deren Spuren sind aber, gelinde gesagt, verworren. Um 1900 soll der Sitz des Altherrenverbandes der Burschenschaft Germania in Wien gewesen sein. Diese hatte damals keinen aktiven Verband mehr. Nach der Jahrhundertwende schloss sich eine Leobener Korporation als aktiver Verband an den Altherrenverband der Germania an. 1930 wechselte der Sitz der aktiven Burschenschaft schließlich nach München.<sup>46</sup> Wann und wie Bahr in die Germania ein- oder übergetreten war, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren.

Neben seinen offensichtlich nicht sehr zielstrebig betriebenen Studien dürfte Bahr zwar noch erhebliche zeitliche Kapazitäten besessen haben, aber eine berufliche Tätigkeit ist bis Ende der 1890er ebenfalls nicht bekannt. Im Jahr 1898 soll er, laut Pierer, seine publizistische Tätigkeit begonnen haben,<sup>47</sup> was durchaus stimmen könnte, auch wenn sich dafür bislang kein eindeutiger Beleg finden ließ. Erst zwei Jahre später, im Jahr 1900, wird Bahr im preußischen Naturalisationsbescheid und im Berliner Adressbuch als Redakteur bezeichnet. In den Vorjahren war er in letzterem noch nicht verzeichnet gewesen. In den einschlägigen Zeitungs- und Zeitschriftendatenbanken finden sich die frühesten namentlich gekennzeichneten Artikel Bahrs ebenfalls erst aus dem Jahr 1900. Einer der frühesten war vermutlich eine Theaterkritik in der Dezemberausgabe der Monatsschrift *Der Türmer*, für die Bahr später regelmäßig publizierte.<sup>48</sup> Karl Quenzel, ein Berliner Literaturhistoriker, schrieb 1929 in der Rückschau, er habe das Jahr 1900 „im Mittelpunkt des literarischen Verkehrs“ verbracht und zwar in der Redaktion der Halbmonatsschrift *Das literarische Echo*, die der Verlag F. Fontane herausbrachte. In der Redaktion seien Ludwig Jacobowski, Leo Berg, Rudolf Presber und „der gewandte Publizist Richard Bahr“ zugegen gewesen.<sup>49</sup>

Zu diesem Zeitpunkt – Bahr war mittlerweile 33 Jahre alt – lebte er, wie im Naturalisationsgesuch angegeben, in der Wartenburgstraße 16 in Berlin-Kreuzberg in einer Wohnung im Parterre und besaß einen Telefonanschluss – damals noch eine Besonderheit.<sup>50</sup> Es folgten in den nächsten Jahren einige weitere Wohnungswechsel innerhalb Berlins und freie journalistische

<sup>45</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 30.6.1931. BA, N1004-204, fol. 57.

<sup>46</sup> Vgl. Geschichte der Halle-Leobener Burschenschaft Germania, <http://www.hlb-germania.de/>.

<sup>47</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 3.

<sup>48</sup> Inhaltsangabe *Der Türmer*, Dez. 1900, abgedruckt in: Ostdeutsche Rundschau, 13.12.1900, S. 20.

<sup>49</sup> Karl Quenzel, Ein klassischer Eheroman, in: Illustrierte Kurorte-Zeitung, 20.11.1929, S. 9.

<sup>50</sup> Adreßbuch für Berlin und seine Vororte 1900, Erster Band, S. 43.

Tätigkeiten für diverse Blätter. Im Jahr 1903 scheint er im Adressbuch als „Redakteur d. ‚Täglichen Rundschau‘“ auf, zu diesem Zeitpunkt wohnhaft in der Eberstraße 73, im ersten Stock.<sup>51</sup> Laut dem Adressbuch für 1904 lebte Bahr in der Fregestraße 56 im Postbezirk Friedenau.<sup>52</sup> Im Kompendium „Berlin und die Berliner“ war er zu diesem Zeitpunkt als „Redakteur der Täglichen Rundschau, Vertreter des Hannoverschen Couriers“ verzeichnet.<sup>53</sup> Zwei Jahre später, 1906, lebte Bahr – mittlerweile im Adressbuch als „Vertreter des ‚Hannov. Courier‘“ bezeichnet – dann unweit des Reichstags in der heute nicht mehr existierenden Roonstraße 13, im dritten Stock.<sup>54</sup> Der *Hannoversche Courier* galt als äußerst einflussreiche Zeitung im liberalen Spektrum und als Parteiorgan der Nationalliberalen;<sup>55</sup> die *Tägliche Rundschau*, ein Blatt mit wechselhafter Geschichte, zu diesem Zeitpunkt als betont nationale Zeitung.<sup>56</sup> Weiterhin publizierte Bahr auch in literarischen und politischen Zeitschriften, zumeist im *Türmer*, hie und da auch in anderen Periodika. Im Februar 1906 verfasste er beispielsweise einen Beitrag zur Sozialpolitik für die Monatsschrift *Nord und Süd*, die von Paul Lindau (1839–1919) herausgegeben wurde. Deutschland sei mit seinen sozialpolitischen Reformen keineswegs zu weit gegangen, schrieb er dort, es gelte „vielmehr in dieser Hinsicht noch verschiedene Forderungen zu erfüllen.“<sup>57</sup> Um dieselbe Zeit erschien im *Türmer* auch sein Aufsatz mit dem Titel „National‘ und ‚Nation‘“.<sup>58</sup> Abhandlungen zu sozialen und nationalen Fragen, biografische Auseinandersetzungen mit deutschen Staatsmännern, kurze historische Abrisse und gelegentlich auch Theater- oder Literaturkritiken, das war in etwa Bahrs Magazinrepertoire. Politisch war Bahr wohl bereits als Vertreter der Linksliberalen einzuordnen.

Am 7. April 1908 heiratete Richard Bahr, kurz nach seinem 41. Geburtstag, im Berliner Standesamt XIIa in der Alt-Moabiter-Straße, die 26-jährige Wienerin Margarete Viktoria Mathilde Bömches. Seine erheblich jüngere Ehefrau war 1882 in Triest als Tochter des k.u.k. Hafendirektors Friedrich Bömches (1829–1898) und dessen Ehefrau Maria Reiner zur Welt gekommen. Die Familie Bömches lebte zum Zeitpunkt der Heirat in Wien, wohin auch Margarete zuständig war. Sowohl Margarete Bömches als auch Bahr waren evangelischer Konfession.

---

<sup>51</sup> Berliner Adreßbuch 1903, Erster Band, S. 48.

<sup>52</sup> Berliner Adreßbuch 1904, Erster Band, S. 51.

<sup>53</sup> Berlin und die Berliner. Leute. Dinge. Sitten. Winke, Karlsruhe 1905, S. 208.

<sup>54</sup> Berliner Adreßbuch 1906, Erster Band, S. 59.

<sup>55</sup> Jörg Requate, Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert, Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995, S. 299ff.

<sup>56</sup> Ebd. S. 375f.; Meyers Großes Konversations-Lexikon, Band 19. Leipzig 1909, S. 284.

<sup>57</sup> Richard Bahr, Zu viel Sozialpolitik?, in: Nord und Süd, Februar 1906. Zit. n. Czernowitzer Tagblatt, 27.1.1906, S. 4.

<sup>58</sup> Laut Inhaltsangabe in den Innsbrucker Nachrichten, 15.2.1906, S. 10.

Wie sie sich kennengelernt hatten, ist indessen völlig unbekannt. Die kinderlos gebliebene Ehe zwischen Richard und Margarete Bahr wurde nach nur knapp sechs Jahren, am 18. Februar 1914, wieder geschieden, wie neben dem Eintrag im Berliner Heiratsregister handschriftlich vermerkt ist.<sup>59</sup> Die Verbindung mit der Familie Bömches könnte aber Einfluss auf Bahrs verstärkte Hinwendung zu österreichischen Themen gehabt haben. Sein Schwiegervater Friedrich Bömches, den Bahr aber wohl kaum mehr persönlich gekannt haben konnte, da er bereits 1898 verstorben war, stammte aus Kronstadt in Siebenbürgen,<sup>60</sup> wie Bahr also aus den peripheren deutschsprachigen Siedlungsgebieten. Von ihrem Vater hatte Margarete Bömches, gemeinsam mit ihren Geschwistern, nach dessen Tod einen Anteil an einer Villa in der Wiener Colloredogasse, einer noblen Wohngegend, geerbt.<sup>61</sup> Vielleicht verbrachte Bahr in Folge auch mehr Zeit in Wien und knüpfte dort erste Bekanntschaften. Trauzeugen der Hochzeit waren 1908 laut dem Trauregister der Gutsbesitzer Wilhelm Baron von Wrangel und der Gerichtsassessor Walther Frisch. Der deutlich jüngere Walther Frisch (1879–1866) hatte wie Bahr in Heidelberg und Berlin Geschichte und Nationalökonomie studiert. Es ist durchaus denkbar, dass sie sich dort über eine Studentenverbindung bzw. Burschenschaft kennengelernt hatten.<sup>62</sup> Der zweite Trauzeuge stammte aus dem deutschbaltisch-preußischen Geschlecht der von Wrangel. Wahrscheinlich handelte es sich um den damaligen Direktor der Nachtwach-Gesellschaft Charlottenburg.<sup>63</sup>

In den Jahren 1908 und 1909 fehlt im Berliner Adressbuch bei Bahrs Eintrag die Berufsbezeichnung Redakteur, er war aber dennoch weiterhin journalistisch als freier Korrespondent tätig. Artikel erschienen nun auch in Österreich. Die *Innsbrucker Nachrichten* veröffentlichten beispielsweise Anfang Mai 1909 sein mehrseitiges Porträt Bernhard von Bülow<sup>64</sup>, das auch verschiedene andere Provinzblätter abgedruckt hatten. Bahr lebte vorerst weiter in der Roonstraße 13 – wohl gemeinsam mit seiner damaligen Ehefrau. Im Adressbuch, das zu diesem

---

<sup>59</sup> Landesarchiv Berlin, Heiratsregister 1874–1920, Standesamt Berlin XII a, 1908 (Zum Erstregister erklärtes Zweitregister), B Nr. 158.

<sup>60</sup> Bruno Jahn, *Die deutschsprachige Presse. Ein biographisch-bibliographisches Handbuch*, Band 1, München 2005, S. 109.

<sup>61</sup> *Hausherren-Zeitung*, 15.11.1900, S. 12.

<sup>62</sup> Frisch trat 1918 in den Vorstand der Dresdner Bank ein, war 1933 in die „Arisierung“ des Privatbankhauses Gebrüder Arnhold involviert und wurde nach dem Krieg, als Mitglied der CDP, Oberbürgermeister von Lindau. Rudolf Vierhaus (Hg.), *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Band 3 (Zweite überarbeitete Ausgabe), München 2006, S. 571.

<sup>63</sup> Berliner Adreßbuch 1908, Erster Band, S. 2890. Keine weiteren Hinweise zur Person.

<sup>64</sup> Richard Bahr, Bernhard von Bülow, in: *Innsbrucker Nachrichten*, 3.5.1909, S. 1–3.

Zeitpunkt beinahe ausschließlich berufstätige Personen enthielt, und damit überwiegend Männer aus gewissen Schichten verzeichnete, ist sie allerdings nie enthalten. In der Ausgabe für 1910 wurde Bahr schließlich erstmals als Chefredakteur bezeichnet. Ein Jahr darauf wechselte die Wohnstätte an die ganz in der Nähe gelegene Adresse In den Zelten 9.<sup>65</sup> Von 1914 bis 1918 wohnte Bahr dann einige Häuser weiter in einer Wohnung in Haus Nr. 17.<sup>66</sup> Auch diese Straße im Stadtteil Tiergarten existiert heute nicht mehr. Über die Ehe mit Margarete Bömches ließ sich – abgesehen von der Tatsache, dass sie letztlich schon 1914 scheiterte – nichts Weiteres eruieren. Die Angaben über Bahrs berufliche Tätigkeit in diesen Jahren in den einschlägigen Nachschlagewerken stimmen im Wesentlichen mit jenen im Adressbuch überein<sup>67</sup>: Tätigkeit als Redakteur bei den *Berliner Neuesten Nachrichten*, beim *Hannoverschen Courier* und beim *Leipziger Tageblatt*. Dazwischen habe Bahr auch die „partei-offizielle“ *Nationalliberale Korrespondenz*, das Organ der Nationalliberalen Partei, geleitet.<sup>68</sup> Die österreichische Zeitung *Arbeiterwille* bezeichnete ihn schon 1909 als Herausgeber der *Nationalliberalen Korrespondenz*.<sup>69</sup> Ob damit eine Festanstellung verbunden war, ist unbekannt. Der Nationalliberalen Partei soll Bahr auch als Mitglied angehört haben,<sup>70</sup> was angesichts der führenden Tätigkeit für deren Blatt nicht erstaunen kann. Außerdem verfasste Bahr weiterhin und regelmäßig Aufsätze für die nationalkonservative Zeitschrift *Der Türmer*, die von Jeannot Emil von Grotthuß, wie Bahr ein Deutschbalte, herausgegeben wurde. 1914 waren es bspw. Artikel mit den Titeln „Der junge Treitschke“, „Über die Kunst, das Deutsche Reich zu regieren“, „Der deutsche Krieg“ und „Vergeßt Rußland nicht!“.<sup>71</sup>

Während des Krieges erschienen zudem drei Kleinschriften Bahrs: 1915 „Belgisch-Französische Kriegsfahrt“, 1916 „Im besetzten Polen“ und 1917 „Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft. Deutschland, Österreich und Ungarn“. Diese drei Publikationen markieren in Summe einen gewissen Wandel Bahrs vom liberalen Tagesjournalisten im engeren Sinne zum politischen, großdeutschen Publizisten und verdienen deshalb nähere Betrachtung. Das erste Heft, „Belgisch-Französische Kriegsfahrt“, entstand anlässlich einer Pressefahrt von zwölf

<sup>65</sup> Berliner Adreßbuch 1911, Erster Band, S. 77.

<sup>66</sup> Berliner Adreßbuch 1914, Erster Band, S. 84; Berliner Adressbuch 1918, I. Teil, S. 74.

<sup>67</sup> Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Erster Band, Berlin 1931, S. 56; Wer ist Wer. Lexikon österreichischer Zeitgenossen, hrsg. von Paul Emödi und Robert Teichl, Wien 1937, S. 311.

<sup>68</sup> Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Erster Band, Berlin 1931, S. 56.

<sup>69</sup> Arbeiterwille, 20.10.1909, S. 3.

<sup>70</sup> Pierer, Richard Bard, S. 5.

<sup>71</sup> Titel laut Monatsschrift für höhere Schulen 13 (1914).



Journalisten an die Westfront, auf Einladung des stellvertretenden Generalstabes. Im Wesentlichen handelte es sich um eine Langfassung und Zusammenstellung von sehr pathetischen Texten, die Bahr für verschiedene Tageszeitungen verfasst hatte. Ungewöhnlich für Bahrs Werk war, dass größere politisch-historische Abhandlungen darin fehlten. Bahr pries in einem Abschnitt zwar einerseits die deutsche Besatzungsverwaltung, zeigte andererseits aber auch ein gewisses Verständnis für die Abneigung und den „kalten Hass“, den er bei der belgischen Zivilbevölkerung wahrzunehmen glaubte. Der Großteil des Inhalts bestand ansonsten aus klassischer Kriegsberichterstattung, vor allem aus Erlebnisberichten über Besuche bei der Truppe und in diversen Offiziersquartieren.

Anders in der Kleinschrift „Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke“ von 1916, die im Anschluss an Bahrs Reise zu den Warschauer Hochschulfeierlichkeiten entstand. Anlass war die Neugründung der Warschauer Universität durch die deutsche Besatzungsmacht. In seiner Schrift pries Bahr diese Universitätsgründung als wahre „Kulturtat“, wie er überhaupt die deutsche Besatzungsverwaltung als Ganzes und im scharfen Gegensatz zur „russischen Gewalt Herrschaft“ in äußerst günstigem Licht zeichnete. Die russische Herrschaft in Polen sei auf eine „Verdummung“ und Proletarisierung der kongresspolnischen Bevölkerung hinausgelaufen, die deutsche Besatzung trage dagegen zum Aufschwung polnischen Geisteslebens bei. Die Reichsdeutschen allerdings würden die polnischen Aspirationen nicht recht verstehen, eine Liebe zu den Deutschen sei in Polen bislang auch noch nicht erwacht. Bahr befürwortete in seiner Schrift prinzipiell eine polnische Eigenstaatlichkeit oder alternativ auch eine Autonomie innerhalb des Habsburgerreiches; beide Varianten sah er im deutschen Interesse. Nicht Deutschland, sondern Russland sei der natürliche Gegner Polens. Von Polen habe Deutschland deswegen – im Gegensatz zur weit verbreiteten deutschen Ansicht – auch nichts zu befürchten. Etwaige polnische Expansionsgelüste müssten nach Bahr gegen Nordosten, Richtung Baltikum, Litauen, Weißrussland gerichtet sein und nicht etwa gegen Westen. Dennoch würden die Deutschen den Polen misstrauen und damit eine Chance für die Zukunft vergeben. In späteren Schriften revidierte Bahr einen Großteil seiner damaligen Ansichten zu Polen. Ein eigenes Kapitel widmete er 1916 der „Judenfrage in Polen“, das weiter unten noch genauer beleuchtet wird. Auch die Deutschen in Polen – die Bahr als größtenteils als entnationalisiert und für die deutsche Sache verloren betrachtete – handelte er in einem separaten Kapitel ab.

Die dritte Kleinschrift „Von der Schicksals- zur Lebensgemeinschaft“, fertiggestellt im Januar 1917, nahm Bahrs späteres Engagement für Österreich bzw. genauer gesagt: für eine großdeutsche Einigung vorweg. Laut Vorwort arbeitete Bahr zu diesem Zeitpunkt schon länger an einem großen Werk, das „Reichsdeutschland in das Verständnis der habsburgischen Monarchie und damit Deutschösterreichs einführen soll“. Er halte es „[a]ls geborener Auslandsdeutscher“ für seine Pflicht „vom Auslandsdeutschtum, dessen größter und wertvollster Bestandteil nach wie vor das österreichische bleibt“, zu schreiben. Ein „Schuß großdeutschen Empfindens“ sei in Kriegszeiten notwendig, um Deutschland geistig und physisch zu retten, da es „innerlich zu verarmen und äußerlich gefährdet zu werden droht“. Den Ungarn, denen er ein eigenes Kapitel widmete, attestierte Bahr einen ausgeprägten nationalen Chauvinismus, der sich insbesondere und ausgerechnet gegen die Deutschen richte, obwohl die Interessen zwischen beiden Völkern in der Monarchie übereinstimmen würden. Unter den Deutschösterreichern ortete er Bestrebungen, eine „Deutsche Arbeitspartei“ als Einheitspartei der Mitte zu gründen, die „nach rechts zu den Christlich-Sozialen und nach links zu den Sozialdemokraten“ Bündnisse schließen könnte. In Teilen der österreichischen Sozialdemokratie sah Bahr damals ebenfalls mögliche Verbündete, u.a. in der Person Karl Renners. Die Wiener Arbeiterschaft, die sich aus dem ganzen Reich rekrutiere, sei dagegen „dem Blute nach nicht deutsch“ und deshalb wenig empfänglich für den nationalen Gedanken. Allerdings, ganz verloren wählte er auch die Wiener Arbeiter nicht, denn ihre zweite Generation sei in der Regel „schon sprachlich eingedeutscht“, weshalb „Wien bis auf den heutigen Tag die größte Germanisierungsanstalt der Welt geblieben“ sei. Es bestehe deshalb Hoffnung, dass auch die deutschösterreichische Sozialdemokratie „in der Stunde der Entscheidung so völkisch“ handle und empfinde, „wie nur irgend möglich“. In Gruppierungen wie der Österreichischen Politischen Gesellschaft und dem Deutschen Klub sammle „sich so ziemlich alles, was der Erneuerung Österreichs den Weg zu bereiten wünscht“.

Die Betrachtungen über Ungarn verfasste Bahr anlässlich einer Reise zur konstituierenden Sitzung der Ungarischen Waffenbrüderlichen Vereinigung im Juni 1916, zu der er eingeladen gewesen war.<sup>72</sup> Wahrscheinlich verbrachte er davor auch einige Zeit in Wien und traf bei dieser Gelegenheit mit Vertretern verschiedener österreichischer Parteien, vor allem auch aus den liberalen und nationalen Fraktionen, zusammen. Zumindest ein Kontakt lässt sich auch namentlich belegen, denn im Mai 1916 spendete Bahr durch den österreichischen Reichsratsab-

---

<sup>72</sup> Pester Lloyd, 10.6.1916, S. 10.

geordneten Max Friedmann (1864–1936) von der Deutschen Nationalpartei 65 Kronen anlässlich der Sammlung der *Neuen Freien Presse* für den Verein „Kriegsblindenheimstätten“.<sup>73</sup> Erste Kontakte zum Deutschen Klub, in den er Jahre später eintreten würde, dürften wohl ebenfalls in dieser Zeit entstanden sein.

Bahrs Kleinschriften – allesamt überarbeitete Kompendien seiner früheren Zeitungsartikel – wurden in Kurzrezensionen sehr positiv aufgenommen. Die in Wien erschienene Zeitschrift *Polen*, ein galizisches Intelligenzblatt, lobte Bahr als Ausnahmeerscheinung unter den Publizisten, da er einen Beitrag für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen leistete.<sup>74</sup> Das österreichische *Armeebblatt* pries ihn für seine Schrift über Österreich von 1917: „Dr. Bahrs Arbeit gehört bei aller Kürze zu den wertvollsten Beiträgen zu der jetzt viel beschwatzten und wenig geförderten Aufklärung zwischen den verbündeten Staaten.“<sup>75</sup> Für seine publizistische Tätigkeit während des Krieges dürfte Bahr auch von offizieller Seite entsprechend geehrt worden sein. Am 4. Mai 1918 erhielt er mit Allerhöchster Entschliebung das Ritterkreuz des Kaiserlich-österreichischen Franz Joseph-Ordens, die niedrigste Stufe dieses Ordens, verliehen.<sup>76</sup> Eine Begründung ist nicht erhalten, aber möglicherweise war die Verleihung als Anerkennung für die genannte Schrift gedacht. Im März 1920 erhielt Bahr zudem „für Verdienste im Felde nachträglich das Eiserne Kreuz II. Klasse am schwarz-weißen Bande verliehen“.<sup>77</sup> Die Verleihung dieses reichsdeutschen Ehrenzeichens erfolgte eigentlich nur an Kombattanten – für Nichtkombattanten war jenes am weiß-schwarzen Bande gedacht. Da Bahr als untauglich eingestuft und deshalb längst ausgemustert war, ist diese Verleihung – sofern es sich nicht einfach um einen bürokratischen Irrtum gehandelt hat – doch sehr ungewöhnlich.

Noch vor Kriegsende und ziemlich genau vier Jahre nach seiner Scheidung von Margarethe Bömches, heiratete Bahr am 2. März 1918 erneut. Seine zweite Ehefrau war die Witwe Emilie Leonie Jacobi (nach anderen Urkunden Emilia), geborene Schreiber, genannt Emmy. Für beide war es die zweite Ehe. Als Beruf war bei Emilie Jacobi „verwitwete Chefredakteur“ angegeben. Emilie Schreiber, wie sie vor ihrer ersten Ehe mit Mädchennamen geheißen hatte, war am 14. Dezember 1877 in Straßburg zur Welt gekommen. Ihr bereits verstorbener Vater Wilhelm

<sup>73</sup> Neue Freie Presse, 13.5.1916, S. 5.

<sup>74</sup> Polen. Wochenschrift für polnische Interessen 2 (1916), Nr. 66, S. 21–22.

<sup>75</sup> Armeebblatt, 17.2.1917, S. 10.

<sup>76</sup> Verleihungsurkunde, 4.5.1918. BA, N1004-201, fol. 13.

<sup>77</sup> Benachrichtigung, 12.3.1920. BA, N1004-201, fol. 16.

Schreiber war königlich preußischer Hauptmann zur Disposition gewesen, die Mutter hieß Modeste Clairquemort und lebte zum Zeitpunkt der Heirat in Luxemburg,<sup>78</sup> 1929 dann in Kassel.<sup>79</sup> Der Vater war evangelisch, die Mutter katholisch und die Tochter wurde im Mai 1877 in der evangelischen Garnisonsgemeinde Straßburg getauft.<sup>80</sup> In erster Ehe war Emilie Schreiber mit dem Chefredakteur des *Hannoverschen Courier* Dr. Richard Jacobi verheiratet gewesen. Dieser war im Mai 1916 im Alter von 65 Jahren verstorben. Das Ehepaar Jacobi hatte in Berlin-Zehlendorf in der Spandauer Straße 17 gelebt.<sup>81</sup> Für den *Courier*, den Jacobi geleitet hatte, hat bekanntlich auch Bahr geschrieben und so dürfte er wohl auch seiner späteren Ehefrau Emilie Jacobi begegnet sein. Richard Jacobis älterer Bruder Hugo Jacobi (1842–1906) war übrigens ebenfalls Chefredakteur diverser liberaler Blätter gewesen, u.a. der *Berliner Neuesten Nachrichten*.<sup>82</sup> Auch für diese hatte Bahr immer wieder geschrieben. Die Verbindungen zwischen Emilie Jacobi und Emilie Bahr bestanden also auf verschiedenen Ebenen und beide dürften sich in ähnlichen politischen und sozialen Kreisen bewegt haben.

### Weimarer Republik und großdeutsches Engagement

Der politische Umbruch, der mit dem Ende der Monarchie und der Errichtung der Republik eintrat, bedeutete auch eine mehrfache Zäsur in Bahrs politischem und beruflichem Leben. Bahr, der ja schon seit Jahren als Redakteur und Korrespondent für zahlreiche liberal ausgerichtete Blätter gearbeitet hatte, rückte rasch in das Zentrum eines journalistisch-politischen Netzwerkes um die neugegründete linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP)<sup>83</sup>, die aus Teilen der Nationalliberalen Partei hervorgegangen war, und den Konzern des Verlegers August Huck<sup>84</sup>. Dieser Huck-Konzern galt, so die Einschätzung von Jörg Requate, um die Jahrhundertwende gemeinsam mit den Mosse- und Ullstein-Konzernen als Paradebeispiel für die „Geschäftspresse“, das heißt die relativ frei von politischen Ambitionen bzw. parteipolitisch unabhängige, rein auf Profit ausgerichtete Massenpresse.

„Durch die parteipolitische Neuordnung zu Beginn der Weimarer Republik rückten [...] die sich im liberalen bis linksliberalen Spektrum bewegenden Zeitungen des Huck-

<sup>78</sup> Berlin, Heiratsregister 1874–1920, Berlin XII a, 1918 (Zum Erstregister erklärtes Zweitregister), B Nr. 66.

<sup>79</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 17.6.1929. BA, N1004-204, fol. 7.

<sup>80</sup> Ausweis aus dem Taufregister, 2.5.1904. BA, N1004-201, fol. 60.

<sup>81</sup> Sterbeurkunde für Richard Jacobi, 28.1.1918. BA, N1004-201, fol. 62.

<sup>82</sup> Gunda Stöber, Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Stuttgart 2000, S. 60.

<sup>83</sup> Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924–1930, München 1978.

<sup>84</sup> August Huck (1849–1911), Sohn eines Industriellen, gründete ab den 1880ern zahlreiche Zeitungen, u.a. den Nürnberger Generalanzeiger, die Dresdner Neuesten Nachrichten, Halleschen Nachrichten, Münchener Zeitung, bayerische Zeitung usw. Kurt Wessel, Huck, August, in: Neue Deutsche Biographie 9 (1972), S. 709.

Konzerns in den Bereich der DDP. Gefördert wurde diese Entwicklung vor allem von dem Berliner Korrespondenten der Huck-Zeitungen, Richard Bahr.<sup>85</sup>

Dahinter stand vermutlich eine gezielte Strategie der Demokraten, die möglichst viele Kanäle, statt nur eines einzigen Parteiblattes, bedienen wollten. Nach Winfried Lerg sei Bahr damals eine der drei „kommunikationspolitisch“ entscheidenden Persönlichkeiten im Umfeld der DDP gewesen. Er habe die entsprechenden Verbindungen der Partei zur *Deutschen Allgemeinen Zeitung* (DAZ), zum *Hamburger Fremdenblatt* und zur Huck-Gruppe hergestellt. Die zweite wichtige Person sei Hermann Dietrich, Bahrs Vertrauter, gewesen, der finanziell an der DAZ, den *Frankfurter Nachrichten*, fünf Zeitungsverlagen in Baden und an einem eigenen Presse-dienst beteiligt war; schließlich als Dritter im Bunde noch der DDP-Abgeordnete und Bürgermeister von Graudenz, Max Winkler, genannt der „Bürgermeister“. Winkler gründete in den 1920er Jahren verschiedene Scheingesellschaften und Pressetrusts, unter anderem die „Konkordia Literarische Anstalt“ und die „Cautio Treuhandgesellschaft“. Über diese nominell privaten Trusts unterstützte und beeinflusste die Reichsregierung bzw. eine Arbeitsgemeinschaft aus DDP, Deutschnationaler Volkspartei (DNV), Deutscher Volkspartei (DVP), Zentrum und Sozialdemokratischer Partei (SDP) auslandsdeutsche Presseverlage.<sup>86</sup> Zweck der Gesellschaften war es vor allem gegenüber dem Ausland die Einflussnahme der Reichsregierung auf ausländische Zeitungen zu verschleiern. Diese konspirativen Gesellschaften fielen schließlich 1933 in die Hände von Joseph Goebbels und bildeten eine entscheidende Grundlage für das Medienimperium des nationalsozialistischen Propagandaministeriums und die Macht des parteieigenen Franz Eher Verlags.<sup>87</sup>

Bahr hatte weder eine offizielle Parteifunktion erlangt, noch war er in eine leitende Position im Huck-Konzern aufgestiegen. Sein Einfluss gründete letztlich auf seinen persönlichen Netzwerken innerhalb der Partei und der Presselandschaft. Anstelle einer festen Position innerhalb einer Verlagsgesellschaft oder Redaktion, machte sich Bahr noch 1918 mit einem eigenen Korrespondenzbüro selbständig. Derartige unabhängige Korrespondenzbüros waren in der Branche

---

<sup>85</sup> Jörg Requate, Zwischen Profit und Politik. Deutsche Zeitungsverleger im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Dieter Ziegler (Hg.) Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 167–186, hier: S. 183.

<sup>86</sup> Winfried B. Lerg, Die Publizistik der Weimarer Republik. Zur kommunikationsgeschichtlichen Ausgangslage, in: Hanno Hardt/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hg.), Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933–1945, München et al. 1979, S. 17–96, hier: S. 19f; Helga Wermuth, Dr. h.c. Max Winkler – Ein Gehilfe staatlicher Pressepolitik in der Weimarer Republik, Diss. Phil. München 1975, S. 11ff.

<sup>87</sup> Vgl. Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959, S. 326f.

damals Usus und bedienten in der Regel gleich mehrere Zeitungen, vor allem solche mit derselben oder einer ähnlichen Eigentümerstruktur und politischen Ausrichtung. Besonders den Korrespondenten in den politischen Zentren, im deutschsprachigen Raum vor allem jenen in Berlin, konnte damit großer Einfluss und erhebliche Reichweite zukommen. Das war namentlich dann der Fall, wenn sie, wie Jörg Requate es Richard Bahr attestiert, festen Anschluss an einen auflagestarken Verlag wie den Huck-Konzern hatten. Bahr habe enge Kontakte zum – nach Requate – „rechten Flügel“ der DDP, insbesondere zum späteren Reichsminister Hermann Dietrich unterhalten und als Hauptstadtkorrespondent sei ihm damit „eine Schlüsselfunktion innerhalb des Konzerns“ zugekommen. „Tatsächlich war Richard Bahr mehr als nur der Berliner Korrespondent der Huck-Blätter, sondern vielmehr derjenige, der in enger Zusammenarbeit mit Dietrich als Bindeglied zwischen der DDP und der der Partei nahestehenden Presse fungierte.“<sup>88</sup> Bahrs unabhängiges Korrespondentenbüro war letztlich, wenn auch nicht als solche deklariert, eine wichtige Vorfeldeinrichtung der DDP und agierte insbesondere in Dietrichs Sinne. Klarerweise lag es auch im wirtschaftlichen Interesse des Huck-Konzerns, möglichst denselben Korrespondenten für die vielen zugehörigen, politisch ähnlich ausgerichteten Blätter zu beschäftigen. Es war gewissermaßen eine „Win-Win-Situation“.

In der Frühphase bewarb Bahr sein Büro in Branchenblättern als „Berliner Demokratischer Pressedienst“,<sup>89</sup> was die enge Bindung an die DDP bereits andeutet. Sein Pressedienst war zudem eng mit dem „Demokratischen Presseverein“, der eigene Vertreter in die DDP-Führung entsendete, verbunden.<sup>90</sup> Dem 1920 gegründeten Vereins der Deutschen Korrespondenz-Verleger gehörte Bahr außerdem als Vorstandsmitglied an.<sup>91</sup> Ein Hinweis auf die einflussreiche Position unter den Hauptstadtkorrespondenten, die Bahr damals bereits erlangt hatte. In den 1920er Jahren baute Bahr das Netzwerk und die Zahl seiner belieferten Zeitungen kontinuierlich aus. Gemeinsam mit seinem zeitweiligen Kompagnon Konstantin Schmelzer versorgte Bahr um das Jahr 1930 folgende Zeitungen regelmäßig mit politischen Berichten, Enqueten und Leitartikeln: *Braunschweigische Landeszeitung*, *Breslauer Zeitung*, *Danziger Zeitung*, *Dresdner Neueste Nachrichten*, *Hallische Nachrichten*, *Hamburger Anzeiger*, *Kösliner Neu-*

---

<sup>88</sup> Jörg Requate, Zwischen Profit und Politik. Deutsche Zeitungsverleger im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, in: Dieter Ziegler (Hg.) Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 167–186, hier: S. 183.

<sup>89</sup> Anzeiger des Zeitungs-Verlags, 6.2.1920, S. 3.

<sup>90</sup> Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973, S. 46.

<sup>91</sup> Der Zeitungs-Verlag, 20.2.1920, S. 13.

este Nachrichten, Mainzer Anzeiger, Neue Mannheimer Zeitung, Memeler Dampfboot, Münchener Zeitung, Saarbrücker Zeitung, Stettiner Abendpost, Stuttgarter Neues Tagblatt und Wiener Neueste Nachrichten.<sup>92</sup> Diese Aufzählung, die wohl nur exklusive Vertragspartner enthält, ist nicht erschöpfend. Er schrieb jedenfalls noch für viele andere Zeitungen, darunter regelmäßig auch die DAZ und verschiedene österreichische Provinzblätter, vor allem aus dem großdeutschen Spektrum. Zu den unregelmäßig belieferten Zeitungen gehörte bspw. auch das *Vorarlberger Tagblatt*.



Abb. 2. Annonce „Berliner Demokratischer Pressedienst“ 1920

Nach Pierer sei Bahr nicht nur Dietrich, sondern auch Friedrich Naumann (1860–1919), dem ersten Vorsitzenden der DDP, nahegestanden.<sup>93</sup> In Theodor Heuss' großer Naumann Biografie wird Bahr allerdings nicht erwähnt,<sup>94</sup> was aber nichts heißen muss. Naumann selbst kam aus der Fortschrittlichen Volkspartei zur DDP, Bahr hingegen war vor 1918 Teil des linksliberalen Flügels der Nationalliberalen Partei gewesen. Vermutlich entstand die nähere Bekanntschaft zwischen Naumann und Bahr, die es angesichts dessen zentraler publizistischer Tätigkeit für die Partei sicherlich gab, erst im Zuge der DDP-Gründung. Bahr hatte sich allerdings schon 1906 journalistisch mit Naumanns Liberalismus auseinandergesetzt.<sup>95</sup>

<sup>92</sup> Eigene Zusammenstellung aus BA, N1004-206, fol. 31 und Jürgen Wilke, Inlands- und Auslandskorrespondenten in der Weimarer Republik, in: *medien & zeit* 29 (2014), Heft 4, S. 38–50, hier: S. 41.

<sup>93</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 5.

<sup>94</sup> Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart-Berlin 1937. In der Teiledition von Heuss Briefwechseln kommt Bahr im Übrigen auch nicht vor. Allerdings wurden hier weniger als ein Viertel der nachgewiesenen Briefe editiert. Vgl. Michael Dormann, Theodor Heuss. Bürger der Weimarer Republik, Briefe 1918–1933, München 2008.

<sup>95</sup> Richard Bahr, Friedrich Naumann und der neue Liberalismus, in: *Der Türmer*, Juli 1906.

Die DDP, zu deren Gründungsmitgliedern unter anderem Max Weber, Theodor Wolff und Walter Rathenau gehörten, und die mit den Sozialdemokraten koalierte, vertrat im Parteienspektrum der frühen Weimarer Republik überwiegend klassisch linksliberale Positionen.<sup>96</sup> Nach Heuss war die DDP-Fraktion aber gerade in ihrer Anfangsphase sehr heterogen gewesen. Zwar „überwogen die Persönlichkeiten, die in der fortschrittlichen und nationalliberalen Partei schon tätig gewesen waren, nebeneinander Leute mit ‚nationalistischer‘ oder ‚pazifistischer‘ Vergangenheit, mit großdeutscher oder preußischer Prägung, mit unitarisch-zentralistischer oder förderativer Grundhaltung.“<sup>97</sup> Die großdeutsche, linksliberale Tendenz überwog allerdings rasch und wurde zu einem Kennzeichen der DDP. Bereits in den 1920ern verloren die Demokraten aber zunehmend an politischer Bedeutung und vereinigten sich schließlich 1930 mit völkisch-antisemitischen Kräften um Artur Marauns Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei, was schließlich den endgültigen Niedergang der Partei bedeutete.<sup>98</sup> Dieser war letztlich nur ein Symptom des im Sog der Weltwirtschaftskrise untergehenden Liberalismus, der auch die liberalen Parteien der Weimarer Republik mit sich riss,<sup>99</sup> und mit einem Exodus der Wählerinnen und Wähler zur Rechten einherging. In die Umgründung der Demokraten in die Staatspartei im Sommer 1930 war Bahr nicht direkt involviert – er wurde davon sogar post festum negativ überrascht, was ihn einigermaßen kränkte.<sup>100</sup>

Neben der sozialpolitisch linksliberalen Ausrichtung, die Bahr als Schmoller-Schüler zumindest in der Frühphase der Weimarer Republik sicherlich teilte, vertrat die demokratische Partei dezidiert großdeutsche, revisionistische und tendenziell expansionistische Positionen, auch wenn sie eine friedliche und demokratische Einigung aller Deutschen (später der Europäer) und nicht die militärische Expansion propagierte. Naumann hatte bereits während des Weltkriegs seinen „Mitteleuropa-Plan“ entwickelt, der einen durch das Deutsche Reich dominierten mitteleuropäischen Staatenbund propagierte, welcher ein gemeinsames Territorium von der französischen Grenze bis nach Russland, allerdings mit Einschluss des baltischen Kurlands sowie möglicherweise auch Rumäniens, umfassen sollte.<sup>101</sup> Als Vision prägte dieser Naumann-Plan die außenpolitischen Vorstellungen und das entsprechende Handeln der Demokraten. Zentrales Element der frühen außenpolitischen Überlegungen der DDP war darüber hinaus der

---

<sup>96</sup> Dieter Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 251; Stephan, *Aufstieg und Verfall*.

<sup>97</sup> Ebd., S. 600.

<sup>98</sup> Langewiesche, *Liberalismus in Deutschland*, S. 251; Stephan, *Aufstieg und Verfall*, S. 467ff.

<sup>99</sup> Ebd., S. 235.

<sup>100</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 4.8.1930. BA, N1004-204, fol. 37.

<sup>101</sup> Schneider, *Deutsche Demokratische Partei*, S. 206–207.



rasche Zusammenschluss mit bzw. der Anschluss Österreichs an Deutschland, der als Ende eines natürlichen, republikanischen Integrationsprozesses des deutschen Volkes propagiert wurde. Bereits im Gründungsprogramm von 1918 hieß es dementsprechend:

„Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik Deutschlands ist für die nächste Zeit die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. [...] Niemals erkennen wir die Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterland an. Niemals lassen wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir erstreben, gestützt auf diesen Grundsatz, den Zusammenschluß aller deutschen Stämme. [...] Ein Hauptziel der deutschen Politik ist die enge Verbindung mit den Auslandsdeutschen und ihr Schutz. Nationale Pflicht ist es, den Volksgenossen unter fremder Herrschaft ihr Volkstum erhalten zu helfen; aber auch die Achtung nationaler Minderheiten in Deutschland betrachten wir als politisches Gebot.“<sup>102</sup>

Die Forderung nach einer Revision der Friedensverträge zielte natürlich primär darauf ab, verlorene Gebiete mit deutschsprachigen Bevölkerungen, wie bspw. Schlesien oder das Sudetenland, wieder an Deutschland und Österreich, die vereinigt werden sollten, anzuschließen. Die DDP bzw. deren Führungskader engagierten sich, kaum überraschend, besonders im 1918 gegründeten „Österreichisch-Deutschen Volksbund“ – einer reichsdeutschen, großdeutschen Organisation, die aber stark bzw. überwiegend von Auslandsösterreichern getragen wurde. Die Demokraten waren darin auf Vorstands- und Ausschussebene durch ihre Mitglieder Richard Bahr, Hermann Dietrich, Wilhelm Heile, Theodor Heuss, Otto Nuschke, Hugo Preuß, Georg Bernhard und Theodor Wolff vertreten.<sup>103</sup> Der Volksbund, der trotz seines großtönenden Namens in Wahrheit eine auf und in Berlin konzentrierte Honoratiorenvereinigung und keine Massenorganisation war, umfasste zwar auf Ausschussebene Vertreter aller deutscher Großparteien, war aber lange Jahre durch Sozialdemokratie und Linksliberale dominiert.<sup>104</sup> Auch die 1925 in Österreich gegründete Schwesternorganisation – nominell ebenfalls parteipolitisch unabhängig – war ursprünglich auf Funktionärssebene sozialdemokratisch geprägt gewesen, auch wenn der österreichische Ableger, aufgrund korporativer Aufnahme mitgliedsstarker Vereine und Organisationen, schließlich tatsächlich eine breite Massenbewegung darstellte, zumindest

---

<sup>102</sup> Programm der Deutschen Demokratischen Partei. Beschlossen in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichsfraktion vom 12. Februar 1920 in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Parteitages vom 13.–15. Dezember 1919, in: Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, Februar 1920.

<sup>103</sup> Schneider, Deutsche Demokratische Partei, S. 205. Heuss fehlt in Schneiders Aufzählung.

<sup>104</sup> Stanley Surval, The Anschluss Question in the Weimar Era. A Study of Nationalism in Germany and Austria, 1918–1932, Baltimore-London 1974, S. 30–31.

was die Mitgliedszahlen betraf.<sup>105</sup> Im Sinne der ursprünglich linken bis linksliberalen Ausrichtung betonte der Berliner Volksbund stets, er sei keine pangermanische Organisation und strebe auch nicht die gewaltsame Annexion von deutschen Gebieten außerhalb des Reiches und Österreichs an. Vielmehr fordere man die Vereinigung dieser beiden Staaten auf demokratischem Wege und im Sinne einer friedlichen europäischen Einigung.

In der 1924 erstmals erschienenen Zeitschrift *Österreich-Deutschland*, dem wichtigsten Medium des Berliner Volksbunds, publizierte anfangs auch Bahr. Zu den weiteren Autoren in den frühen Jahrgängen zählten, neben zahlreichen Vereinsfunktionären, u.a. Egon Friedell<sup>106</sup> und Stefan Zweig<sup>107</sup>, wie überhaupt ein Großteil der Publikation österreichischer Dichtung und Literatur gewidmet war. Die Zeitschrift hatte deshalb über weite Strecken den Charakter eines Organs der Auslandsösterreicher im Reich. Nach 1924 finden sich überraschenderweise keine namentlich gezeichneten Beiträge Bahrs mehr. Die Gründe dafür sind nicht bekannt. Es mag vielleicht damit zusammenhängen, dass Bahr nicht unbedingt ein Freund der engen Bindung der Demokraten an die Sozialdemokratie war und diese damals den Volksbund immer noch dominierte. Anhand von zwei Artikeln in dieser Zeitschrift lassen sich die Grundlinien von Bahrs damaligen großdeutschen Vorstellungen dennoch gut darlegen. Im Kommentar „Bayern und Großdeutschland“ rechnete Bahr mit Bayern ab, das sich historisch stets illoyal zum Gesamtstaat verhalten habe.<sup>108</sup> Anhand der bayerischen Politik innerhalb der Republik zeige sich, weshalb man im Zuge eines Zusammenschlusses weder zum Modell des Alten Reichs noch zu jenem des Wilhelminischen Reichs zurückkehren dürfe. Der Münchner-Berliner Dualismus, der von maßgeblichen Kräften in Bayern gefördert werde, erinnere an jenen zwischen Preußen und Österreich im Alten Reich und sei vollkommen abzulehnen. Genauso abzulehnen sei aber eine Restauration des neueren Kaiserreichs, eines undemokratischen Fürstenbundes dominiert durch Preußen. Die bayerischen „Hitler-Putschisten“ hätten letzteres im Sinne – sie sagten „Großdeutschland“ betrieben aber „einen fanatischen Kultus mit der gewiß nicht großdeutschen schwarz-weiß-roten Fahne“ und hätten nur das „verlängerte Preußen“ des alten Kaiser Wilhelms im Sinn“. Nach Bahr handle es sich bei den beiden bayerischen Bestrebungen, dem bayrisch-autonomistischen wie dem nazistisch-zentralistischen, gleichermaßen um Irrwege:

---

<sup>105</sup> Ebd. S. 43–44.

<sup>106</sup> *Österreich-Deutschland* 2 (1925), Heft 4.

<sup>107</sup> *Österreich-Deutschland* 2 (1925), Heft 1, S. 5–7.

<sup>108</sup> *Österreich-Deutschland* 1 (1924), Heft 3, S. 1–3.

„Zu dem Großdeutschland, das uns vorschwebt, führt keiner dieser Sinne“. Dass der Volksbund zu diesem Zeitpunkt übrigens keineswegs mit Hitler und den Nationalsozialisten sympathisierte wird auch an anderen Stellen in der Zeitschrift klar. In einer späteren Ausgabe schrieb Richart Mischler, Sekretär des Volksbundes, es sei

„durchaus begreiflich, daß Regierungen, deren Aufgabe es immerhin ist, Staat und Verfassung zu schützen, Herrn Hitlers Anwesenheit peinlich empfinden und ihn möglichst gerne loswerden wollen. Seine politische Tätigkeit, die letzten Endes – trotz seines programmatischen Großdeutschtums! – in dem Aufputschen von Süd gegen Nord, also in einer Bedrohung der deutschen Einheit bestand, macht den Wunsch, ihn abzuschütteln, auch uns verständlich.“<sup>109</sup>

In einem zweiten Artikel für die Volksbundzeitschrift widmete sich Bahr der „Unterschätzung der Österreicher“.<sup>110</sup> Hier entwickelte er ein Motiv, das auch viele weitere und spätere Schriften und Aufsätze Bahrs prägte. Er beklagte eine Ignoranz der Reichsdeutschen gegenüber den sonstigen Deutschen, insbesondere gegenüber den Österreichern. Die Reichsdeutschen würden Österreich belächeln oder gar verächtlich machen: „Dem Durchschnitt der Reichsdeutschen bleibt es allemal ein Fest, wenn er den Blutsbruder, der vor seinen Toren siedelt, als minderwertig erweisen kann und als Ausländer, an dem er ganz gewißlich keinen Teil hat...“ Diese Überheblichkeit und Ignoranz seien der größte Hemmschuh eines zukünftigen Großdeutschlands. Auch in seinen späteren Büchern über die Auslandsdeutschen findet sich dieser Grundtenor, als starker Vorwurf an die von ihm so genannten „Binnendeutschen“ gerichtet, immer wieder.

Neben dem Volksbund war Bahr auch in dem im Jahr 1925 gegründeten Großdeutschen Klub, wenig später in Volksdeutscher Klub umbenannt, aktiv. Er gehörte sogar zu dessen Initiatoren. Dieser Honoratiorenklub ging, wie der parallel entstandene Herrenklub, wenigstens in großen Teilen aus der „Nachlassmasse“ des jungkonservativen Juni-Klubs um den verstorbenen Arthur Moeller van den Bruck (1876–1925) hervor und stand darüber hinaus in enger Verbindung mit dem Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, mit dem er sich auch den Vereinssitz in Berlin, das Schutzbundhaus in der Motzstraße in Schöneberg teilte. Anders als der Juni-Klub war der Volksdeutsche Klub recht monothematisch ausgerichtet und

<sup>109</sup> Österreich-Deutschland 1 (1924), Heft 11, S. 5–6.

<sup>110</sup> Österreich-Deutschland 1 (1924), Heft 7, S. 2–3.

verband eine großdeutsche Programmatik mit besonderem Engagement für die „grenzland-deutschen“ Minderheiten außerhalb Deutschlands und Österreichs:

„In seiner Werbung nahm der entstehende ‚Volksdeutsche Klub‘ einige Züge der Zielsetzung des ‚Herrenklub‘-Projektes auf, doch war er auf besondere Weise zweckgebunden; das ‚Grenz- und Auslanddeutschtum‘ stand im Zentrum seiner Programmatik. Den nationalen Kreisen ‚welche ihre Kräfte der geistigen Vorbereitung Grossdeutschlands widmen und in engstem Zusammenhange mit dem Grenz- und Auslandsdeutschtum stehen, fehlt es bisher in Berlin an einem gesellschaftlichen Mittelpunkte zur Zusammenfassung.‘ Zweck der geplanten Vereinigung sei die ‚Zusammenfassung der Menschen zur Vertiefung der geistigen Grundlagen der gross- und grenzdeutschen Bewegung und zur Herstellung persönlicher Verbindungen.‘“<sup>111</sup>

Die Mitgliedschaft im Klub stand statutarisch allen Deutschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit offen. Ähnlich wie der Volksbund gab sich auch der Volksdeutsche Klub innenpolitisch überparteilich. In den Satzungen war verankert, dass „von Klub wegen“ keine Stellung zur Tagesinnenpolitik genommen werden durfte. Angestrebt wurde ein Kartellverhältnis mit dem Wiener Deutschen Klub, der überhaupt für das Vorhaben Pate gestanden haben dürfte.<sup>112</sup> Ob dieses Kartellverhältnis je zustande kam ist unklar, in den offiziellen Organen der beiden Vereine wurde es jedenfalls nicht thematisiert.

Bei der Gründung des Großdeutschen bzw. Volksdeutschen Klubs war Bahr jedenfalls federführend aktiv und wurde in den ersten Vorstand berufen. Die Zusammensetzung des Vorstands zeigt im Vergleich mit dem Volksbund eine deutlich anders gelagerte politische Ausrichtung und keineswegs eine parteipolitische Äquidistanz:

„Eine bestimmende Rolle fiel bei der Gründung des Klubs Rudolf Pechel zu, der sich in der Pressearbeit für das Grenz- und Auslanddeutschtum stark engagiert hatte. Auf der entsprechenden Versammlung, an der allenfalls 24 Personen teilnahmen, wurde auf Antrag Pechels Karl Christian v. Loesch zum ersten Vorsitzenden gewählt. Beisitzer im Geschäftsführenden Vorstand wurden, ebenfalls auf Pechels Vorschlag, neben Richard Bahr, Peter Weber von der Reichszentrale für Heimatdienst und der Direktor im Reichslandbund von Volkmann. Wiederum auf Pechels Betreiben gelangten in den erweiterten Vorstand: Dr. Heinrich Brüning, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dr. Carl Georg Bruns vom Ausschuß für Minderheitenrecht, Regierungsrat Kraher-Möllenberg von der Deutschen Stiftung, Walter Lambach vom DHV, von Lindeiner-Wildau (DNVP), Admiral von Trotha (Großdeutscher Jugend-

<sup>111</sup> Berthold Petzinna, *Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918–1933*, Berlin 2000, S. 234.

<sup>112</sup> Ebd.

bund), Freiherr von Willisen, Hans Werner von Zengen (Arbeitgeberverband), Dr. Edgar Jung, sowie von Wetter-Rosenthal, Regierungspräsident a. D. Foerster, Landrat Theodor Steltzer aus Rendsburg, Major a. D. Walter Vogel und der Antragsteller.“<sup>113</sup>

Der Volksdeutsche Klub zielte zwar statutarisch auf eine Integration breiter gesellschaftspolitischer Akteure, aber die Zusammensetzung des Vorstands und die dezidierte Anlehnung an den Deutschen Klub<sup>114</sup> in Wien zeigen, dass es sich letztlich um ein Verbindungsnetzwerk zwischen Großdeutschen und Rechtskonservativen handelte. Der Volksdeutsche Klub war zudem ein reines Elitenprojekt, mehr noch als der Berliner Volksbund. Seine Mitgliederzahl stieg von 122 im Februar 1925 auf bescheidene 154 im Jahr 1930.<sup>115</sup> Von den aktiven Politikern im Klub stammte die Mehrheit aus der nationalkonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), einer Partei der Bahr an und für sich überhaupt nicht nahestand. Laut Pierer habe Bahr in der Mehrzahl seiner Schriften sogar eine „schroff ablehnende“ Haltung gegenüber der DNVP gezeigt, sei aber „später in der Beurteilung derselben milder“ geworden.<sup>116</sup> Der Deutsche Klub in Wien, den man sich in Berlin zum Vorbild genommen hatte, war zu diesem Zeitpunkt übrigens bereits ein streng antisemitisches Projekt. Aber auch in diesem Fall waren die parteipolitischen Grenzen nicht haarscharf und streng gezogen. Denn zwischen dem Deutschen Klub und dem österreichischen Ableger des Volksbundes, der nach wie vor viele Sozialdemokraten umfasste, gab es damals ebenfalls zahlreiche Verbindungen. So rief der Deutsche Klub im Oktober 1929 alle seine Mitglieder dazu auf, in den Volksbund einzutreten, da „diese Vereinigung die Arbeit für den Anschluß zur alleinigen Aufgabe hat“.<sup>117</sup> Niemand geringerer als Arthur Seyß-Inquart (1892–1946) personifizierte diese Organisationsverschränkung. Der spätere NS-Bundeskanzler und Reichsstatthalter in Österreich war 1934 fünfter Obmannstellvertreter des Deutschen Klubs und gleichzeitig im Vorstand des Volksbunds vertreten.

Im Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum, der sich, wie erwähnt, den Vereinssitz mit dem Volksdeutschen Klub teilte, war Bahr ebenfalls aktiv. Zumindest für einige Zeit gab er dessen Zeitschrift mit dem Titel *Großdeutsche Beiträge* heraus.<sup>118</sup> Während

---

<sup>113</sup> Ebd. S. 234f.

<sup>114</sup> Zum „Deutschen Klub“ vgl. Linda Erker/Andreas Huber/Klaus Taschwer, Von der „Pflegerstätte nationalsozialistischer Opposition“ zur „äußerst bedrohlichen Nebenregierung“. Der Deutsche Klub vor und nach dem „Anschluss“ 1938, in: *zeitgeschichte* 44 (2017), Heft 2, S. 78–97.

<sup>115</sup> Petzinna, *Erziehung*, S. 236.

<sup>116</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 57.

<sup>117</sup> *Mitteilungen des Deutschen Klubs* (1929), Folge 7, S. 2.

<sup>118</sup> Diese Zeitschrift ist allerdings nach dem Karlsruher Virtuellen Katalog in keiner Bibliothek nachweisbar.

die Tätigkeit des 1919 gegründeten Schutzbundes zu Beginn stark auf die „verlorenen Ostgebiete“ ausgerichtet war, erweiterte sich das Tätigkeitsfeld rasch auch auf Österreich. Sicherlich war Bahr daran nicht gänzlich unbeteiligt. Anfang Dezember 1921 berichtete u.a. das großdeutsche *Vorarlberger Tagblatt*, die *Großdeutschen Beiträge* „erweitern ihren Inhalt von jetzt an durch eine ständige Berichterstattung aus Tirol, Steiermark, Kärnten, Ober- und Niederösterreich und Vorarlberg.“ Man habe eine Reihe von kompetenten Beiträgern gewonnen und der Herausgeber der Beiträge, Richard Bahr, gehöre „zu den bekanntesten Erscheinungen nicht nur der Berliner, sondern der reichsdeutschen Presse.“<sup>119</sup>

Zwischen 1925 und 1929 gab Bahr zudem *Wille und Weg*, eine „Halbmonatsschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur“, heraus. Auch diese Zeitschrift war explizit großdeutsch und auf österreichische Themen ausgerichtet. Sehr viele der Autoren und Beiträger stammten aus den Kreisen der DDP und der österreichischen Großdeutschen Volkspartei (GDVP). Im ersten Jahrgang schrieben u.a. der ehemalige großdeutsche Vizekanzler Dr. Felix Frank, Reichswehrminister Dr. Otto Geßler, der ehemalige Reichsjustizminister Eugen Schiffer, der Historiker Prof. Hans Delbrück, der dritte Nationalratspräsident Dr. Franz Dinghofer von der GDVP und andere.<sup>120</sup> Nach Lüdtkke sei die Zeitschrift außerdem der „Liberalen Vereinigung“ nahegestanden, welche eine Brücke zwischen DDP und DVP zu schlagen suchte.<sup>121</sup> Mit *Wille und Weg* gab Bahr also ein Medium heraus, welches das gesamte nationalliberale Lager in Deutschland ebenso wie die österreichischen Großdeutschen vereinen sollte.

Bahrs politische Haltung, wie sie sich in den 1920ern in seinen journalistischen Tätigkeiten zeigte, lässt sich möglicherweise aufgrund seiner, wenn auch nur skizzenhaft nachvollziehbaren Biografie erklären. Die grundsätzlich und explizit liberale, republikanische Einstellung, die ihn weder für das Alte Reich noch für Preußen und das wilhelminische Reich begeisterte, rührte möglicherweise von seinen Jahren als Untertan des autoritären Zarenreichs her. Zudem sah er in den politischen Rivalitäten innerhalb des Alten Reiches ebenso wie in der Dominanz Preußens im jüngeren Kaiserreich gleichermaßen Gründe für die spätere Zersplitterung Deutschlands. Das Engagement für die deutschen Minderheiten außerhalb des Reichs lässt sich leicht aus der eigenen Erfahrung als Deutschbalte deuten und die ständige Kritik am reichsdeutschen

---

<sup>119</sup> Vorarlberger Tagblatt, 6.12.1921, S. 2.

<sup>120</sup> Vgl. Tages-Post, 25.9.1925, S. 11.

<sup>121</sup> Christian Lüdtkke, Hans Delbrück und Weimar. Für eine konservative Republik – gegen Kriegsschuldlüge und Dolchstoßlegende, Göttingen 2018, S. 138.

Unverständnis für ebenjene „Auslandsdeutschen“ aus der eigenen Fremdheitserfahrung im Deutschen Reich, die er besonders in der Studienzeit empfand. Zudem vertrat Bahr, möglicherweise beeinflusst durch Schmoller, sozialpolitisch linksliberale Positionen. Die DDP war, wenn man die Summe dieser Haltungen betrachtet, 1918 sicherlich jene Partei, welche die Summe diese Positionen in ähnlicher Gewichtung wie bei Bahr vertrat. Sozialliberale Positionen rückten bei Bahr in den Folgejahren aber immer weiter in den Hintergrund. Wie bereits skizziert, verlagerte sich sein Engagement immer stärker auf die Felder „Großdeutschland“ und „Auslandsdeutschtum“, der Ausgang des Ersten Weltkriegs war dafür sicherlich entscheidend. Wie lange Bahr Mitglied der DDP war, ist im Übrigen nicht ganz klar. Sein stärkstes Engagement in und für die Partei lässt sich sicherlich in deren Gründungsphase festmachen. 1933 behauptete er in einem Brief, er habe „seit zwölf Jahren im Reich keiner Partei mehr angehört“. Demnach wäre er wohl bereits um 1921/22 wieder aus der DDP ausgetreten. Eine Begründung für diesen Austritt nannte er nicht. In einem Nachruf wird ein undatiertes Brief Bahrs an Dr. Ernst Seraphim (1862–1945) zitiert: „Ich habe mein lebelang so recht in keine politische Partei hineingehört – wie wohl die meisten Balten – und bin vor etwa 1½ Jahren aus der letzten, in die ich mich hatte einschreiben lassen ausgetreten.“<sup>122</sup> Über die Gründe für diesen Austritt kann man letztlich nur spekulieren: Es ist genauso denkbar, dass Bahr sich dazu aus Kritik an einzelnen Positionen veranlasst sah, oder dass dafür primär strategische, wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend gewesen waren. Klar ist, dass er nie mehr ein offizielles Parteiamt einnahm, aber dennoch bis in die 1930er hinein in einem sehr engen Naheverhältnis zur DDP verblieb, insbesondere zu deren Führungsspitze um Hermann Dietrich, aber auch zu anderen Funktionären, wie Otto Geßler.

In die Umwandlung der DDP in die Deutsche Staatspartei war Bahr, wie gesagt, nicht direkt involviert. Das kränkte ihn, nicht weil er ein Amt anstrebte, wie er gegenüber Dietrich betonte, sondern weil sein Rat nicht gesucht wurde. Offenbar sah er sich noch immer eng mit der liberalen Bewegung verbunden. Die Demokraten seien allerdings auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, weshalb er prinzipiell eine Erneuerung begrüßte. Allerdings schwebte ihm dazu ein breites bürgerliches und liberales Bündnis vor, das neben der DDP auch die gesamte Volkspartei beinhaltet hätte und nicht mehr dezidiert linksliberal aufgetreten wäre. Die neuen Bündnispartner für die Staatspartei um Mahrauns Jungdeutschen Orden lehnte er dagegen größtenteils ab. Bei Rochus von Rheinbaben, der Mahraun sehr nahestand, habe er immer „das Gefühl

---

<sup>122</sup> Zit. n. Ferdinand von Uexküll, Dr. Richard Bahr +, in: Nation und Staat 10 (1936), S. 313.

einer gewissen innerlichen Unsauberkeit gehabt“, er sei ein „Hohlkopf“. Sein Kommentar zu Mahraun: „Haben Sie von dem Mann eigentlich schon je mehr gehört als unklare Phrasen (Andererseits, aber qualitativ nicht besser als die, beispielsweise, der österreichischen Heimwehren.)“<sup>123</sup> Nur Josef Wünschuh und Theodor Eschenburg, beide kamen aus der Volkspartei, erschienen ihm als brauchbar. Bahrs Einspruch und Protest gegen die neue Staatspartei kam aber dezidiert nicht von links, wie etwa jener von Anton Erkelenz – Bahr begrüßte sogar dessen Austritt aus der DDP – sondern aus der Mitte. Die Partei müsse sich definitiv bürgerlich ausrichten, nicht weiter an die Sozialdemokraten binden, was Bahr offenbar befürchtete. Wäre es nach Bahr gegangen, so hätte es eines möglichst breiten bürgerlich-liberalen Bündnisses gebraucht. Anfang der dreißiger Jahre wuchs bei Bahr offenbar der Pessimismus. In Deutschland zerbröselte das liberale Lager, dem er sich zugehörig fühlte, und das Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland verschlechterte sich zusehends. Bahr fürchtete, der „Anschluss“ von dem er träumte, gerate immer weiter außer Reichweite.

### Bahr als Verbindungsmann nach Österreich

Bahr hatte schon spätestens seit dem Weltkrieg enge politische und journalistische Kontakte nach Österreich unterhalten. Er hatte diverse Bekanntschaften in der österreichischen Politik, insbesondere unter den Großdeutschen, war in den großdeutschen und pro-Anschluss-Vereinen sowohl in Deutschland wie auch in Österreich exzellent vernetzt und er hatte auch immer wieder und regelmäßig in österreichischen Blättern publiziert.

Ab Mitte der 1920er Jahren erlangte er darüber hinaus eine besondere Position als Verbindungsmann zur Wiener Presse. Bahr betreute und belieferte die deutschfreundlichen Wiener Blätter, insbesondere die *Wiener Neuesten Nachrichten* (WNN), zunehmend mit Artikeln aus dem Reich und aus seinem sonstigen thematischen Repertoire. Mit der Zeit entwickelte er sich, ohne dabei eine offizielle Funktion einzunehmen, zum eigentlichen Verbindungsmann der Reichsregierung bzw. der DDP mit den Großdeutschen und den WNN. Letztere bezeichneten ihn in den 1930ern als „unsere[n] Berliner Mitarbeiter Dr. Richard Bahr“<sup>124</sup>, aber Bahr war weit mehr als nur ein Korrespondent. Neben dieser Tätigkeit für die Zeitung betrieb Bahr in umgekehrter Richtung eine Art österreichischen Nachrichtendienst für Dietrich und die DDP-Spitze,

<sup>123</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.7.1930. N1004-204, fol. 36.

<sup>124</sup> Siehe bspw. Richard Bahr, „Entscheidungsjahr?“, in: *Wiener Neueste Nachrichten*, 1.1.1933, S. 3.



indem er diese mit direkten Informationen und Lageeinschätzungen aus und zur österreichischen Politik versorgte. Offenbar war die Deutsche Gesandtschaft in Österreich auch in den dortigen nationalen bzw. großdeutschen Kreisen nicht immer besonders angesehen, was mit der jeweiligen politischen Regierungskonstellation zusammenhing, weshalb Bahr als inoffizieller Vertreter des Reichsministers Dietrich diesen gegenüber auftrat. Seine jährlichen Kuraufenthalte in Hofgastein, meist um den Jahreswechsel, sowie regelmäßige Besuche in Wien nützte er zu allerlei Treffen und Unterhaltungen mit österreichischer Politprominenz. Im Jänner 1931 traf er beispielsweise in Gastein mit dem Nationalratsabgeordneten Dr. August Wotawa, dem ehemaligen Reichsparteiobmann der Großdeutschen Volkspartei, zusammen und beriet sich über die Frage des österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschlusses.<sup>125</sup> Kurz darauf – wahrscheinlich im Februar – korrespondierte Bahr mit Ignaz Seipel, wobei sie sich unter anderem über den deutschen Gesandten Lerchenfeld austauschten. Der Brief Seipels an Bahr, geschrieben aus Meran, suggeriert ein gewisses Naheverhältnis und eine länger zurückreichende Bekanntschaft: „Hoffentlich hat Ihnen Gastein wieder gut getan. Ich musste mich vor einiger Zeit einer ganz gründlichen und ernsten Kur unterziehen, die wohl noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.“<sup>126</sup> Auch mit Johann Schober, dem mehrmaligen Bundeskanzler, den Bahr grundsätzlich schätzte, traf er immer wieder zusammen.<sup>127</sup>

Die vermutlich interessanteste Rolle spielte Bahr ab Mitte der 1920er Jahre allerdings im großdeutschen Wiener Zeitungsgeschäft. 1925 wurden in Wien die *Wiener Neuesten Nachrichten* von den Großdeutschen mit finanzieller Hilfe reichsdeutscher Auffanggesellschaften übernommen bzw. neu gegründet. Ziel war es, eine dezidiert anschlussfreundliche und großdeutsche Zeitung auf den Markt zu bringen. Die Übernahme dieser Zeitungsgesellschaft erfolgte nach dem Muster der reichsdeutschen Pressepolitik in Ostpreußen, wo sich „Bürgermeister“ Max Winkler bereits hervorgetan hatte. Die Finanzströme wurden, wie üblich, aus außenpolitischen Erwägungen über private Gesellschaften verschleiert, damit die direkte Involvierung der Reichsregierung in den österreichischen Zeitungsmarkt nicht öffentlich wurde. In den frühen Ausgaben der WNN waren aus diesem Grund nicht einmal die Herausbergesellschaft und die Redaktion namentlich genannt. Verantwortlich für die WNN-Übernahme war der DDP-Mann Max Winkler und das Geld kam vermutlich aus dessen „Konkordia Gesellschaft“, in

<sup>125</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 9.1.1931. N1004-204, fol. 41f.

<sup>126</sup> Ignaz Seipel an Hermann Bahr, Meran 14.[2?].1931 (Abschrift). BA, N1004-204, fol. 43.

<sup>127</sup> Schober ist Optimist, in: Vorarlberger Tagblatt, 9.5.1931, S. 1.

deren Aufsichtsrat auch Dietrich saß.<sup>128</sup> In späteren Jahren stammte das Geld dann aus der „Cautio Treuhand“, einer reichseigenen Strohmann-Gesellschaft, die 1929 zur Beeinflussung der österreichischen sowie der reichsdeutschen Presse geschaffen wurde.<sup>129</sup> Auch diese Gesellschaft stand unter Winklers Kontrolle. Spätestens 1938 war die Cautio jedenfalls offizielle Gesellschafterin der WNN AG.<sup>130</sup> Laut Wehrmut sei die Gründung der WNN sogar auf höchster Ebene zwischen Reichsaußenminister Gustav Stresemann und Johann Schober vereinbart worden, Winkler habe dabei die Verhandlungsführung übernommen. Schließlich sei es zu einer gemeinsamen Gründung gekommen, „wobei zunächst die österreichische Gruppe materiell den größten Teil aufzubringen in der Lage war.“ Ab 1927 sei die Finanzierung nur mehr aus reichsdeutschen Mitteln erfolgt.<sup>131</sup> Bei de Mendelssohn heißt es, Winkler habe „im Auftrag der Regierung Stresemann für das Reich zwei österreichische Zeitungen [erworben], die sich in schlechter Finanzlage befanden: Die ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ und das ‚Neue Wiener Tagblatt‘“. <sup>132</sup> Klar ist, dass die WNN zumindest in der Anfangsphase eindeutig als Sprachrohr der Großdeutschen Volkspartei fungierte, von denen wohl der österreichische Finanzierungsteil kam, und die durchaus im Interesse der Reichsregierung agierten. Die christlichsoziale *Reichspost* bezeichneten die WNN 1930 übrigens als „Schoberblatt“, <sup>133</sup> was angesichts des Entstehungshintergrunds durchaus treffend war.

Was war Bahrs Funktion oder Rolle in diesem Unternehmen? Offiziell war er ja, wie bereits erwähnt, der „Berliner Mitarbeiter“. Nach eigenen Angaben übte er aber darüber hinaus eine Art redaktionelle Kontrolle oder Oberaufsicht über die eigentliche Redaktion in Wien aus, so behauptete er jedenfalls 1933: „Ich habe ja von Berlin aus das Blatt immer mit redigiert. Das heißt, über allen Verstößen in der Zeitung gewacht und allabendlich ernste und schonungslose Kritik geübt.“<sup>134</sup> Herausgegeben und produziert wurde die Zeitung von der „Wiener Neueste Nachrichten Verlags-A.G.“ In deren Direktion saßen von 1926 bis 1928 Gustav Hallwich, August Wotawa und Dr. Johanna Kraft.<sup>135</sup> Das war zum damaligen Zeitpunkt eine reine GDVP-

---

<sup>128</sup> Wermuth, Max Winkler, S. 29.

<sup>129</sup> Ebd. S. 36f;

<sup>130</sup> Die ab 1929 bestehende Cautio soll, nach Matouschek, die direkte Mehrheit an der Wiener Neuesten Nachrichten Verlags-Gesellschaft besessen haben. Isabella Matauscheck, Nationalsozialistische Kontrolle über die Wiener Zeitungsbetriebe 1938–1945, in: Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hg.), Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation, Band 4: 1938–1945, Frankfurt a. M. 2003, S. 85–108, hier: S. 94f.

<sup>131</sup> Wermuth, Max Winkler, S. 246.

<sup>132</sup> Peter de Mendelssohn, Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959, S. 326.

<sup>133</sup> Reichspost, 16.12.1930, S. 8.

<sup>134</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.8.1933. BA, NL1004-206, fol. 62.

<sup>135</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1926, S. 268. Die Eintragung erfolgte per Februar 1926.

Besetzung. Wotawa war damals der Vorsitzende und Hallwich Zahlmeister der Großdeutschen. Johanna Kraft, eine Historikerin<sup>136</sup> und Journalistin, war die Tochter des ehemaligen großdeutschen Bundeshandelsministers Emil Kraft. Sie saß auch im Vorstand der 1925 zusammengebrochenen Grazer Genossenschaftsbank<sup>137</sup> und gehörte ab 1928 dem Bundesparteivorstand<sup>138</sup> sowie ab 1930 der steirischen Landesparteileitung der Großdeutschen an.<sup>139</sup> Diese reine GDVP-Besetzung währte aber nicht sehr lange. Im Juli 1928 ersetzten Dr. Richard Turba – der Bruder des Historikers Dr. Gustav Turba<sup>140</sup> – und Dr. Alfred Ruetz die ausgeschiedenen Mitglieder Hallwich und Wotawa.<sup>141</sup> Turba war auch 1938, als dieses längst in nationalsozialistische Hände gefallen war, noch im Cautio Netzwerk involviert. Ruetz war höchstwahrscheinlich Reichsdeutscher, vermutlich ein Vertreter Winklers.<sup>142</sup> Im Dezember 1929 trat auch Dr. Karl Janetschek in die Geschäftsführung ein.<sup>143</sup> Die Umbesetzung reflektierte den wachsenden Einfluss der reichsdeutschen Gesellschafter, die immer mehr Geld zuschossen.

Diese Zuschüsse waren notwendig geworden, weil das Unternehmen WNN indessen keine rechte Fahrt aufgenommen hatte. Das Blatt trug sich finanziell nicht, wurde – kaum überraschend – als reines Parteiorgan der Großdeutschen Volkspartei wahrgenommen und war am stark umkämpften Wiener Zeitungsmarkt insgesamt wenig bedeutend. 1927 brach ein Streit zwischen der Herausbergesellschaft und Chefredakteur Richard Polifka aus, der die Redaktion seit 1925 geführt hatte. Polifka, von 1909 bis 1911 auch Herausgeber des Innsbrucker *Föhns*,<sup>144</sup> warf der Gesellschaft Zensur aus parteipolitischen Erwägungen vor; diese hatten ihn zuvor wegen Unternehmensschädigung geklagt und entlassen. Die sozialdemokratische *Arbeiter Zeitung* schlachtete die Angelegenheit der Konkurrenz genüsslich aus und ließ Polifka ausführlich zu Wort kommen: „Auch die schwankende Haltung des Blattes habe seine Stellung überaus schwierig gemacht. Beispielsweise rügte Dr. Wotawa jede Berührung der Judenfrage,

---

<sup>136</sup> Sie promovierte im Februar 1923 mit einer Arbeit aus Geschichte, eingereicht bei Heinrich von Srbik. Johanna Kraft, Die Finanzreform des Grafen Wallis und der Staatsbankerott von 1811. Eingeleitet von Heinrich von Srbik, Graz-Wien-Leipzig 1927.

<sup>137</sup> Arbeiterwille, 11.11.1925, S. 3f.

<sup>138</sup> Neue Freie Presse, 30.9.1928.

<sup>139</sup> Grazer Tagblatt, 27.1.1930, S. 1.

<sup>140</sup> Vgl. Ch. Schmetterer, Turba, Gustav, in: ÖBL 1815-1950, Bd. 15 (Lfg. 67, 2016), S. 8f.

<sup>141</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1928, Teil 2, S. 673.

<sup>142</sup> Vgl. Adreßbuch Potsdam für 1927, S. 231. Hier ist ein Verlagsdirektor Dr. Alfred Ruetz verzeichnet. Im Salzburger Volksblatt scheint am 27.9.1924 ein „Verlagsdirektor Dr. Alfred Ruetz aus Berlin“ (S. 6) auf.

<sup>143</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1929, S. 937.

<sup>144</sup> Richard Wilhelm Polifka, in: Lexikon Literatur in Tirol, [https://orawww.uibk.ac.at/apex/up-rod/f?p=TLL:2:0::::P2\\_ID:629](https://orawww.uibk.ac.at/apex/up-rod/f?p=TLL:2:0::::P2_ID:629).

während Polifka für den Kommerzialrat Hallwisch zu wenig antisemitisch war.“ Über die (vermeintlichen) Finanziere wusste die *Arbeiter Zeitung* zu berichten:

„Dazu kamen verschiedene Bindungen zur Deutschen Volkspartei im Reiche sowie zur dortigen Deutschnationalen Partei. Diese beiden Parteien vertraten gegenüber der Locarno-Politik entgegengesetzte Standpunkte, was eine beide befriedigende Stellungnahme der ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ zu diesem Problem fast unmöglich machte. (Offenbar wird das Wiener Blatt von diesen beiden auswärtigen Parteien bezahlt, soll also beiden Rechnung tragen.)“<sup>145</sup>

DDP und DVP unterstützten die Locarno Verträge, die DNVP nicht – das Thema war just zum Ersterscheinen der Zeitung Gegenstand großer innenpolitischer Auseinandersetzungen.<sup>146</sup> Die komplizierten Besitzverhältnisse erahnte man in der *Arbeiter Zeitung* offenbar, durchschaute sie aber nicht zur Gänze.

1929 dürften Winkler bzw. die Geldgeber in Berlin, d.h. die Reichsregierung, an die Einstellung oder den Verkauf der Zeitung gedacht haben. Bahr hingegen versuchte das Blatt zu retten und verfasste einen mehrseitigen Traktat mit dem Titel ‚Über die Notwendigkeit reichsdeutscher Einwirkung auf die Wiener Presseverhältnisse‘. Es ging jedenfalls an Dietrich, wohl auch an Winkler, vermutlich auch an das Reichsfinanzministerium, woher das Geld für Winklers Trusts stammte. Dieses Dokument – es ist undatiert, aber wahrscheinlich aus der ersten Hälfte 1929 – ist äußerst aufschlussreich, was die reichsdeutsche Pressepolitik in Österreich betrifft, und wird deshalb an dieser Stelle ausführlich wiedergegeben:

„Die Gründung der ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ erfolgte aus dem Bedürfnis nach einem großen, bewusst deutschen Blatt in Wien. Die damals vorhandenen Wiener Blätter ließen, mit Recht, einen Großteil der bewusst deutschen oder, um es schlagwortartig auszudrücken, der national orientierten Bevölkerung unbefriedigt. Die radikalnationale ‚Deutschösterreichische Tageszeitung‘, eine Kreuzung etwa der Traubschen ‚München-Augsburger Abendzeitung‘ und des ‚Völkischen Beobachters‘, immer in Superlativen sich bewegend, immer sich überschreiend, wurde nur von wenigen ernst genommen. Die Leute der mittleren Linie wurden von ihr schlechthin abgestoßen. [...] Die immerhin ansehnliche Gruppe in der großen Christlichsozialen Partei, die der nationalen Bewegung nahestand und noch nahesteht, infolgedessen für den Anschluss ist und sich häufig auch im Gegensatz zur Führung der Partei befindet, konnte und mochte mit der ‚Reichspost‘ nicht gehen. Dort sehnte man sich nach einer freiheitlicheren und bewusst deutsch gerichteten Tageszeitung. Die ‚Arbeiterzeitung‘ aber kam für die bürgerliche Leserschaft natürlich überhaupt nicht in Betracht. Sie suchte auf ihre Weise zwar

<sup>145</sup> Das großdeutsche Blatt und sein Hauptschriftleiter, in: *Arbeiter Zeitung*, 17.3.1927, S. 9.

<sup>146</sup> Vgl. die ersten Ausgaben im Oktober 1925 der *Wiener Neuesten Nachrichten*.

auch den Anschluss zu fördern. [...] Es war mithin die Notwendigkeit gegeben, für alle jene politischen und gesellschaftlichen Gruppen und Schichten, die mit den soeben geschilderten Zeitungen keinen inneren Kontakt finden konnten, wenn man so will: für einen Block, der politisch vielfach nicht organisiert war, höchstens bestimmten Parteien nahestand, ein Organ zu schaffen, das diese ungestillten Wünsche und Sehnsüchte befriedigte. Die publizistische Arbeit für den Anschlussgedanken ist in Österreich umso wichtiger, als in diesem kleinen Staat wider Willen, der in St. Germain aller ideellen Güter beraubt worden war, die Tradition aus den großen Tagen der k. und k. Monarchie noch immer eine Rolle spielt und ein immerhin ansehnlicher Teil der Bevölkerung, zumal in christlichsozialen Kreisen, für deutsches Gesamtgefühl und damit auch für die Anschlussidee erst gewonnen werden muss.

Tatsächlich ist es den ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ auch gelungen, einen solchen Block von Abnehmern aus den hier skizzierten Schichten zusammenzubringen. Dieser Block aber würde in dem Moment zersplittern, wo die WNN zu erscheinen aufhörten. In diesem Fall würde ein Teil der Leser zur klerikalen ‚Reichspost‘ zurückkehren und von deren unfreundlicher Haltung gegen den Anschluss weiter beeinflusst werden. Ein anderer Teil der ‚Deutschösterreichischen Tageszeitung‘ und ihrem Rechtsradikalismus, ein dritter der indifferenten und anationalen Großpresse anheimfallen. [...] Richtig ist, dass die WNN bisher zu stark in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Großdeutschen Volkspartei gestanden haben. Mit einer Zeitung, die eine Politik der großen Linie in nationaler Richtung verfolgte, über den Parteien stand, reichen Lesestoff enthielt, wären sicher mehr Abnehmer zu gewinnen gewesen. Es ist daher zu begrüßen, dass der Zusammenhang mit der Partei loser geworden ist, das Blatt keinen ausgesprochenen Parteicharakter mehr aufweist, wie es überhaupt – einer höheren Aufgabe dienstbar – bemüht ist, politische Auswüchse aller Richtungen zu applaudieren und Klassengegensätze zu überbrücken. [...] Wohl einer der bedeutendsten Aktivposten der WNN ist das große Gegengewicht, das die Zeitung gegen die tschechischen Umtriebe darstellt: sie ist gewissermaßen der einzige Vertreter reichsdeutscher Interessen und reichsdeutscher Außenpolitik gegenüber den Bestrebungen des tschechischen Außenministers Benesch. [...] Von großer Bedeutung sind die WNN in der Minderheitenfrage, vor allem für das Deutschtum in Südosteuropa. Auf diesem Gebiet sind sie das einzige Blatt, das tatsächlich eine ernste Minderheitenpolitik betreibt. [...] Bei der Einstellung des Blatts würde auch dieser wichtige Posten, der im Kampf der Minderheiten gewissermaßen als Brückenkopf bezeichnet werden kann, geräumt werden. [...] Die WNN sind zur Zeit passiv. Sie haben rund 15000 Bezieher und die Überschüsse aus der Druckerei und die Inserateneinnahmen sind noch nicht so groß, um das Blatt tragen zu können. Die Zeitung erfordert also nach wie vor Zuschüsse. Trotzdem würde ich es für falsch angewandte Sparsamkeit, ja schlechterhin für verhängnisvoll halten, wenn man dieser Zuschüsse willen die WNN eingehen lassen oder gar sie Herrn Hugenberg überantworten wollte. Die WNN sind, wie die Dinge heute liegen, das einzige Blatt, auf das sich das Reich in Wien unbedingt verlassen kann und das ein steter, sicherer Verteidiger reichsdeutscher Außenpolitik ist. Wie sich die WNN im Einzelfall zu den innerösterreichischen Problemen stellen, ob sie mehr nach rechts gravitieren, als es dem einen oder anderen mitunter lieb ist, scheint mir daneben völlig gleichgültig. Die Hauptsache ist doch wohl, dass das Blatt so gemacht wird, dass es einen immer größeren Teil der österreichischen Leserschaft zu erfassen vermag. [...] Abschließend möchte ich noch bemerken, dass gerade auch in den Kreisen der österreichischen Intelligenz die WNN als seriöser politischer Faktor gewürdigt werden. [...] Zu wünschen wäre freilich, dass die bürgerlichen Minister des Reichs – nur solche kommen natürlich für die WNN in Frage – gelegentlich das Blatt mit Beiträgen unterstützen. Heute ist es so, dass die Herren

zumeist zu der ‚Neuen Freien Presse‘, zum ‚Neuen Wiener Tagblatt‘ oder gar dem faschistischen ‚Neuen Wiener Journal‘ des aus Hamburg stammenden Lippowitz gehen. [...] Über die Übernahme des ‚Neuen Wiener Tagblatts‘ und der ‚Volkszeitung‘ unterhandelt, wie ich von zuverlässiger Seite höre, Hugenberg. [...] Es ist zu befürchten, dass, wenn Herr Hugenberg hier einzieht, auch diese Blätter passiv werden und nicht mehr ihren bisherigen Leserkreis erfassen.“<sup>147</sup>

Es kam weder zur Einstellung noch zum Verkauf. Bemerkenswert auch die Warnungen Bahrs vor einem Einstieg Alfred Hugenbergs, dem DNVP Führer und Zeitungsverleger, in den Wiener Zeitungsmarkt. Bahr bemühte sich in Folge, wie bereits in der Denkschrift eingefordert, reichsdeutsche bürgerliche Minister für Aufsätze für die WNN zu gewinnen. Ende Mai 1929 schrieb Bahr an Dietrich in diesem Sinne:

„Sehr leid hat es mir getan, dass Sie meinen Blättern keinen Aufsatz zur Verfügung stellen lassen wollten. Umsomehr leid, als ich dafür in der ‚Neuen Freien Presse‘ wieder einen köstlichen Beitrag von Ihnen lesen musste. Ich bin an diesen Dingen ja, wie Sie wissen, nicht materiell beteiligt, aber es geht mir immer wieder ein Stich durchs Herz, wenn ich sehe, dass alle unsere bürgerlichen Minister immer wieder zur ‚Neuen Freien Presse‘ wandern (die doch ganz einflusslos geworden ist) während sie die sozusagen reichseigenen ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ schneiden. In meiner Heimat nannte man das: der Concurrrenz das Geld ins Haus tragen.“<sup>148</sup>

Im Dezember 1929 bat er Dietrich erneut um einen kurzen Beitrag für die WNN. Es müsse nur ein kurzer Artikel sein, aber „das Herz muss ein bisserl mitsprechen. Und die Deutschösterreicher müssen, was ich auch politisch für durchaus opportun halte, wenigstens von Ihnen den Eindruck haben, dass Sie sie nicht auch verraten und verkaufen wollen“.<sup>149</sup> Dietrich kam diesmal dem Wunsch nach, verfasste einige Zeilen über das schwierige Verhältnis zwischen den beiden Staaten und schloss mit dem Wunsch, das „Bewußtsein, daß wir zwar zwei Staaten, aber ein Volk und eine Nation sind“, möge über alle Meinungsverschiedenheiten siegen.<sup>150</sup>

Im Sommer 1930 gab es schließlich erneut Veränderungen bei den Gesellschaftern und in der Redaktion der WNN. Hermann Kandl, ein führender Großdeutscher, beklagte sich Anfang Juli bei Bahr bitterlich über den „unerwartete[n], überfallsartige[n] Übergang der W.N.N. in klerikale Hände. [...] Die Sache ist umso unangenehmer und törichter als hier gerade Arbeiten im

<sup>147</sup> Richard Bahr, Über die Notwendigkeit reichsdeutscher Einwirkung auf die Wiener Presseverhältnisse, undatiert [1929?]. BA, N1009-204, fol. 19ff.

<sup>148</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.5.1929. BA, N1004-204, fol. 5.

<sup>149</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 12.12.1929. BA, N1004-204, fol. 16.

<sup>150</sup> Zu Weihnachten von Reichsminister Hermann Dietrich (Entwurf). Ebd. fol. 17f.

Zuge sind, um zu erreichen, dass der anschlussfreundliche Pressedienst hier mit reichsdeutscher Hilfe verstärkt werden soll, um ein Gegengewicht gegen die immer stärkere französisch-tschechische Pressevergiftung zu schaffen.“ Kandl währte die Deutsche Gesandtschaft hinter der jüngsten Veränderung in der Herausgebergesellschaft.

„Dass Graf Lerchenfeld seine Hand dabei im Spiele hatte um die W.N.N. nationalen Händen zu entwinden, findet man hier selbstverständlich, da der hochgeborene Herr sich mehr als Gesandter des Vatikans betätigt, denn als der der Deutschen Republik. [...] [E]r hat weitaus innigere Beziehungen zu Dr. Seipel, der zu Schober in einem sehr kühlen Verhältnis steht, als zu dem derzeitigen Bundeskanzler, dessen Anschlussfreundlichkeit und Treue ausser Zweifel steht.“<sup>151</sup>

Was hinter den Kulissen tatsächlich geschehen ist, geht aus dem Brief Kandls an Bahr nicht unmittelbar hervor. In Deutschland war Heinrich Brüning (1885–1970) vom Zentrum Ende März 1930 Reichskanzler geworden. Da Reichsgeld in den WNN steckten, und die Pressetrusts nicht von der DDP allein kontrolliert wurden, ist es durchaus vorstellbar, dass das katholische Zentrum ebenfalls Einfluss auf die ausländische Berichterstattung nehmen wollte. Einen entscheidenden Hinweis gibt es darauf nicht. Zwar lassen sich die personellen Veränderungen, die Kandl ansprach, im Handelsregister nachvollziehen – auf einen verstärkt katholischen Einfluss deuten sie aber nicht hin. Am 18. Juli fand in Wien die Generalversammlung der Gesellschaft statt, auf der Tagesordnung stand die Neuwahl des Verwaltungsrates.<sup>152</sup> Laut Handelsregister schieden daraufhin Johanna Kraft und Alfred Ruetz per August 1930 aus dem Vorstand aus und wurden durch Gilbert In der Maur und Dr. Robert Zwierzina ersetzt.<sup>153</sup> Mit Kraft war das letzte Mitglied der GDVP-Führungsriege aus der Gesellschaft ausgeschieden. Allerdings galt auch In der Maur damals noch als Großdeutscher, später, ab 1934, war er – wie viele andere Großdeutsche auch – Nationalsozialist. Von 1. Juli 1930 bis Februar 1931 war In der Maur zudem auch Chefredakteur der WNN.<sup>154</sup> Er schied allerdings bereits im Mai 1931 wieder aus dem Vorstand aus.<sup>155</sup> Zwierzina wiederum kam aus dem österreichischen Finanzministerium. Wessen Interessen er vertrat ist unklar. War das der Übergang in „klerikale Hände“, den Kandl gegenüber Bahr beklagt hatte? Diese Behauptung bleibt undurchsichtig.

<sup>151</sup> Hermann Kandl an Richard Bahr, 7.7.1930. BA, N1004-204, fol. 35.

<sup>152</sup> Wiener Zeitung, 3.7.1930, S. 10.

<sup>153</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1929, S. 769.

<sup>154</sup> Wiener Neueste Nachrichten, in: Datenbank der Wiener Tageszeitungen, 31.12.1995, <https://www.oeaw.ac.at/cgi-bin/cmc/wz/imp/1390>.

<sup>155</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1931, Teil 1, S. 477.

Anfang 1931 kam es zu einem Prozess vor dem Wiener Gewerbegericht. Entlassene Redakteure hatten die Herausbergesellschaft WNN AG geklagt. Aus der Berichterstattung zu diesem Prozess erhellt sich zumindest ein Teil der Vorgänge im Sommer des Vorjahres. Laut *Reichspost* hatte eine „ausländische Kapitalistengruppe“ um Max Winkler per Juli 1930 die Mehrheit der Gesellschaftsanteile an der WNN Gesellschaft übernommen. Dass Winkler ein Strohmännchen der Reichsregierung war, wusste die *Reichspost* allerdings nicht. In der *Maur* sei von den neuen Besitzern eingesetzt worden und habe einen Großteil des damaligen Redaktionspersonals entlassen. Wotawa, der ehemalige Vorstand, erklärte vor Gericht, die reichsdeutsche Gruppe habe erklärt „wenn es nicht zu einer weiteren Finanzierung komme, könne unter Umständen die Einstellung erfolgen“.<sup>156</sup> Offensichtlich hatten die Großdeutschen, die ursprünglich ja einmal, zumindest offiziell, die Mehrheit an der Zeitung gehalten hatten kein Geld mehr, und mussten ihre Anteile an Winkler verkaufen. Ein Teil der Großdeutschen dürfte das im Sommer 1930 wohl als „Übergang in klerikale Hände“ interpretiert haben. Jedenfalls verlor die GDVP die unmittelbare Kontrolle über ihr Parteiorgan – auch wenn sich die inhaltliche Ausrichtung der WNN in Folge nicht groß geändert zu haben scheint.

Bahrs Position in diesem Konflikt ist nicht ganz leicht zu durchschauen. Zum einen übte er Kritik an den WNN in alter und neuer Form, zum anderen stand er weiterhin in regem Austausch mit den Großdeutschen, die ihm ihrerseits ihr Leid klagten. Im Jänner 1931 berichtete er Dietrich, Wotawa habe ihm mitgeteilt,

„Winkler hätte Ausgang Dezember für die ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ neue Mittel hergegeben. Ich wiederhole meinen alten Catonischen Spruch: solange dort das jetzige Regiment Schober-In der *Maur* nicht beseitigt ist, ist jeder Pfennig sträflich vertan. Von den WNN in ihrer dermaligen Gestalt hat weder das österreichische noch das Gesamtdeutschtum irgend einen Nutzen. Ganz im Gegenteil.“<sup>157</sup>

Bahr hatte Ende 1929 noch dafür plädiert, die WNN inhaltlich breiter aufzustellen. Offenbar waren die Veränderungen in der Redaktion, insbesondere die Person In der *Maur*, auch nicht in seinem Sinn. An Schober, den er zuvor stets gelobt hatte, mag ihm nun auch manches Missfallen haben.

<sup>156</sup> Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ nicht mehr großdeutsches Organ, in: *Reichspost*, 10.1.1931, S. 10.

<sup>157</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 9.1.1931. BA, N1004-204, fol. 41.



Da die WNN offenbar einen ungünstigen Kurs nahmen, wälzten Bahr und Dietrich – möglicherweise gemeinsam mit Winkler – zur selben Zeit den Plan, das *Neue Wiener Tagblatt* und den Steyermühlkonzern, der vom Direktor der Bodencreditanstalt Rudolf Sieghart kontrolliert wurde, zu übernehmen. Wie realistisch dieses Vorhaben je war sei dahingestellt. Bereits Ende Jänner 1931 berichtete Bahr an Dietrich, dass „das ‚Neue Wiener Tagblatt‘ und Steyerer Mühl zur Zeit für uns nicht greifbar“ seien. Sieghart habe nach wie vor die Aktienmehrheit und wolle sieben Millionen Schilling für sein Aktienpaket. Das Geld sei aber wohl vorerst nicht verfügbar und der „Erwerb der Minderheitenaktien nütze uns nichts“. In Wien wüssten nur zwei Menschen von ihren Absichten. Für die WNN entwickelten Bahr und Dietrich ebenfalls neue Pläne: Die AEG sei bereit, die WNN zu übernehmen, sie fordere nur einen Zuschuss von 120.000 RM durch das Reich, berichtete Bahr. Winkler habe allerdings Pessimismus bei der AEG verbreitet und so müsse man nun rasch handeln, damit dieses Geschäft zustande komme. Ziel sei es, dass „[d]as Reich oder die Concordia aus der Sache heraus ist und die Gewähr besteht, ein tapfer die deutschen Interessen verfechtendes Organ in Wien zu erhalten, über dessen Notwendigkeit wir ja beide durchaus einer Meinung sind.“<sup>158</sup> Dieses Vorhaben war aber offenbar ebenfalls nicht rasch zum Abschluss zu bringen. Mitte März schrieb Bahr erneut in Sachen WNN an Dietrich. Es dränge nun sehr, wenn man die Übernahme durch die AEG in die Wege leiten wolle.

„Immer wieder schreiben und telefonieren mir die Leute aus Wien und ich muss ihnen auch zugeben: tempus urget. Es ist wirklich Gefahr im Verzuge, wenn wir nicht zum 1. April die WNN wieder marschfähig machen können. Dazu kommt noch, dass, wie mir aus Wien geschrieben wird, Herr [Otto] Reinebeck und sein Minister [Reichsaußenminister Julius Curtius] den Grossdeutschen bei einer vertraulichen Besprechung erklärt haben sollen: sie sollten nur ganz ruhig sein. Man würde sie schon nicht im Stich lassen und ihnen ein Blatt erhalten. Also tun Sie mir die Liebe und stossen Sie bitte, noch ehe Sie nach Bayern fahren, im Verein mit dem Grafen Krosigk das Türl auf, durch das wir hineinschlupfen können.“<sup>159</sup>

---

<sup>158</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 21.1.1931. BA, N1004-204, fol. 42f.

<sup>159</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 18.3.1931. BA, N1004-204, fol. 45.

Johann Schwerin von Krosigk, der spätere Finanzminister, leitete damals die Haushaltsabteilung im Reichsfinanzministerium.<sup>160</sup> Es war zudem gerade die heiße Phase des deutsch-österreichischen Zollunionsprojekts,<sup>161</sup> Bahr war wohl der Meinung, dass man dieses auch publizistisch entsprechend befeuern und unterstützen musste. Der AEG, die seit 1926 ein Kraftwerkprojekt in den Hohen Tauern verfolgte, mochte damals der Einstieg in den Zeitungsmarkt aus Werbegründen für das eigene Unternehmen zumindest eine Überlegung wert gewesen sein. Bahr wollte seinerseits unbedingt eine höhere Stellung in der WNN, genauer gesagt im Vorstand der Gesellschaft, erlangen. Gleichzeitig suchte er weiterhin Wege, die WNN aus der Kontrolle durch die Reichsregierung zu entführen. Im Mai 1931 bat er Dietrich Winkler und den anderen Gesellschaftern des Zeitungskartells folgende neue Besetzung für den Verlagsvorstand vorzuschlagen: „Krafft – Orschel – und R.B. (welchem auf die Besetzung der Personalien bei den WNN ich Einfluss einzuräumen vorschlagen möchte).“ Er glaubte Winkler, mit dem er sich lange unterhalten habe, sei ebenfalls für diese Besetzung. Außerdem solle unbedingt auf die AEG eingewirkt werden, damit sie sich rasch an der Zeitung beteilige. Er habe deswegen mit dem ehemaligen großdeutschen Justizminister Dr. Hans Schürff gesprochen. Dieser halte „das Tauernprojekt der AEG für das beste, meint aber, die Leute müssten sich’s etwas kosten lassen und sich in den WNN endlich ein Propagandaorgan zulegen.“<sup>162</sup> Auch hier ist nicht klar, ob Bahr die angeblichen Interessen der AEG vorschob, um sich selbst einen größeren Einfluss auf die Zeitung zu verschaffen. Offensichtlich ging Bahrs Plan aber nicht auf. Friedrich Wilhelm Krafft ersetzte noch im Mai 1931 In der Maur im Vorstand der WNN, aber Bahr blieb außen vor.<sup>163</sup>

Folgende Fragen müssen hier mangels Quellen unbeantwortet bleiben: Warum wollte Bahr in den Vorstand der WNN eintreten? Plante er damals bereits nach Wien zu übersiedeln? Waren es wirtschaftliche oder politische Gründe, die Bahr motivierten? Warum wollten Bahr und Dietrich die AEG dazu bewegen, einen Anteil an den WNN zu erwerben? War die AEG dazu je bereit gewesen? Fürchteten Bahr und Dietrich das Ende ihres bzw. des Ex-DDP Einflusses

---

<sup>160</sup> Krosigk, Johann Ludwig Graf Schwerin von, in: Bundesarchiv, Akten der Reichskanzlei Weimarer Republik online, Biografien.

<sup>161</sup> Vgl. Rolf Steininger, „...der Angelegenheit ein paneuropäisches Mäntelchen umhängen...“ Das deutsch-österreichische Zollunionsprojekt von 1931, in: Michael Gehler, Rainer F. Schmidt, Harm-Hinrich Brandt, Rolf Steininger (Hg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Innsbruck-Wien-Bozen 2009, S. 441–478; Franz Gartner, *Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion und die Wiener Presse*, Diss. Phil. Wien 1949, darin speziell zu den WNN: S. 98ff.

<sup>162</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 6.5.1931. BA, N1004-204, fol. 49.

<sup>163</sup> Zentralblatt für Eintragungen in das Handelsregister 1931, Teil 1, S. 477.

auf die Winklerschen Trusts und wollten sie sich deshalb über andere Wege den Einfluss auf den Wiener Zeitungsmarkt sichern? Wie dem auch sei: das gesamte Vorhaben scheiterte und für Bahr wurden die WNN erst Mitte 1933, als er nach Österreich übersiedelte, wieder zu einem wichtigeren Thema. Sie blieben währenddessen im Einflussbereich Winklers.

Inzwischen hatte Bahr bereits im März 1930 ein Büchlein mit dem Titel „Österreich wie es ist. Fünf Briefe der Werbung für den deutschen Zusammenschluß“ verfasst.<sup>164</sup> Es bestand, wie schon bei früheren Schriften, aus einer Zusammenstellung von Artikeln, die im Verlauf des halben Jahres zuvor in der DAZ erschienen waren. Der erste „Brief“ war der drohenden Bürgerkriegsgefahr in Österreich gewidmet. Die Schuld sah Bahr hier bei den Sozialdemokraten, die in Wien einen „sozialistischen Staat im Staate“ errichtet hätten und ihre Bereitschaft zur Entwaffnung des Republikanischen Schutzbundes nur vortäuschen würden. Aber auch die Heimwehren halte er „nicht unter allen Umständen für ungefährlich“. Die Regierung Schober hingegen sei hervorragend besetzt und habe die Macht in der Hand. (Ein Jahr darauf stand Bahr bekanntlich nicht mehr uneingeschränkt hinter Schober.) Der zweite Brief war eine Absage an den „österreichischen Menschen“. Hier äußerte Bahr die Angst, die Österreicher könnten in ihrem Staat „ein Vaterland entdecken“ und folglich würden Deutschland und Österreich sich auseinanderleben. Schuld seien vor allem die Reichsdeutschen, die sich den Österreichern verschließen würden, weshalb diesen nichts anderes übrigbliebe, als sich an ihre Republik zu gewöhnen. Im dritten Brief behandelte Bahr die österreichische Verfassung, im vierten die Frage einer österreichisch-deutschen Wirtschaftsunion, im fünften schließlich den „Anschluss“. Auch hier sah er Reichsdeutschland als das größte Hindernis. Es triumphiere der „kleindeutsche Stubensinn“, viele Reichsdeutsche würden sich nur oberflächlich zum „Anschluss“ bekennen, seien aber eigentlich Gegner. Dieses deutsche Gefühl würde auf die Österreicher reflektieren, die ihrerseits immer lauter von einem „neuen Österreich“ zu sprechen beginnen würden.

Bahrs Werben um Verständnis für Österreich in Deutschland, wie er es selbst sah, bzw. sein großdeutsches Engagement wurde von Seiten der Republik Österreich mehrmals gewürdigt. Im März 1927 verlieh ihm Bundespräsident Michael Hainisch das goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.<sup>165</sup> Der parteilose Hainisch war langjähriges Mitglied

---

<sup>164</sup> Richard Bahr, Österreich wie es ist. Fünf Briefe der Werbung für den deutschen Zusammenschluß, Berlin 1930.

<sup>165</sup> Verleihungsurkunde, 14.3.1927. BA, N1004-201, fol. 17.

des „Deutschen Klubs“ in Wien und in diversen großdeutschen Vereinigungen engagiert. Wie Bahr, aber vor diesem, hatte auch er – zumindest eine kurze Zeit – in Berlin bei Schmoller studiert.<sup>166</sup> In Hainischs Memoiren wird Bahr zwar nicht erwähnt, aber es ist bekannt, dass sie sich immer wieder begegnet sind. Von wem die Verleihung 1927 ausging ist nicht überliefert, möglicherweise war es sogar Hainisch selbst gewesen. In der Begründung des Antrages heißt es:

„Dr. Richard Bahr zählt seit etwa 20 Jahren zu den führenden politischen Publizisten in Berlin. Er ist Vertreter einer großen Anzahl sehr angesehener Provinzialblätter, entfaltet außerdem eine umfassende schriftstellerische Tätigkeit für Monatsschriften und Revuen und ist selbst Herausgeber der Halbmonatsschrift ‚Wille und Weg‘, die mit besonderer Wärme für österreichische Interessen eintritt und fast in jedem Heft den Beitrag eines österreichischen Autors veröffentlicht. Seine weitverzweigten publizistischen Beziehungen benützt Bahr, um für das Verständnis Österreichs, seiner Bevölkerung und seiner Politik zu werben.“<sup>167</sup>

Im März 1930 erhielt Bahr von Bundespräsident Wilhelm Miklas, einem Christlichsozialen, auch das große silberne Ehrenzeichen.<sup>168</sup> Großdeutsche Zeitungen wie das *Vorarlberger Tagblatt* und die *Linzer Tages-Post* berichteten äußerst wohlwollend über die Verleihung.<sup>169</sup>

### Auswanderung nach Österreich

In der Zwischenkriegszeit lebte das Ehepaar Bahr 1919 zuerst ein Jahr am Kronprinzenufer am Spreebogen, anschließend bis April 1933 in der nahegelegenen Fürst-Bismarck-Straße 2, der heutigen Otto-Bismarck-Allee. Im Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft aus dem Jahr 1930 ist zudem ein Wohnsitz am Grottowsee bei Eschbruch im Kreis Friedeberg (Neumark) angegeben.<sup>170</sup> Über drei Jahrzehnte hatte Bahr also mehr oder weniger ununterbrochen im politischen Epizentrum Berlins gelebt und gearbeitet. Wenige Monate vor seinem 66. Geburtstag, kurz nachdem Adolf Hitler in deren unmittelbarer Nachbarschaft zum Reichskanzler ernannt worden war, kehrte das Ehepaar Berlin den Rücken und verließ Deutschland Richtung Österreich. Auf der Titelseite der *Wiener Neuesten Nachrichten* erschien am 20. Mai aus diesem Anlass eine ausführliche Würdigung Bahrs:

<sup>166</sup> Michael Hainisch, 75 Jahre aus bewegter Zeit. Lebenserinnerungen eines österreichischen Staatsmannes, bearb. von Friedrich Weissensteiner, Wien-Köln-Graz 1978, S. 88.

<sup>167</sup> Ich danke Peter Melichar und Stefan Smeotan für die Übermittlung einer Kopie des Antrags. Die Kopie befindet sich im Besitz der Österreichischen Gesellschaft für Historische Quellenstudien.

<sup>168</sup> Verleihungsurkunde, 12.3.1930. BA, N1004-201, fol. 18.

<sup>169</sup> Tages-Post, 15.4.1930, S. 1; Vorarlberger Tagblatt, 31.7.1930, S. 4.

<sup>170</sup> Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft Bd. 1, Berlin 1930, S. 398.

„Dr. Richard Bahr, unser langjähriger Berliner Mitarbeiter und Leiter unseres Berliner Bureaus, hat dieser Tage Abschied von Berlin und von der Journalistik genommen. Es ist nicht nötig, unseren Lesern ein Bild von dem wahrhaft glanzvollen publizistischen Wirken Bahrs zu zeichnen, denn sie kennen die Kraft seiner Persönlichkeit, die Schärfe seines Denkens und die ganz außergewöhnliche Kunst seiner Darstellung aus den Aufsätzen, die er in unserem Blatte im Laufe der Jahre veröffentlicht hat. Bahr, der in jungen Jahren aus seiner baltischen Heimat nach Berlin kam, hat dort länger als ein Menschenalter hindurch als Journalist und Publizist gearbeitet. Es war ein glänzender Weg, den er zurücklegte, wie er nur wenigen Männern des Tagesschrifttums beschieden ist. Bahr war aber niemals nur Journalist; seine tiefgehende Kenntnis der Fragen des Auslandsdeutschtums, die ihm als Deutschbalten von Jugend her am Herzen lag, machte sein gastfreies Haus geradezu zu einem Zentrum der Pflege volksdeutscher Arbeit. Gerade in der letzten Zeit arbeitet Bahr übrigens an einem großen Werk über die deutschen Volksgruppen in den europäischen Staaten, das, soviel wir wissen, schon bald erscheinen wird. Richard Bahr war zeitlebens ein Nationalist im besten Sinne des Wortes: ein leidenschaftlicher Verfechter des großdeutschen nationalen Gedankens. So kam es, daß er, der aus dem fernsten deutschen Nordosten kommt, eine, fast möchte man sagen: unmäßige Liebe zu Österreich faßte, für das er sich stets mit seinem ganzen großen Temperament und mit einer liebenswerten Herzenswärme einsetzte. Seit Jahren war es sein Plan, nach Österreich zu übersiedeln, wenn er, der jetzt die Mitte der Sechziger schon überschritten hat, sich zur Ruhe setzen würde. Vor mehr als einem Jahr wurde mit den Vorbereitungen begonnen, im Herbst der Termin genau festgesetzt und in den nächsten Tagen wird Dr. Bahr hier eintreffen, um in der Nähe von Wien sein Zelt aufzuschlagen. Sein Haus wird, davon wir überzeugt, auch hier bald der Mittelpunkt eines Kreises von ausgezeichneten und interessanten Menschen sein. Das Band zwischen Bahr und unseren Lesern wird mit seinem Abschied aus Berlin nicht zerrissen sein; denn wir hoffen, daß er hier seine Mitarbeit wieder aufnehmen und noch viele seiner glänzenden Aufsätze veröffentlichen wird, deren Lektüre stets ein Genuß ist.“<sup>171</sup>

Dass Bahr im Mai/Juni 1933 nach Österreich ging, war einerseits nicht ganz überraschend, andererseits gab der Zeitpunkt, so kurz nach der NS-Machtübernahme in Deutschland, seinen Zeitgenossen Anlass zu Spekulationen. Pierer deutete den Umzug in ihrer Dissertation als zumindest teilweise in der nationalsozialistischen Machtübernahme im Deutschen Reich wurzelnd. In seinen Publikationen habe sich Bahr stets als scharfer Gegner des Nationalsozialismus gezeigt, nicht zuletzt auch deshalb habe er sich 1933 zur Emigration nach Österreich entschlossen, auch wenn es bei weitem nicht der alleinige Grund gewesen sei.<sup>172</sup> Diese Interpretation mag vielleicht etwas Wahres an sich haben, denn Bahr galt in Berlin keinesfalls als Freund der Nationalsozialisten. Allerdings war er in den österreichischen pro-nationalsozialistischen Kreisen, die im Deutschen Klub, dem er im Oktober 1933 beitrug, stark vertreten waren, offensichtlich dennoch wohlgekommen. Gegenüber den reichsdeutschen Finanzbehörden, mit denen Bahr

<sup>171</sup> Dr. Richard Bahr, in: Wiener Neueste Nachrichten, 20.5.1933, S. 1.

<sup>172</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 60.

schon kurz nach der Übersiedelung um den Transfer seines Vermögens nach Österreich kämpfte, bestritt Bahr auch dezidiert jeden politischen Grund für seine Emigration. Vielmehr sei es ein langgehegter Wunsch von ihm und seiner Ehefrau gewesen, den Lebensabend in Österreich zu verbringen. Freilich wäre es zu diesem Zeitpunkt auch nicht besonders klug gewesen, das Gegenteil zu behaupten.

Aus der Korrespondenz mit seinem Vertrauten und späteren Rechtsvertreter Hermann Dietrich geht hervor, dass das Ehepaar Bahr schon spätestens Ende 1932 die feste Absicht hatte, die Wohnung in Berlin mit Jahresmitte 1933 aufzugeben. Zum selben Zeitpunkt wollte Richard Bahr auch sein Korrespondenzbüro, das er in der gleichen Wohnung betrieb, auflösen. Dies war, soweit man der Korrespondenz mit Dietrich entnehmen kann, auch mit den Zeitungen und Verlagen, für die Bahr arbeitete, vereinbart. Bereits einige Jahre zuvor hatte er sich um einen Nachfolger bemüht: er glaubte, das Büro könne dem nationalliberalen Lager nützlich bleiben, aber diese Suche war wohl nicht erfolgreich. In seiner Wohnung wäre Bahr allerdings gerne noch bis Juni 1933 geblieben, der Gebäudeeigentümer – das Reichsfinanzministerium – bestand allerdings auf einer Kündigung per Ende April. Über den Zeitpunkt, an dem er Berlin verlassen würde, war Ende 1932 also noch keine definitive Entscheidung getroffen worden, wohl aber war bereits klar, dass Bahr nach Österreich gehen würde. Offenbar hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits Arrangements für seinen zukünftigen Wohnsitz in Mödling getroffen. Vielleicht wäre er, sofern er im Jahr zuvor, 1931, den Vorstandssitz in der WNN AG erlangt hätte, auch schon früher nach Wien gegangen, aber das hatte sich bekanntlich nicht realisiert. Hitlers Aufstieg war Ende 1932 bereits absehbar, schließlich war die NSDAP bereits im Juli 1932 zur stärksten Kraft geworden, das liberale Lager, dem Bahr sich verbunden fühlte, stürzte damals in die Bedeutungslosigkeit. Die Staatspartei hatte nur 1 Prozent der Stimmen erlangt, die Volkspartei 1,2 Prozent. Wenig besser sah es bei der Reichstagswahl im November aus. Hatten diese politischen Entwicklungen die Auswanderungspläne beschleunigt?

Ende 1943 schrieb der Historiker Heinrich Srbik im Gutachten zu Pierers Dissertation, Bahr sei „immer dem liberalen Bürgertum innerlich angehörig“ geblieben, habe „den Parlamentarismus als eine Notwendigkeit trotz aller Übel“ angesehen und sei „dem Nationalsozialismus

fremd“ geblieben. All das habe seine Studentin richtig erkannt.<sup>173</sup> Diese hatte in ihrer Dissertation zu Bahrs Verhältnis zum Nationalsozialismus folgendes geschrieben:

„Mit einer Schärfe, die man nachgerade als hervorstechende Eigenschaft der publizistischen Kritik Richard Bahrs kennt, tritt die Gegnerschaft zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu Tage. Obwohl er später nach versöhnlicheren Ausdrücken langt und nach 1933–1936 der vom Nationalsozialismus geleisteten Arbeit gelegentlich Anerkennung zollt, ein Freund derselben ist er nie geworden. Konnte es auch einen stärkeren Gegensatz als der bewußt bürgerlichen mit liberalen Grundzügen durchwebten Lebenseinstellung Richard Bahrs und der divergierenden, kompromißlosen Gegenstellung der ns Idee dazu geben?“<sup>174</sup>

Bahr habe, so Pierer, den Nationalsozialismus nicht primär aus parteipolitischen sondern „unter allen Umständen aus völkischen Gründen“ abgelehnt. Die NSDAP sei ihm eine „Karikatur nationaler Gesinnung“ gewesen:

„Den Grund zu diesem Urteil gab für ihn die Einstellung der Nationalsozialisten zu Italien ab, woraus er die Preisgabe Südtirols an das Italien Mussolinis, – ein ‚Zuchthaus‘ – folgte. Die ‚Hitlerei‘, die in Bayern so sehr um sich gegriffen habe, die die österreichischen Volksgenossen den Welschen und Slawen zum Fraß vorzuwerfen rate, sei nicht völkisch und wer immer einer aus den Fugen geratenen Zeit den Wahnwitz predige, erst gelte es den inneren Feind abzuschlachten, ehe man sich gegen äußeren wenden dürfe, der sei auch nicht deutsch. Man müßte solchen Leuten, die den Bestand des Staates anzutasten wagen, der nun einmal dieser Staat wäre, mit mitleidloser Schärfe entgegentreten.“<sup>175</sup>

Insbesondere die Causa Südtirol scheint ursächlich gewesen zu sein für Bahrs Ablehnung des Nationalsozialismus: „In den kommenden Jahren finden wir oft Äußerungen, mit welchen er das Verhalten der NSDAP in der Frage Südtirols anprangern will, das er zum Opfer erkoren sieht, Italiens Freundschaft zu erkaufen.“<sup>176</sup> Er war offenbar mehrmals selbst in Südtirol und fühlte mit dem Land verbunden. In einem Schreiben an Hermann Dietrich nannte er sich 1933 einmal einen „alte[n] Südtiroler“<sup>177</sup> Aus seinen Briefen an Dietrich geht immer wieder hervor,

<sup>173</sup> Heinrich von Srbik, Beurteilung der Dissertation (Gertrud Pierer, Richard Bahr, Wien 1943), 16.12.1943. Universitätsarchiv Wien, Rigorosenakt 15816.

<sup>174</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 60.

<sup>175</sup> Ebd., S. 61.

<sup>176</sup> Ebd., S. 62.

<sup>177</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 13.11.1933. BA, N1004-206, fol. 110.

dass er den Nationalsozialismus prinzipiell ablehnte. Ab 1933 wurde die Kritik immer verklau-  
sulierter, über manche Dinge wollte er, vermutlich aus Vorsicht, „schriftlich nicht sprechen“.<sup>178</sup>

Zuletzt schrieb er im April 1931 an Dietrich, deutlich pessimistisch:

„Ich für mein Teil will Ihnen jedenfalls, obschon ich manches auf dem Herzen hätte, jetzt nicht von Politik reden. Nicht einmal von der Nazirevolte, an der mir manches unbehaglich ist. Sind diese in die Politik verschlagenen ehemaligen Offiziere nicht unser Unheil? Wo sie in ihrem primitiven ABCSchützentum hineinpacken geht alles Porzellan in Scherben. Sie haben uns die Presse, die Parteien, die Bünde und damit die ganze innere Politik devastiert.“<sup>179</sup>

Viele von Bahrs Bekannten kamen mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten unter die Räder. Dietrich berichtete ihm im Dezember 1934, Fritz Klein, dem ehemaligen Chefredakteur der DAZ, der auf Druck von Hitler und Goebbels entlassen worden war, gehe es „erbärmlich schlecht“. Auch der „Allgäuer“, gemeint war Dr. Otto Geßler (1875–1955), Mitgründer der DDP, ehemaliger Reichswehrminister, ehemaliger Bürgermeister von Regensburg und ehemaliger Oberbürgermeister von Nürnberg, der 1944 sogar in ein Konzentrationslager gesperrt wurde, habe „nichts Positives irgendwelcher Art“ zu berichten.<sup>180</sup> Als Klein 1936 starb, bekannte Bahr, dessen Tod habe ihn „fürchterlich niedergeworfen“.<sup>181</sup> Nach der NS-Machtübernahme exponierte sich Bahr nicht mehr publizistisch als Gegner des Nationalsozialismus. Andererseits war er auch kein Opportunist, kein „Märzgefallener“, der sich der NSDAP angebeidert hätte.

Dennoch trat Bahr am 31. Oktober 1933 dem Deutschen Klub in Wien bei,<sup>182</sup> der zu diesem Zeitpunkt schon stark nationalsozialistisch gepolt war. „Der Verfasser des vorliegenden Buches und dessen Inhalt“, hieß es zwei Jahre darauf in einer Besprechung seines Werks „Volk jenseits der Grenze“ in der Klubzeitschrift, „sind den Mitgliedern des Deutschen Klubs guten Teils bekannt, hat doch Dr. Richard Bahr [...] sowohl im Klub, wie früher schon einmal im Deutschen Schulverein Südmark, Vorträge über den hier behandelten Stoff gehalten und dabei Auszüge aus seinem Werk zur Vorlesung gebracht.“<sup>183</sup> Einen weiteren Vortrag im Deutschen

<sup>178</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 16.10.1933. BA, N1004-206, fol. 97.

<sup>179</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 7.4.1931. BA, N1004-204, fol. 47.

<sup>180</sup> Hermann Dietrich an Richard Bahr, 4.12.1934. BA, N1004-207, fol. 123.

<sup>181</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 11.5.1936. BA, N1004-207, fol. 303.

<sup>182</sup> Mitteilungen des Deutschen Klubs Folge 11/12 (Dezember 1933), S. 6. Ich danke Andreas Huber für den Hinweis.

<sup>183</sup> Mitteilungen des Deutschen Klubs 14 (1935), Folge 109, S.12-13.



Klub hielt Bahr im Jänner 1936.<sup>184</sup> Die Klubzeitung rezensierte Bahrs Buch gleich zweimal wohlwollend und nach seinem Tod erschien zudem auch eine Besprechung von „Deutsches Schicksal im Südosten“.<sup>185</sup> Schon im November 1933 war Bahr beim „Deutschen Schulverein Südmark“ aufgetreten,<sup>186</sup> das Publikum dürfte sich mit jenem des Deutschen Klubs größtenteils überschneiden haben. Sein Eintritt in den Deutschen Klub in Wien war letztlich Resultat der um den Mai 1933 erfolgten Übersiedelung nach Mödling bei Wien. Bahr suchte zweifelsohne Anschluss an großdeutsch bzw. deutschnational gesinnte Kreise, mit vielen Mitgliedern des Klubs war er aber auch zuvor schon bekannt gewesen. Die Prognose, der WNN, dass Bahr bald einen Kreis „von ausgezeichneten und interessanten Menschen“, zumindest aus dem nationalen und anschlussfreundlichen Lager, um sich scharren würde, scheint sich also rasch bewahrheitet zu haben.

Dass das Ehepaar Bahr ihre Wohnung und Büro in Berlin 1933 aufgeben wollten, war auch aus anderen, als den möglicherweise vorhandenen politischen Gründen nicht überraschend. Richard Bahr war zu diesem Zeitpunkt immerhin bereits ein Mittsechziger und hatte vertraglichen Anspruch auf Renten- und Pensionszahlungen, die ihm seine Verleger um den Huck-Konzern schon lange zugesagt hatten. Außerdem soll ihm, nach Pierer, Berlin längst zu modern und zu ruhelos geworden sein.<sup>187</sup> Dazu kam, dass Bahr schon lange an körperlichen Leiden litt, darunter auch Rheuma, weshalb das Ehepaar seit vielen Jahren regelmäßig nach Österreich und Südtirol, vor allem nach Gastein und Meran, auf Kur ging. Den Jahreswechsel 1932, als Bahr gerade seinen Abschied aus Berlin vorbereitete, verbrachte das Ehepaar Bahr aus diesem Grund wieder einmal im salzburgischen Hochgastein.<sup>188</sup> Zusammen mit den zahlreichen Verbindungen die Bahr nach Österreich hatte und seiner Absicht, größere Werke über das Auslandsdeutschtum abzufassen, war die Wahl des zukünftigen Wohnorts also letztlich aus verschiedenen Gesichtspunkten, unabhängig vom Erstarken der Nationalsozialisten, nachvollziehbar.

Dass das Ehepaar Bahr fest plante, dauerhaft nach Österreich zu gehen, und nicht etwa nur für einige Monate im Jahr, geht auch aus Notizen zum Pensionstransfer nach Österreich hervor, die Dietrich Anfang November 1932 für seinen Freund anlegte. Anfang Mai 1933 war Richard

---

<sup>184</sup> Deutscher Klub an Richard Bahr, 5.12.1935. BA, N1004-207, fol. 254. In den *Mitteilungen des Deutschen Klubs* konnten allerdings keine Hinweise auf Bahrs Vorträge gefunden werden. Auch nach seinem Eintritt scheint Bahr, zumindest laut den Mitteilungen, nicht mehr im Klub vorgetragen zu haben.

<sup>185</sup> *Mitteilungen des Deutschen Klubs* 16 (1937), Folge 117, S. 10-12.

<sup>186</sup> *Kleine Volks-Zeitung*, 9.11.1933, S. 8.

<sup>187</sup> Ebd.

<sup>188</sup> Briefwechsel Richard Bahr Hermann Dietrich, November 1932/Januar 1933. BA, N1004-206.

Bahr noch in Berlin, um dort mit dem Finanzamt Steuerangelegenheiten zu klären. Spätestens Anfang Juni lebte das Ehepaar Bahr in der Bergstraße 5 in Mödling bei Wien. Etwa zur selben Zeit wurde die österreichische NSDAP de facto verboten und die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland wurden erheblich angespannt. Bahr lag zu diesem Zeitpunkt bereits im Clinch mit den deutschen Finanzbehörden, welche die Auszahlung bzw. den Transfer von diversen Geldern, darunter seine monatlichen Pensionszahlungen und seine Sparguthaben, nach Österreich nicht genehmigen wollten. Der Zeitpunkt der Übersiedelung im Frühling 1933 schien den reichsdeutschen Behörden, die bereits im nationalsozialistischen Sinne agierten, wohl verdächtig, weshalb sich Bahr gegenüber der Devisenbewirtschaftungsstelle in Stuttgart folgendermaßen rechtfertigte:

„Es ist ein alter, durch bald vierzig Jahre von mir festgehaltener Herzenswunsch, in dem Augenblick, wo ich in den Genuss einer Alterspension käme, nach Österreich zu übersiedeln. Ich bin, wie Sie vielleicht wissen werden, ein Vorkämpfer österreichisch-deutschen Zusammenschlusses und aller grenzlanddeutschen Belange. Auch schon um ihretwillen – dem größten Teil des Auslandsdeutschtums bin ich hier näher – schien es mir geboten, meinen Wohnsitz hierher zu verlegen, um die Arbeit, der ich durch Jahrzehnte im Reich obgelegen, von hier aus fortzusetzen. Die beklagenswerte Zuspitzung zwischen den beiden deutschen Staaten wird ja nicht ewig dauern. Inzwischen ist es nützlich, wenn Leute meiner Art hier sind und zum gegenseitigen Verstehen mahnen.“<sup>189</sup>

Außerdem, so merkte Bahr an, könne er mit seiner Pension in Österreich sehr viel besser leben, seiner Frau tue das südliche Klima gut und er selbst sei wegen seines chronischen Rheumas auf die Thermen in Baden und Gastein angewiesen. Die deutschen Finanzbehörden waren mit diesen Erklärungen nicht zum Einlenken zu bewegen. Im Gegenteil, sie ordneten zusätzlich zur Sperrung von Bahrs Konten die Zahlung der Reichsfluchtsteuer an – in der beachtlichen Höhe von 42.100 RM.<sup>190</sup> Ein herber Schlag für Bahr, aber noch nicht Grund genug für ihn, sofort wieder nach Deutschland zurückzukehren. Hans Steinacher (1892–1971), Vorstandsmitglied im Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA), der für Bahr intervenierte, teilte ihm im Juli 1933 mit, die Behörde sei offenbar der Ansicht, „dass Sie Jude seien und aus Deutschland geflüchtet wären, um sich dem Druck hier unter den heutigen Verhältnissen zu entziehen.“ Unabhängig von diesem Verdacht würde die Behörde Bahrs „volksdeutsche“ Aktivitäten auch nicht als im öffentlichen Interesse des Reiches anerkennen, eine derartige Aner-

<sup>189</sup> Richard Bahr an die Devisenbewirtschaftungsstelle Stuttgart, 22.6.1933. Ebd.

<sup>190</sup> Finanzamt Hansa, 13.5.1933. BA, N1004-206, fol. 8.

kennung sei allerdings Bedingung für die Befreiung von der Reichsfluchtsteuer. Die Unterstellung, Jude zu sein, muss Bahr getroffen haben. In seiner Antwort an Steinacher entgegnete er, mit „demselben Rechte könnte man von mir behaupten, dass ich als Zulukaffer auf die Welt gekommen wäre“. Die Behauptung jüdischer Abstammung sei geradezu grotesk, er sei Träger diverser Auszeichnungen – ein kurioses Gegenargument allerdings – und seine Vorfahren lägen allesamt auf evangelischen Friedhöfen begraben. Er habe schon „vor acht oder neun Jahren, zu einer Zeit, wo man sich wirklich damit nicht beliebt machte, einen bemerkenswert antisemitischen Artikel<sup>191</sup> geschrieben“. Zuletzt ein einleuchtendes Argument: Wie könne man denn sinnvollerweise beweisen, etwas nicht zu sein?<sup>192</sup> Steinacher versicherte Bahr, der „Beweis, dass Sie mit Juden nichts zu tun haben, dürfte auf autoritärem Wege von uns durchzuführen sein.“<sup>193</sup> Dietrich intervenierte ebenfalls bei diversen Stellen für Bahr, unter anderem bei Reichsminister Schwerin von Krosigk, der die nationalsozialistische Machtübernahme überstanden hatte und mit dem die beiden über das Zeitungskartell verbunden waren. Mitte Juli 1933 teilte Bahr Dietrich einen weiteren Grund mit, weshalb er nach Wien gegangen sei: mit der DAZ habe er ein Abkommen getroffen, „wonach ich dieser Zeitung regelmässig über grossdeutsche Fragen wie solche des Grenz- und Auslandsdeutschtums berichten sollte“. Außerdem sei ihm schon früher ein Sitz im Aufsichtsrat der *Wiener Neuesten Nachrichten* in Aussicht gestellt worden, was sich aber zerschlagen habe.<sup>194</sup> Aus letzterer Behauptung wird ersichtlich, dass Bahr und Dietrich primär nach Argumenten suchten, um die Auswanderung in anderem, den reichsdeutschen Behörden genehmem Licht erscheinen zu lassen. Denn Bahr war schon 1931 nicht in den Aufsichtsrat aufgenommen worden und nun, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, war es wohl kaum wahrscheinlicher geworden, dass ihn die Reichsregierung als Vertrauensmann nach Wien entsenden würde. Außerdem war sein Abschied aus Berlin auch als Abschied von der Tagesjournalistik gedacht gewesen. Die Abmachung mit der DAZ war wohl aus der Not geboren.

Gerade mit den WNN, deren Betreuung Bahr nun als Argument gegenüber den Steuerbehörden ins Feld führte, muss es im Sommer zudem zu einem gröberem Konflikt gekommen sein. Ende August 1933, echauffierte sich Bahr gegenüber Dietrich über die mangelhafte Qualität der

---

<sup>191</sup> Der Artikel konnte nicht gefunden werden. 1924 – was zeitlich übereinstimmen würde – besprach Bahr Coudenhove-Kalergis Werk „Das Wesen des Antisemitismus“. Die Rezension enthielt zwar diverse antisemitische Topoi, war aber letztlich dennoch als Absage an den Antisemitismus gedacht. Im Abschnitt „Richard Bahr und die Juden“ wird darauf noch näher eingegangen.

<sup>192</sup> Richard Bahr an Hans Steinacher, 21.7.1933. BA, N1004-206, fol. 19.

<sup>193</sup> Hans Steinacher an Richard Bahr, 18.7.1933. BA, N1004-206, fol. 15

<sup>194</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 16.7.1933. BA, N1004-206, fol. 14.

WNN, er frage sich, „ob’s überhaupt Zweck hat, sie fortzuführen“. Früher hätte er die Zeitung von Berlin aus betreut und redigiert, aber offenbar war ihm mittlerweile die Mitarbeit verweigert worden. „Ich bin gekränkt und verletzt gewesen, bin es auch noch heute, dass man mich wie einen Kassierer, der einen Griff in die Vereinskasse getan, beiseits geschoben und nahezu diffamiert hat. Aber ich bin jetzt sehr froh, dass ich nichts in der Josefgasse zu schaffen habe.“<sup>195</sup> An eine Mitarbeit bei den WNN war zu diesem Zeitpunkt also nicht zu denken. Möglicherweise waren es die reichsdeutschen Trustgesellschaften, die darauf hingewirkt hatten, dass Bahr nicht mehr inhaltlich an den WNN beteiligt sein sollte.

Weiteres Ungemach brachte Bahr im selben Monat das in Berlin kursierende Gerücht, er sei in die Vaterländische Front eingetreten. Bahr dementierte prompt. In einer schriftlichen Entgegnung an einen Bekannten, der ihm von diesem Gerücht berichtet hatte, schrieb er, die Behauptung entbehre jeder Grundlage.

„[I]ch kenne nur ein Vaterland und das ist Deutschland. Deutschland, so wie ich es zeitlebens verstanden habe: so weit die deutsche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder singt. Die Vaterländische Front, der österreichische Mensch, die Wiederkehr der (an sich ja sehr hübschen) Kappen beim Militär usw. usf.: das alles sind doch Partikularismen, die mir, wie Sie mich kennen, in den Tod zuwider sind. [...] Ich habe seit zwölf Jahren im Reich keiner Partei mehr angehört. Ich werde mich auch hier nie einer Partei oder Gruppe anschliessen. Dazu taue ich einfach nicht. Ich bin ‚freier Kosak‘. Und ausserdem bin ich weder Preusse noch Österreicher, sondern Auslandsdeutscher. Und als solcher, aus einer Gesamtschau deutschen Volkstums, das ich nun wirklich einigermaßen zu kennen glaube, Grossdeutscher.“<sup>196</sup>

Im Verlauf des Herbsts 1933 gelang es Dietrich, nach allerlei Beteuerungen, Bahr würde in Wien primär als Korrespondent für deutsche Blätter wirken und sich vor Ort weiterhin um die reichseigenen *Wiener Neuesten Nachrichten* kümmern, die Reichsfluchtsteuer erfolgreich abzuwehren. Bahr hatte inzwischen mit der *DAZ* und der *Saarbrücker Zeitung* Verträge geschlossen, wonach er diese Zeitungen von Wien aus mit Artikeln über das „Aus- und Grenzlanddeutschtum“ versorgen würde.<sup>197</sup> Möglicherweise führte der sich verschärfende Konflikt zwischen Deutschland und Österreich auch zu einer mildereren politischen Beurteilung Bahrs. Dieser argumentierte nun erfolgreich, angesichts der derzeitigen Lage, sei er einer der wenigen, die vor Ort reichsdeutsche Interessen vertreten könnten, da er das Vertrauen der Österreicher

<sup>195</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.8.1933. BA, N1004-206, fol. 62.

<sup>196</sup> Richard Bahr an N. Fischer, 21.8.1933 (Abschrift). BA, N1004-206, fol. 52.

<sup>197</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 11.9.1933. BA, N1004-206, fol. 69; Hermann Dietrich an Landesfinanzamt Moabit, betr. Reichsfluchtsteuer, 13.9.1933. BA, N1004-206, fol. 70.

besäße. Schließlich galt er den österreichischen Behörden nicht als Nationalsozialist, den reichsdeutschen aber zumindest als großdeutsch. Er nahm, nachdem der sommerliche Konflikt offenbar überwunden werden konnte, daraufhin wieder seine Mitarbeit bei den WNN auf und verfasste Mitte September 1933 erstmals wieder einen Artikel für die Zeitung.<sup>198</sup> Dietrich leitete diesen Beitrag rasch an die deutschen Finanzbehörden weiter, um Bahrs Einsatz für die deutsche Sache zu demonstrieren. Kurz darauf kam tatsächlich die Erklärung des Landesfinanzamtes Berlin, dass „die Aufgabe des inländischen Wohnsitzes des Chefredakteurs Dr. Richard Bahr [...] in deutschem Interesse liegt“.<sup>199</sup> Nun konnte Bahr darauf verweisen, nicht nur kein Emigrant, sondern geradezu ein Emissär des Reichs zu sein.

Der Zugriff auf seine Bankkonten blieb ihm aber weiterhin verwehrt, weshalb Bahr diverse Schulden, auch Kleinstbeträge, die sich aus der Auflösung der Kanzlei in Berlin ergeben hatten, über Monate hinweg nicht begleichen konnte. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage ließ auch den Ertrag seiner 1931 gegründeten schweizerischen Familienstiftung, die ihm und seiner Ehefrau zur Altersversorgung dienen sollte, und deren Zinsen als monatlicher Zuschuss zur Pension gedacht waren, schrumpfen, so dass Bahr auch Mitte 1934 immer wieder erhebliche Geldsorgen hatte. Dazu kam, dass das Deutsche Reich neue Devisenvorschriften erließ, wonach ab Sommer 1934 keine Auslandsüberweisungen von Pensionszahlungen mehr erlaubt waren, außer diese lagen dezidiert im Interesse des Reiches und dem Empfänger konnte die Rückkehr nach Deutschland nicht zugemutet werden. Ende 1934 bemühte sich Bahr über Dietrich beide Beweise zu führen: „Die Arbeit Dr. Bahr’s, sowohl soweit sie beendet ist, als auch soweit sie noch im Gange ist, betrifft eine ungeheuer wichtige nationale Frage und ist im besten Sinne des Wortes eine hervorragende nationale Leistung“, schrieb dieser an die Devisenstelle Stuttgart. Außerdem habe Bahr auf längere Zeit ein Haus in Mödling gemietet und sei im Begriff eine Arbeit zu verfassen, „zu der das erforderliche Material nur in Wien in den dortigen Bibliotheken“ verfügbar sei.<sup>200</sup> Eine Rückkehr nach Berlin komme also nicht in Frage. Die deutschen Finanzbehörden beharrten dagegen auf dem Standpunkt, dass die Einkünfte aus dem schweizerischen Stiftungsvermögen – Ende 1934 erhielt Bahr monatlich 800 Franken aus dieser Stiftung<sup>201</sup> – die Kosten für den Lebensunterhalt des Ehepaares leicht abdeckten. Bahr sah das naturgemäß völlig anders, konnte sich aber mit dieser Ansicht nicht durchsetzen. Die Pensions-

---

<sup>198</sup> Richard Bahr, Die deutsche Saar, in: Wiener Neueste Nachrichten, 14.9.1933, S. 1.

<sup>199</sup> Der Präsident des Landesfinanzamtes Berlin an Hermann Dietrich/Hans Zimmermann, 26.9.1933. BA, N1004-206, fol. 76.

<sup>200</sup> Hermann Dietrich an Devisenstelle Stuttgart, 30.11.1934. BA, N1004-207, fol. 95.

<sup>201</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 10.12.1934. BA, N1004-207, fol. 128.

und Rentenzahlungen blieben also weiterhin auf einem reichsdeutschen Sperrkonto bei der Dresdner Bank. Schließlich erreichte Dietrich, allerdings erst im Juni 1935, dass wenigstens ein kleiner Teil der Rentenzahlungen nach Mödling überwiesen werden konnte. Für Bahr eine große Erleichterung. Der größere Teil blieb freilich nach wie vor auf dem Sperrkonto.<sup>202</sup>

Bahr war unterdessen wieder einmal bemüht, eine offizielle Stellung in der WNN Gesellschaft zu erlangen. Zum einen hätte er so ein regelmäßiges österreichisches Einkommen sichergestellt, zum anderen sollte das seine Nützlichkeit für das Reich unter Beweis stellen, was wiederum den Transfer seiner deutschen Gelder nach Mödling erleichtert hätte. Im Oktober 1934 unternahm Bahr deshalb wieder einen Vorstoß in Sachen WNN. Einmal mehr ging es darum, in den Aufsichtsrat bestellt zu werden.

„Ich meine, der Bürgermeister [Max Winkler] müsste mich jetzt von sich aus mit Aufsichtsratsbefugnissen bei den WNN betrauen. Im Augenblick haben doch die Aktionäre niemanden hier, der ihre Interessen vertritt. [...] Ich möchte glauben, dass ich auch so ziemlich der Einzige bin, der bei den hiesigen Behörden Vertrauen genießt und den sie darum auch als Vertrauensmann und Vertreter der Aktionäre acceptieren würden.“<sup>203</sup>

Bahrs Motiv war zu diesem Zeitpunkt wohl nur mehr sekundär politischer oder publizistischer Natur, sondern vor allem wohl seiner Finanzlage geschuldet. Den Aufsichtsrat würde er sehr günstig machen, bot er Dietrich an. Denn: „uns zittern die Beine. Und immer wieder frage ich mich: habe ich [mich] eigentlich um das deutsche Volk verdient, dass ich in meinem hundertfünfundreissigsten Lebenssemester so gehetzt und verfolgt werde?“<sup>204</sup> Bahr ging es, wie gesagt, nicht nur um die Vergütung, die der Aufsichtsratssitz mit sich gebracht hätte, er hoffte, dieser Sitz in einer reichseigenen Gesellschaft würde auch für ein Ende des Ungemachs mit den reichsdeutschen Steuerbehörden führen: „[I]ch glaube, wenn mich der maire [Winkler] sozusagen ‚reklamiert‘ als für seine Unternehmungen notwendig, würden alle Schwierigkeiten entfallen“.<sup>205</sup>

Bahr realisierte offenbar nur langsam, dass die alten Besitz- und Machtverhältnisse an und in den Winklerschen Trusts nichts mehr galten und diese Unternehmen längst vom Reichspropagandaministerium kontrolliert wurden. Umso verbitterter registrierte er im Januar 1935, dass

<sup>202</sup> Landesfinanzamt Stuttgart Devisenstelle an Hermann Dietrich, 14.6.1935. BA, N1004-207, fol. 207.

<sup>203</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 22.10.1934. BA, N1004-207, fol. 72.

<sup>204</sup> Ebd.

<sup>205</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 5.11.1934. BA, N1004-207, fol. 85.

die aus diesen Unternehmen gedrängten ehemaligen Funktionäre und Angestellten „glänzende Abfertigungen“ erhalten hätten, nur ihm, „der hier doch wirklich noch allerlei nützliche Dienste leisten könnte, reicht man nicht einmal den kleinen Finger.“<sup>206</sup> Winkler, der nun Goebbels zuarbeitete, dürfte wohl der Ansicht gewesen sein, Bahr sei bei den Nationalsozialisten persona non grata und käme deshalb für den Aufsichtsrat in Wien keinesfalls in Frage. Bahr, dem dieser Vorbehalt bewusst war, entgegnete, sein jüngstes Buch sei in der reichsdeutschen Parteipresse begeistert besprochen worden, und der „derweilige Leiter der Münchner Stelle“ – gemeint war wohl ein Mitarbeiter Otto Dietrichs, des NSDAP-Reichspressechefs – habe erklärt, „dass er meine Betrauung mit der Führung des Verwaltungsrats durchaus acceptieren würde“. Die eigene Stellung in politischer Hinsicht sei ihm wohl bewusst, aber es handle sich eben um einen Kompromiss. Einen geeigneteren Kandidaten, als ihn selbst, davon war er überzeugt, gäbe es ja schließlich nicht.<sup>207</sup> Nach einem erneuten Vorstoß Bahrs in Sachen WNN Aufsichtsrat im Spätsommer 1935 antwortete Dietrich im August: „In der Sache der NN scheint es mir wenig Zweck zu haben, so wie ich den Bürgermeister [Winkler] kenne, noch etwas zu probieren. Dieser ist in der Angelegenheit einfach passiv. Er ist nicht warm und nicht kalt, er ist nicht für und nicht wider, sondern er will von der Sache eben nichts hören.“<sup>208</sup>

Bahr war allerdings noch nicht bereit, die Sache aufzugeben. Im Oktober 1935 langte bei ihm ein Schreiben der WNN, genauer gesagt von Hans Mauthe ein. Aus Anlass des 10-Jahresjubiläums der Zeitung sprach Mauthe Bahr seinen Dank aus:

„Wir wissen sehr gut, dass ohne Sie die ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ keine zehn Jahre gelebt hätten. Ihr Rat war für uns immer klare Richtlinie, Ihre Mitarbeit, insbesondere im letzten und schwersten Jahr seit der Gründung, von unschätzbarem Wert. Wir bitten Sie, den ‚Wiener Neuesten Nachrichten‘ auch weiterhin Ihre Liebe zu bewahren.“<sup>209</sup>

Für Bahr ein willkommener Anlass sich erneut bei Winkler ins Spiel zu bringen. Wenige Wochen darauf, im November 1935, verfasste er erneut eine Denkschrift zu den WNN – diesmal eindeutig eine Werbeschrift in eigener Sache. Das Wiener Blatt und seine Nebenerzeugnisse bzw. die damit verbundenen Redaktions- und Vertriebsstrukturen seien nach der Zerschlagung der großdeutschen Organisationen und der Beeinträchtigung der NS-Bewegung in Österreich

<sup>206</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 9.1.1935. BA, N1004-207, fol. 132.

<sup>207</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 16.2.1935. BA, N1004-207, fol. 136ff.

<sup>208</sup> Hermann Dietrich an Richard Bahr, 31.8.1935. BA, N1004-207, fol. 222.

<sup>209</sup> Hans Mauthe an Richard Bahr, 25.10.1935 (Abschrift). BA, N1004-207, fol. 237.

eine Art Ersatzorganisation geworden, behauptete Bahr. Zudem sei die Zeitung das einzig verbliebene Sprachrohr des Schulvereins Südmark und der einzige Rückhalt bzw. Werbemedium für das österreichische und reichsdeutsche nationale Schrifttum. Zuletzt argumentierte Bahr auch noch antisemitisch:

„Die WNN [...] nehmen nur Anzeigen von arischen Geschäftsleuten. Das Publikum weiß, dass die Geschäfte und Unternehmungen, die ihm durch die WNN empfohlen werden, durch die Bank oder zum Mindesten zu 90 % arisch und national sind. Anders ausgedrückt: durch die WNN [...] wird der arische Verbraucher mit dem arischen Erzeuger und Verkäufer zusammengebracht.“<sup>210</sup>

Es ist schwer zu sagen, ob das reine Taktik war, ein Appell an den nationalsozialistischen Antisemitismus, oder ob Bahr wirklich von diesem Argument überzeugt war. Was eher gegen letzteres spricht: In seinen früheren Schreiben und Denkschriften hatte er niemals ähnliche Argumente verwendet. Ebenfalls neu war, dass Bahr die Bedeutung der WNN für die Nationalsozialisten herausstrich. Beides war ein Novum und ein Zeichen der Anpassung an die Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland, auch wenn es sich wohl eher um Opportunismus, als um Überzeugung handelte. Auch diese Denkschrift zeitigte nicht den gewünschten Erfolg.

In den Folgemonaten arbeitete Bahr weiterhin als freier Redakteur für die WNN und schrieb nebenbei auch für diverse andere österreichische Publikationen, unter anderem solche der Südmark. Im August 1936 trat Bahr außerdem in die Redaktion der Monatsschrift *Der getreue Eckart*, die in Wien herausgegeben wurde, ein.<sup>211</sup> Im Reich nahmen indessen immer weniger Zeitungen Artikel von Bahr an. Ein eindeutiges Resultat der voranschreitenden nationalsozialistischen „Gleichschaltung“ der Presse. Auch die Abmachung mit der DAZ, für die Bahr ja seit dem Herbst 1933 wieder Artikel geliefert hatte, hatte sich bereits im April 1935 endgültig zerschlagen. Eine längere Artikelserie Bahrs war zuvor über Monate hinweg nicht abgedruckt worden. Otmar Best, der in leitender Funktion in der Redaktion saß, muss Bahr daraufhin noch den Druck eines letzten Artikels angeboten haben; das lehnte dieser ab, der „Gedanke des ‚Abschiedsbenefiz‘“ sei ihm „wenig sympathisch“.<sup>212</sup> Um den Jahreswechsel 1935/36 folgten weitere Absagen ehemaliger Abnehmer und Partner. Bahr ärgerte sich naturgemäß, aber, so schrieb er Hermann Dietrich, es gäbe ohnedies nur mehr eine Zeitschrift, auf die er Wert lege, nämlich

<sup>210</sup> Richard Bahr, betr. Wiener Neueste Nachrichten, o. D. BA, N1004-207, fol. 239f.

<sup>211</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 10.8.1936. BA, N1004-207, fol. 333.

<sup>212</sup> Richard Bahr an Otmar Best, 29.4.1935. BA, N1004-207, fol. 184.



die *Deutsche Zukunft*.<sup>213</sup> Diese hatte der ehemalige Chefredakteur der DAZ, Fritz Klein, gegründet, nachdem er auf nationalsozialistischen Druck seinen Redakteursposten verloren hatte. Da die Honorare aus dem Reich ausblieben und sich seine finanzielle Situation weiter verschlechterte, spielte Bahr im Juli 1936 sogar mit dem Gedanken, doch wieder nach Deutschland zurück zu übersiedeln. Angesichts der Situation hätten er und seine Frau sich überlegt, „ob es nicht das Beste ist, wenn wir nochmals in den sauren Apfel des Umzugs beißen und in’s Reich zurücksiedeln. Etwa in die Nachbarschaft von München.“<sup>214</sup> Nachdem er sich mit Dietrich im selben Monat in Mödling getroffen hatte, nahm er davon wieder Abstand.

Besser lief es zu dieser Zeit noch mit Bahrs Buchpublikationen. Sein Werk „Volk jenseits der Grenzen. Geschichte und Problematik der deutschen Minderheiten“, fertiggestellt in Mödling, erschien Ende 1933 in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg. Hans Rothfels rezensierte es in der *Historischen Zeitschrift* 1935 beinahe hymnisch. Aufgrund seiner jüdischen Herkunft war ihm damals schon der Lehrstuhl an der Albertina in Königsberg entzogen worden. Es handle sich um „das Werk eines geborenen Erzählers, locker gereiht [...], voll sinnlicher Anschauungskraft in der Schilderung von Geschichte und Gegenwart [...]“, so Rothfels. Bahrs große Leistung sei es, „daß er mit allem Feingefühl des gelehrten Historikers für das Singuläre, das jeweils durch und durch geschichtlich Bedingte in der Lage der einzelnen deutschen Volksgruppen den scharfen politischen Blick für die gemeinsame Not und die im Prinzip gleichartige Lage verbindet“. Das Werk sei durchaus kritisch verfasst und keineswegs nur durch Bahrs Herkunft aus dem Baltikum geprägt. Dieser stehe „der alten baltischen Tradition, auch seinem Lehrer Schirren durchaus nicht ohne Kritik gegenüber, und hat doch den Instinkt für den Sinn des Kampfes [...], für den Wechselstrom zwischen drinnen und draußen, für den übergreifenden Volkszusammenhang, im Blute.“ Rothfels registrierte und teilte Bahrs Kritik an einer auf den Staat reduzierten Geschichtsauffassung, mahnte aber, etwas kryptisch, zusätzlich eine „Verbindung der gesamtdeutschen mit einer universalgeschichtlichen Ausrichtung“ ein.<sup>215</sup> Im Gegensatz zu Rothfels kritisierte Herbert Kniesche, ein nicht-habilitierter Nationalsozialist, in der *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* im Jahr darauf das Werk. Dieses sei wenig originell und nicht zeitgemäß. Die Entwicklung des Nationalsozialismus habe Bahr

<sup>213</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 14.1.1936. BA, N1004-207, fol. 264.

<sup>214</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 1.7.1936. BA, N1004-207, fol. 323.

<sup>215</sup> Hans Rothfels, Sammelrezension zu Richard Bahr, *Volk jenseits der Grenzen. Geschichte und Problematik der deutschen Minderheiten* (Hamburg 1933) und Kurt Stavenhagen, *Das Wesen der Nation* (Berlin 1934), in: *Historische Zeitschrift* 152 (1935), Heft 3, S. 592–596.

ignoriert. Insbesondere kreidete er Bahrs „ausdrückliches Festhalten an dem liberalen, rechenmäßigen Minderheitenbegriff“ an. Seltsam verschwurbelt kritisierte er, dass Bahr sich keinen völkisch-rassischen Begriff vom deutschen Volk mache:

„Wenn nun auch die Auswirkungen des geistigen und politischen Umbruchs im deutschen Kernvolk bereits vorsichtig anklingen, so bleibt es doch im wesentlichen bezeichnend genug für jene vergangene Epoche, die mit dem Minderheitenbegriff selbst eben doch auch unzweifelhaft irgendwie der ihm zugrundeliegenden liberal-demokratisch Ideologie entscheidend verhaftet gewesen ist.“

Kniesches Fazit: Bahrs Werk bleibe „selbst problematisch gegenüber der Problematik, die es aufwerfen und klären helfen will, die es jedoch in seinem kurzen ‚Ausklang‘ keineswegs eindeutig klarzustellen vermag.“<sup>216</sup> Positiver würdigte Kniesche – allerdings erst nach dessen Tod – Bahrs 1936 erschienenenes Ergänzungswerk „Deutsches Schicksal im Südosten“, das als zweiter Band zu „Volk jenseits der Grenzen“ konzipiert war. Dieses Werk wurde übrigens in der Tschechoslowakei durch das dortige Innenministerium verboten.<sup>217</sup> Die beiden Bücher scheinen jedenfalls auch ein gewisser Verkaufserfolg gewesen sein. Bahr arbeitete Ende 1936 außerdem bereits an einem dritten Band, den er aber nicht mehr fertigstellen konnte.

Auf dem reichsdeutschen Sperrkonto, auf dem auch die Erlöse aus den Büchern eingingen, lagen im April 1936 11.299,95 RM. Dazu kamen noch Depots mit Papieren aus „Altbesitz“ (vor dem 15. April 1932 erworben) mit damaligem Kurs in der Höhe von 2.105,86 RM und solchen aus „Neubesitz“ in der Höhe von 790,60 RM (jeweils netto).<sup>218</sup> Mit Genehmigung der Devisenstelle konnte Bahr diese Depots Mitte 1936 verwerten und den Erlös, zusammen mit dem Betrag aus dem Sperrkonto und einer Devisenzahlung von 13.000 Schweizer Franken, die aus dem Stiftungsvermögen in der Schweiz stammten, in den Kauf einer Immobilie investieren. Um den Juni 1936 erwarb das Ehepaar mit diesen Geldern das Grundstück samt Gebäude Wilhelmstraße 145 in Berlin-Friedrichstadt auf den Namen von Emilie Bahr.<sup>219</sup> Zweck des Kaufs war es nicht, wieder einen Wohnsitz in Berlin zu begründen, sondern um zukünftig Zinsen aus der Vermietung zu lukrieren. Vermutlich rechneten Bahr und Dietrich, der die Transaktion

<sup>216</sup> Herbert Kniesche, Rezension zu Richard Bahr, Volk jenseits der Grenzen (Hamburg 1933), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 29 (1936), S. 335–336.

<sup>217</sup> Südböhmische Volkszeitung, 29.11.1936, S. 3; Tagesbote [Brünn], 26.11.1936, S. 4.

<sup>218</sup> Dresdner Bank an Hermann Dietrich u. Hans Zimmermann, betr. Depot u. Konto Dr. Richard Bahr oder Frau Emilia Bahr Wien, Berlin 16.4.1936 (Abschrift). BA, N1009-209, fol. 220.

<sup>219</sup> Verkäufer war Dr. Ernst Ranschoff, Müllerstraße 97, Berlin N 65. Als Kaufpreis waren 43.000 RM vereinbart, also mehr als die Summe aus Bahrvermögen und aktuellem Wertpapierkurs. BA, N1009-209, fol. 216ff.

durchgeführt hatte und die Vermietung besorgte, damit, dass diese Mieteinnahmen anschließend leichter nach Österreich überwiesen werden konnten. Zuvor hatte sich Bahr lange um ein Grundstück am Bodensee bemüht, aber offenbar kein geeignetes Objekt gefunden.

Abgesehen von den finanziellen Sorgen und den Scherereien mit den diversen reichsdeutschen Zeitungen, scheint Bahr sich in Mödling bzw. Wien rasch eingelebt zu haben und unterhielt viele gesellschaftliche Kontakte. Mit wem verkehrte Bahr in Österreich? Da waren zum einen die vielen Mitglieder des „Deutschen Klubs“, der Südmark und ähnlicher Vereinigungen. Als Bahr am 10. November 1933 einen Vortrag über Schleswig-Holstein im Schulverein Südmark hielt waren im Publikum, laut einem Zeitungsbericht, u.a. Altbundespräsident Dr. Michael Hainisch, der Großdeutsche Hermann Kandl, der Rechtshistoriker und ehemalige Bundsratsabgeordnete Dr. Karl Gottfried Hugelmann und Dr. Benno Imendörffer, ein führendes Mitglied des Deutschen Klubs.<sup>220</sup> Eine Aufzählung der vielen weiteren Mitglieder der genannten Vereinigungen, mit denen Bahr sicherlich immer wieder gesellschaftlich verkehrte, erübrigt sich. Interessanter sind diejenigen Personen, die Bahr in seinen erhaltenen Briefen an Hermann Dietrich erwähnte und mit denen er offenbar auch privat, außerhalb gesellschaftlicher Anlässe verkehrte.

Sehr engen und freundschaftlichen Kontakt hielt er mit dem deutschbaltischen Politiker und Publizisten Paul Schiemann (1876–1944) und dessen Ehefrau, die damals ebenfalls in Mödling lebten. Die biographischen Parallelen zwischen Bahr und Schiemann sind überaus erstaunlich. Schiemann, geboren 1876, stammte wie Bahr aus Mitau, war langjähriger Chefredakteur der *Rigaschen Rundschau* gewesen, die ebenfalls mit Reichsgeld, wohl aus dem Umkreis Winklers, finanziert und unterhalten wurde. In Lettland saß Schiemann bis 1933 als Vertreter der Deutschen im Parlament. Im Jahr 1933, nachdem die Nationalsozialisten in Deutschland an die Macht kamen, wurde Schiemann, der als ausgesprochen Liberaler und scharfer Gegner des Nationalsozialismus galt, aus der *Rigaschen Rundschau* gedrängt. Schiemann entschied sich angesichts der imminenten „Gleichschaltung“ der deutschen Minderheit in Lettland, die durch die Nationalsozialisten betrieben wurde, im März 1933 auszuwandern und nach Mödling bei Wien zu übersiedeln. Nach dem „Anschluss“ im März 1938 verließ Schiemann Österreich

---

<sup>220</sup> Deutscher Grenzkampf in Schleswig, undat. Zeitungsausschnitt [Nov. 1933]. BA, N1004-206, fol. 102.

wieder und ging nach Riga zurück, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1944 blieb.<sup>221</sup> Schiemann war einer der Herausgeber der in Wien erscheinenden „Zeitschrift für das europäische Minderheitenproblem“ *Nation und Staat* und war bis 1935 im ebenfalls in Wien beheimateten Europäischen Nationalitätenkongress engagiert. Dieser Kongress war stark durch die deutschen Minderheiten dominiert, vertrat aber bis 1933, als zweitgrößte Gruppe, unter anderem auch die Interessen der jüdischen Minderheiten. Ab dann wurde er immer stärker nationalsozialistisch unterwandert.<sup>222</sup> Es ist wahrscheinlich, dass auch Bahr enge Kontakte zum Kongress unterhielt. Zur Zeit seiner Übersiedelung war Schiemann gesundheitlich angeschlagen, das soll – wie bei Bahr – ebenfalls ein Grund gewesen sein, aus dem Baltikum in das mildere Klima Niederösterreichs zu wechseln. In der Korrespondenz mit Dietrich findet sich ein Brief Bahrs von Ende August 1933, in dem dieser Schiemanns schlechten Gesundheitszustand thematisierte. Schiemanns Frau habe gerade mitgeteilt, dass ihr Ehemann wieder einen Blutsturz erlitten habe, dabei sei „er abgeklärt, weise schaffensfreudig. Und könnte noch so viel leisten. Sein Auscheiden wäre für das Auslandsdeutschtum, das sich nach meinem Gefühl zur Zeit in einer sehr ernstesten seelischen Krise befindet, verhängnisvoll.“<sup>223</sup> Die „seelische Krise“ war offenbar der Nationalsozialismus. Im November schrieb Bahr, er übe für Schiemann die Rolle des Vaters aus. Dieser sei „ganz in unsere Nähe gezogen“ und nehme „seine Mittagsmahlzeiten bei uns“ ein.<sup>224</sup> Im September 1934 glaubte Bahr, Schiemann, dessen Gesundheitszustand offenbar sehr schlecht war, werde nun bald sterben. Dieser habe kaum Geld und Bahr sah sich, angesichts der eigenen finanziellen Zwangslage, nicht in der Lage zu helfen. „Darum sehen Sie doch bitte zu, dass die Concordia, oder die vereinigten Finanzcontore, oder wie Sie’s nennen wollen, noch einmal in den Beutel greifen. Vielleicht mit tausend oder zweitausend Mark. Aber es geht, scheint mir, doch nicht an, dass man diesen Paul Schiemann, der am Ende um das deutsche Volkstum sich einige Meriten erwarb, verrecken lässt. Dass man ihm nicht einmal in seiner bitteren Todesstunde den Sorgenschweiss von der Stirne wischt. Also: beknien Sie bitte den Dr. Winkler, dass er das Geld irgendwie flüssig macht“.<sup>225</sup> Dietrich sicherte Bahr zu, er werde sich um Schiemann kümmern.<sup>226</sup> Dessen Gesundheitszustand verbesserte sich in Folge wieder.

---

<sup>221</sup> Helmut Kause, Der publizistische Widerstand Paul Schiemanns gegen den Nationalsozialismus in den deutschen Volksgruppen, in: Michael Garleff (Hg.), *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, Band 1, Köln-Weimar-Wien 2008, S. 197–216, hier: S. 205f.

<sup>222</sup> Sabine Bamberger-Stemann, Europäischer Nationalitätenkongress, 12.11.2019, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/europaeischer-nationalitaetenkongress>.

<sup>223</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.8.1933, BA, N1004-206, fol. 62f.

<sup>224</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 13.11.1933. BA, N1004-206, fol. 110.

<sup>225</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 3.9.1934, BA, N1004-207, fol. 43f.

<sup>226</sup> Hermann Dietrich an Richard Bahr, 28.9.1934. BA, N1004-207, fol. 50f.

Ende Mai 1935 bemühte sich Bahr verschiedene Treffen für Dietrich in Wien zu organisieren:

„Gestern Abend waren wir bei Srbik’s, denen ich bereits Ihr Kommen avisierte. Auch Glaise-Horstenau, den Generaldirektor des Kriegsarchivs, sollen Sie kennen lernen. Ferner Bardolf, den einstigen Generaladjutanten (der Titel ist nicht ganz richtig) Franz Ferdinands. Aus dem anderen Lager (sozusagen): die Emminenz [!]. Sie sollen einen guten und objektiven Überblick bekommen.“<sup>227</sup>

Mit Srbiks waren der Wiener Neuzeithistoriker Universitätsprofessor Heinrich Srbik, der 1929/1930 kurzzeitig Unterrichtsminister im Kabinett Schober gewesen war, und dessen Ehefrau Johanna gemeint. Bahr und Srbik waren wohl schon länger und gut miteinander bekannt. Bahr bewunderte die Arbeiten des Wiener Historikers, insbesondere dessen „großdeutsche Geschichtsauffassung“. 1930 nannte er Srbik in einer seiner Schriften eine der „stärksten Begabungen der jüngeren deutschen Geschichtsschreibung“.<sup>228</sup> Im April 1935 plante Bahr außerdem, einen Aufsatz über Srbik für die DAZ zu schreiben,<sup>229</sup> wozu es aber nicht mehr kam, weil die DAZ Bahrs Aufsätze nicht mehr annahm. Sowohl Bahr als auch Srbik waren Mitglieder im Deutschen Klub. Die Wertschätzung beruhte wohl auf Gegenseitigkeit. Srbik schrieb posthum über Bahr, dieser sei „weit mehr als ein Tagesschriftsteller“ gewesen, seine letzten in Wien fertiggestellten Bücher seien „unersetzlich Dokumente des ‚Auslandsdeutschtums‘“ und „sein hohes Ethos, seine Überzeugungstreue, sein volkliches Ideal erhoben ihn weit über die Masse seiner Berufsgenossen in die Sphäre der hohen, geistigen und politischen Publizistik.“<sup>230</sup> Außerdem animierte Srbik 1943 seine Studentin Pierer zu ihrer bereits mehrfach erwähnten Dissertation über Bahr. Politisch standen sich die beiden ohnedies nahe. Außerdem hätten Srbik, nach Jürgen Kämmerer, „die aristokratische Kultur und Lebensform der Baltendeutschen [...] ihn zutiefst verwandt berührt“.<sup>231</sup>

Der zweite avisierte Gesprächspartner für Dietrich, Edmund Glaise-Horstenau (1882–1946), seit 1925 Direktor des Kriegsarchivs in Wien, war seinerseits ein Schüler Srbiks und galt damals als Verbindungsmann zwischen deutschnationalem Lager und dem „Ständestaat“. 1936

<sup>227</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 23.5.1935. BA, N1004-207, fol. 191.

<sup>228</sup> Bahr, Österreich, S. 8.

<sup>229</sup> Richard Bahr an Karl Silex, 13.4.1935 (Abschrift). BA, N1004-207, fol. 181.

<sup>230</sup> Heinrich von Srbik, Beurteilung der Dissertation (Gertrud Pierer, Richard Bahr, Wien 1943), 16.12.1943. Universitätsarchiv Wien, Rigorosenakt 15816.

<sup>231</sup> Jürgen Kämmerer (Hg.), Heinrich Ritter von Srbik. Die wissenschaftliche Korrespondenz des Historikers 1912 – 1945, Boppard am Rhein 1988, S. XIX.

wurde er Minister ohne Portefeuille, 1938 sogar kurzzeitig Vizekanzler im Kabinett Seyß-Inquart. Zudem wurde er nach dem „Anschluss“ zum SA-Führer und schließlich General der Wehrmacht ernannt.<sup>232</sup> Beim „Generaladjutanten Bardolf“ handelte es sich um Dr. Carl (von) Bardolff, ehemaliger k.u.k. Feldmarschallleutnant, der 1932 bis 1937 und 1938/39 dem „Deutschen Klub“ vorstand und, nach dem „Anschluss“, SA-Oberführer und Mitglied des Reichstags wurde. Bardolff war zudem damals Obmann des „Verbands deutschvölkischer Vereine“.<sup>233</sup> Mit Eminenz war Kardinal Theodor Innitzer (1875–1955), der im Schober Kabinett 1929/30 Minister gewesen war, gemeint. Aus dieser Zeit stammte möglicherweise schon die Bekanntschaft mit Bahr. Schon im August 1933 hatte Bahr Dietrich mitgeteilt, er solle „zum Kardinal auf seinen Sommersitz fahren. Worauf ich mich richtig freue: er ist ein ausgezeichneter, wahrhaft deutscher Mensch“.<sup>234</sup>

Aus dem großdeutschen Dunstkreis besuchte Bahr auch der ehemalige Universitätsprofessor Paul Samassa (1868–1941), der zu diesem Zeitpunkt in Südtirol lebte, und verbrachte einige Tage in Mödling. Samassa war seit der Jahrhundertwende zuerst in Alldeutschen Verbänden, schließlich auch in diversen deutschvölkischen Schutzverbänden aktiv.<sup>235</sup> Bahr bezeichnete ihn gegenüber Dietrich als „alte[n] Freund“.<sup>236</sup> Auch Erwin Wasserbäck (1896–1938), der lange die Presseabteilung in der österreichischen Gesandtschaft in Berlin geleitet hatte und durch die „Affäre Wasserbäck“ im Mai 1933 Bekanntheit erlangte, gehörte zu seinen Bekannten.<sup>237</sup> Bahr erhielt auch immer wieder reichsdeutschen Besuch. Ende Februar, Anfang März 1934 war der ehemalige DDP Abgeordnete Gerhart Bollert (1870–1947), dessen Ehefrau nach den NS-Rasengesetzen als jüdisch galt, in Mödling zu Besuch.<sup>238</sup> Im November 1934 besuchte ihn Gerhard von Branca, der Geschäftsführer der „Deutsch-Österreichischen Arbeitsgemeinschaft“<sup>239</sup> und im Juni 1935 war der Straßenbaumagnat Julius Bauer, Besitzer von Strabag und vianova, bei ihm zu Gast.<sup>240</sup>

---

<sup>232</sup> Eine aktuelle Biografie fehlt. Rudolf Kizling, Glaise von Horstenu, Edmund, in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 423.

<sup>233</sup> Deutscher Klub, 27.9.2017, in: Wien Geschichte Wiki, [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutscher\\_Klub:Freiherr\\_von\\_Bardolff,\\_Carl](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Deutscher_Klub:Freiherr_von_Bardolff,_Carl), in: Datenbank der deutschen Parlamentsabgeordneten, <https://www.reichstag-abgeordnetendatenbank.de/select.html?pnd=101074913>.

<sup>234</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 14.8.1933. BA, N1004-206, fol. 50

<sup>235</sup> Michael Peters, Samassa, Paul, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 404–405.

<sup>236</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 16.6.1936. BA, N1004-207, fol. 318.

<sup>237</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 2.10.1936. BA, N1004-208, fol. 44.

<sup>238</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 13.3.1934. BA, N1004-207, fol. 17.

<sup>239</sup> Richard Bahr an Otto Geßler, 11.11.1934 (Abschrift). BA, N1004-207, fol. 86.

<sup>240</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 17.6.1935. BA, N1004-207, fol. 212.

Mit dem „Ständestaat“ arrangierte sich Bahr ebenfalls. Nach Angaben im Lexikon österreichischer Zeitgenossen erhielt er das Offizierskreuz und das Ritterkreuz I. Klasse des österreichischen Verdienstordens.<sup>241</sup> Zwei hohe Grade eines Ordens, den das Ständestaats-Regime ab Oktober 1934 für „Verdienste um den Bundesstaat Österreich“ vergab.

### Tod und Nachlass

Richard Bahr verstarb am 21. Dezember 1936 in seinem Haus in der Berggasse 5 in Mödling an Angina Pectoris. Der Tod kam vermutlich plötzlich und einigermaßen überraschend, allerdings war Bahrs allgemeiner Gesundheitszustand schon in den Jahren zuvor angegriffen gewesen.<sup>242</sup> In einem Nachruf auf Bahr schrieb Ferdinand von Uexküll, Bahr habe noch an seinem Todestag „Freunden gegenüber seine Absichten und Pläne für weitere schriftstellerische Arbeiten“ mitgeteilt,<sup>243</sup> er hatte sich wohl nicht todkrank gefühlt. Eine Woche nach seinem Tod, am 28. Dezember, wurde sein Leichnam im Wiener Krematorium eingeäschert. Die Beerdigung nahm Dr. Egon Hajek, evangelischer Pfarrer in Wien-Währing vor.<sup>244</sup> Wo die Urne schließlich begraben wurde, konnte bisher nicht herausgefunden werden.<sup>245</sup>

---

<sup>241</sup> Wer ist Wer. Lexikon österreichischer Zeitgenossen, hrsg. von Paul Emödi und Robert Teichl, Wien 1937, S. 311.

<sup>242</sup> Im Juni 1936 schrieb er Dietrich, sein Gesundheitszustand sei so schlecht, er könne „heute oder morgen abberufen werden“. Richard Bahr an Hermann Dietrich, 2.6.1936. BA, N1004-207, fol 310.

<sup>243</sup> Ferdinand von Uexküll, Dr. Richard Bahr +, in: Nation und Staat 10 (1936), S. 313.

<sup>244</sup> Beglaubigte Abschrift des Toten-Scheins vom 4.1.1937. BA, N1004-201, fol. 30.

<sup>245</sup> Recherchen in der Datenbank der Friedhöfe Wien, der Evangelischen Friedhöfe Wien und des Friedhofs Mödling verliefen ergebnislos.

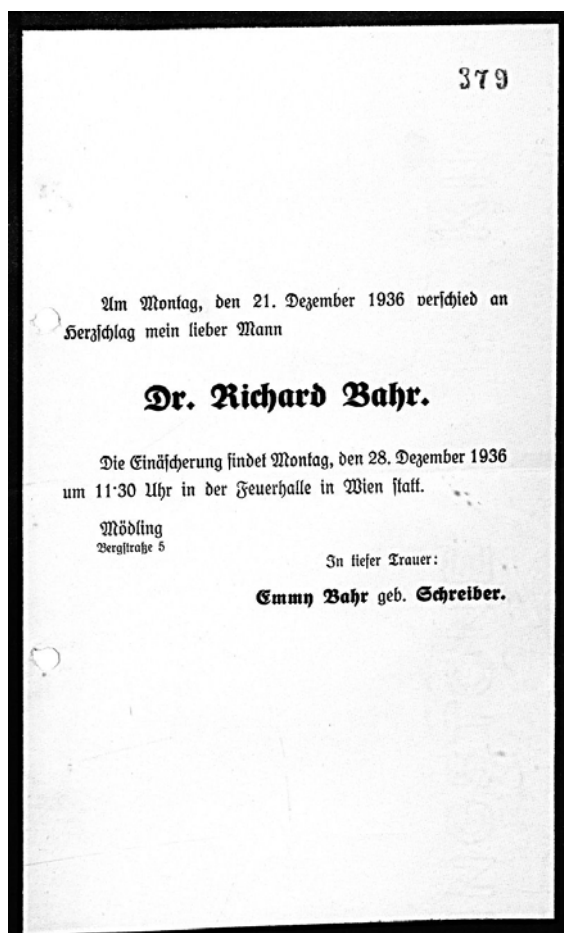


Abb. 3. Trauerparte für Richard Bahr.

Seine Witwe Emilie Bahr erbt den gesamten Nachlass. Am 2. Januar 1934 hatte das Ehepaar in Hofgastein ein wechselseitiges Testament verfasst und sich gegenseitig als Universalerben eingesetzt. Laut der Todfallaufnahme des Bezirksgerichts Mödling vom 2. Jänner 1937 bestand die Hinterlassenschaft aus: „Einige Schmuckgegenstände, Bibliothek, sonst auf Angabe der Witwe keinerlei Nachlaß vorhanden.“<sup>246</sup> Das war freilich nicht ganz korrekt. In der Aufstellung fehlen neben den diversen Mobilien unter anderem auch das ganze veranlagte Finanzkapital. Das Zinshaus in Berlin war allerdings schon auf Emilie Bahr eingetragen. Ein Teil des publizistischen Nachlasses gelangte in der ersten Hälfte des Jahres 1937 als Schenkung Emilie Bahrs an die Universität Wien. Sofern Richard Bahr nicht schon zu Lebzeiten selbst diesen Wunsch ausgesprochen hatte, war es wohl Srbik, der diese Überlassung angeregt hatte. In dessen Gutachten zu Pierers Dissertation, deren Thema er selbst vorgeschlagen hatte, heißt es: „Die Bibliothek und die gesamten publizistischen Sammlungen des 1936 verstorbenen wurden von seiner Witwe dem historischen Seminar der Wiener Universität geschenkt, sie werden daselbst in

<sup>246</sup> Niederösterreichisches Landesarchiv, Verlassenschaftsakt nach Dr. Richard Bahr, BG Mödling 1A 4/37.



geschlossener Aufstellung verwahrt.<sup>247</sup> Zumindest in Teilen existiert diese Bahr-Bibliothek noch heute,<sup>248</sup> der Verbleib der publizistischen Sammlungen ist dagegen ungeklärt.<sup>249</sup> Was mit den anderen persönlichen Gegenständen, den privaten und politischen Korrespondenzen usw. geschah ist ebenfalls ungeklärt.



Abb. 4. Die Richard-Bahr-Bibliothek im Historischen Seminar der Universität Wien, 1937.

Aus Anlass der Übergabe wurde Anfang Juni 1937 eine sehr prominent besuchte „Richard-Bahr-Feier“ an der Universität Wien begangen. Anwesend waren der Präsident der Wiener Akademie der Wissenschaften Oswald Redlich, der deutsche Botschafter in Österreich Franz von Papen, der Rektor der Universität Prof. Leopold Arzt, der Dekan der Philosophischen Fakultät und Historiker Prof. Hans Hirsch, Ministerialrat Maximilian Mayer vom Deutschen

<sup>247</sup> Heinrich von Sribik, Beurteilung der Dissertation (Gertrud Pierer, Richard Bahr, Wien 1943), 16.12.1943. Universitätsarchiv Wien, Rigorosenakt 15816.

<sup>248</sup> In geschlossener Aufstellung existiert nur mehr ein Teil der Belletristik. Die übrigen Bestände wurden über die Jahre in die Themenbereiche der Fachbereichsbibliothek Geschichtswissenschaften eingegliedert. Ich danke Dr. Harald Tersch von der FB Geschichtswissenschaften für die freundliche Auskunft. Der Verbleib der übrigen Unterlagen konnte bislang nicht geklärt werden.

<sup>249</sup> Nachforschungen im Universitätsarchiv Wien führten zu keinem Ergebnis. Meine mehrfachen Anfragen an das Institut für Geschichte der Universität Wien blieben unbeantwortet.

Schulverein Südmark, Generalstaatsarchivar Prof. Ludwig Bittner, ein illegaler Nationalsozialist, der dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv vorstand, Generalstaatsarchivar Josef Kallbrunner, Leiter des Hofkammerarchivs, Kammerrat Hermann Kandl, Hofrat [Erwin]<sup>250</sup> Zulkowski, General i. R. Ludwig Matuschka und die Professoren Wilhelm Bauer, Erna Patzelt, Reinhold Lorenz und Otto Brunner. Srbik persönlich hielt die Festrede.<sup>251</sup>

Einige Monate nach dem Tod ihres Mannes übersiedelte Emilie Bahr per 1. Juni 1937 in die Wohnung 19 in der Mödlinger Hauptstraße 3–5.<sup>252</sup> Wahrscheinlich diente diese Wohnung primär als Möbeldepot, denn schon bald darauf besuchte sie für längere Zeit Berlin und München und kehrte erst Anfang 1938 wieder nach Österreich zurück, genauer gesagt nach Wien, wo sie wohl bei einer Bekannten unterkam. Im Februar 1938 schrieb sie in einem Brief, der sich in Dietrichs Nachlass erhalten hat, sie lebe zurzeit in der Tulpengasse 3 in der Josefstadt bei einer Freundin. Anfang April wolle sie „gen Süden ziehen und die eigene Wohnung gar nicht instand setzen“.<sup>253</sup> Die genannte Freundin war Baronin Anna von Pantz, die Witwe des ehemaligen Reichsratsabgeordneten, Mitglieds der Provisorischen Nationalversammlung und christlich-sozialen bzw. später deutschnationalen Politikers Ferdinand von Pantz (1868–1933).<sup>254</sup> Im Mai schloss Emilie Bahr eine Einbruchversicherung ab und gab als Inkassoadresse die Tulpengasse 3 an. Versichert wurden allerdings die Möbel in ihrer Mödlinger Wohnung. Laut einem Empfangsschein lebte sie im Juli 1938 in der Elisabeth-Straße 13 im ersten Wiener Gemeindebezirk. In den Wiener Adressbüchern für 1938 und 1939 ist sie allerdings weder an der einen noch an der anderen Adresse gelistet.<sup>255</sup> Emilie Bahr erhielt noch im Frühsommer 1939 Briefe in die Tulpengasse 3, zwischendurch lebte sie im März 1939, wie man einem anderen Brief Dietrichs entnehmen kann, aber auch im Hotel Regina im 9. Gemeindebezirk, dem Alsergrund.<sup>256</sup> Im Juli 1939 war sie, wohl zur Sommerfrische, im Hotel zum Schiff im badischen Konstanz-Staad am Bodensee, im August und auch im Dezember 1939 dann in Lindenberg im Allgäu, nahe Lindau. Dort lebte sie beim bereits erwähnten ehemaligen DDP-Politiker Otto

---

<sup>250</sup> Vgl. Andreas Huber, Kornblume und Hakenkreuz. Die Mitglieder des Deutschen Klubs 1908 bis 1939, S. 78, [https://www.academia.edu/42038355/Kornblume\\_und\\_Hakenkreuz.\\_Die\\_Mitglieder\\_des\\_Deutschen\\_Klubs\\_1908\\_bis\\_1939](https://www.academia.edu/42038355/Kornblume_und_Hakenkreuz._Die_Mitglieder_des_Deutschen_Klubs_1908_bis_1939).

<sup>251</sup> Richard-Bahr-Feier in der Universität, in: Wiener Neueste Nachrichten, 9.6.1937, S. 5.

<sup>252</sup> Mietvertrag (Abschrift). BA, N1004-201, fol. 69.

<sup>253</sup> Emilie Bahr an N. Weinreich, 14.2.1938. BA, N1004-201, fol. 90.

<sup>254</sup> Alfred Anthony von Sienfeld, Genealogisches Taschenbuch der Adelligen Häuser Österreichs, Wien 1906, S. 485; abs. iur. Ferdinand, Freiherr von Pantz, in: Parlament, Wer ist Wer, [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01151/index.shtml](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01151/index.shtml).

<sup>255</sup> Wiener Adreßbuch 1939, S. 451.

<sup>256</sup> Hermann Dietrich an Emilie Bahr, 2.3.1939. BA, N1004-208, fol. 211

Geßler,<sup>257</sup> mit dem auch ihr verstorbener Ehemann befreundet gewesen war.<sup>258</sup> Geßler wurde 1944, wenige Tage nach dem Attentat vom 20. Juli, verhaftet und im KZ Ravensbrück interniert.<sup>259</sup>

Schon Mitte 1939 hatten sich die Hanseatische Verlagsanstalt und Emilie Bahr darum bemüht, eine Neuauflage von Bahrs 1936 erschienenem zweiten Buch „Deutsches Schicksal im Südosten“ zu drucken. Emilie Bahr beabsichtigte zuerst, Srbik um eine Einleitung für diese Neuauflage zu bitten. Der Verlag befürchtete allerdings aufgrund des Inhalts mögliche „politische Schwierigkeiten“ und entschied sich rasch dazu, 2.000 Stück unverändert nachzudrucken.<sup>260</sup> Inzwischen hatte die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums Richard Bahrs Buch „Volk jenseits der Grenzen“ beanstandet. Im November 1938 schrieb die Kommission an den Verlag, Bahrs Schrift sei „sowohl nach der sachlichen wie auch nach der politischen Seite weitgehend als überholt zu bezeichnen. Sie enthält Formulierungen, die heute politisch nicht mehr tragbar sind“.<sup>261</sup> Nach dem Optionsabkommen über Südtirol zwischen Mussolini und Hitler wurden insbesondere Bahrs Ausführungen zu Südtirol beanstandet. Im Oktober 1939 erklärte die Prüfungskommission erneut, dass „das Buch inhaltlich nicht nur weitgehend überholt ist und darüberhinaus wegen seines Kapitels über Südtirol heute nicht mehr tragbar ist, sondern auch zahlreiche Stellen enthält, gegen die aus volkspolitischen Gründen schwere Bedenken erhoben werden müssen.“<sup>262</sup> Das Buch durfte daraufhin in Deutschland nicht mehr beworben und neuaufgelegt werden. Restbestände durften nur mehr zu wissenschaftlichen Zwecken direkt über den Verlag abgegeben werden.

Zwischen 2. Juni 1937 und 5. Mai 1942 war Emilie Bahr, die tatsächlich viel und lange verreiste, stets durchgehend in der Mödlinger Hauptstraße 3–5 gemeldet. An diesem Tag, dem 5. Mai, meldete sich ab und verzog nach Basel an die dortige Adresse Hirzbodenweg 46.<sup>263</sup> Bereits am 30. März 1942 hatte sie einen Schweizer namens Ernst Reiter in Lugano geheiratet und in Folge die Schweizerische Staatsbürgerschaft erlangt.<sup>264</sup> Sie nannte sich nach ihrer Heirat Emilie

<sup>257</sup> Emilie Bahr an Ernst Winkler, 29.12.1939 (Abschrift). BA, N1008-201, fol. 201.

<sup>258</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 16.10.1933. BA, N1004-206, fol. 97.

<sup>259</sup> <http://www.hdbg.de/parlament/content/persDetailPrint.php?id=3502>

<sup>260</sup> Hanseatische Verlagsanstalt, 14.8.1939. BA, N1004-201, fol. 97.

<sup>261</sup> Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums an Hanseatische Verlagsanstalt, 3.11.1938 (Abschrift). BA, N1004-201, fol. 100.

<sup>262</sup> Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums an Hanseatische Verlagsanstalt, 11.10.1939. Ebd.

<sup>263</sup> BA, N1009-209, fol. 237.

<sup>264</sup> BA, N1009-209, fol. 68.

Reiter bzw. auch Reiter-Schreiber. Bei ihrem dritten Ehemann handelte es sich um Dr. Ernst Reiter, einen Gesangslehrer und Musikwissenschaftler aus Basel. Dieser war sehr viel jünger als seine Ehefrau, er war 1897 in Basel zur Welt gekommen.<sup>265</sup> Nach Kürschners Musikerkalender war Reiter zwischen 1922 und 1934 Assistent des Musikpädagogen Louis Bachner an der Hochschule für Musik in Berlin gewesen.<sup>266</sup> Möglicherweise hatten sie sich also schon damals kennengelernt. Emilie Reiter bemühte sich nach ihrem Umzug in die Schweiz, ihr Mobiliar aus Mödling nach Basel zu überführen und löste letztlich noch vor Kriegsende die Wohnung in Mödling auf.

Ihre Wiener Freundin Anna von Pantz emigrierte nach dem „Anschluss“ im März 1938 mit ihren Söhnen, dem Mittersiller Schlossbesitzer Hubert von Pantz und Kurt von Pantz, nach New York. Von Pantz war eine Tochter des Bankiers Bernhard Strisower (1847–1900) und dessen Ehefrau Friederike, geb. Brüll.<sup>267</sup> Sie galt den Nationalsozialisten als jüdisch. Da ihr Ehemann verstorben war, gab es für sie nicht den Schutz einer „Mischehe“. Der Kontakt zwischen Bahr-Reiter und Pantz blieb weiterhin aufrecht. 1946 schrieb Emilie Reiter an Dietrich, ihre Wiener Freundinnen Frau von Pantz in New York und Frau Nemetschke in Buenos Aires sehnten sich nach der Heimat.<sup>268</sup> Bei letzterer dürfte es sich um Johanna Nemetschke, geb. Schwarz, gehandelt haben.<sup>269</sup> Sie war eine Cousine der Anna von Pantz. Ihre Mutter war eine Schwester des Vaters von Anna von Pantz. Johanna Nemetschke wurde wie ihre Cousine ebenfalls als jüdisch verfolgt. Ihr erster Ehemann war der Wiener Rechts- und Wirtschaftswissenschaftler Julius Gustav von Landesberger (1865–1920) gewesen.<sup>270</sup> Gegenüber Dietrich erwähnte Emilie Bahr, sowohl Pantz als auch Nemetschke wollten nach Europa zurückkehren.

„Ich kann mir nicht vorstellen, dass es ihnen hier im alten Europa gefallen wird. Die Leute bilden sich ein, sie würden die alte Heimat wiederfinden und fliehen zurück in die neue. Dann aber haben sie erst richtig alles verloren, an dem sie hingen und das ihnen in ihren Träumen als das Paradies erschien.“<sup>271</sup>

---

<sup>265</sup> Schriftliche Auskunft, Christoph Manasse, Stadtarchiv Basel-Stadt, 10.12.2019.

<sup>266</sup> Kürschners Deutscher Musikerkalender 1954, S. 1035. Nach Kürschner lebte Reiter 1954 an der Adresse Hirzbodenweg 46 in Basel.

<sup>267</sup> Anna von Pantz, Mai 2018, in: Geni, <https://www.geni.com/people/Anna-von-Pantz/6000000000100663796>.

<sup>268</sup> BA, N1009-209, fol. 7.

<sup>269</sup> Johanna Nemetschke überlebte in Buenos Aires. Vgl. Marie-Theres Arnbom, Die Villen vom Attersee. Wenn Häuser Geschichten erzählen, Wien 2018, S. 162.

<sup>270</sup> Johanna Hansi Nemetschke, April 2019, in: Geni, <https://www.geni.com/people/Johanna-Nemetschke-von-Landesberger/6000000012494791767>.

<sup>271</sup> Emilie Reiter an Hermann Dietrich, 20.7.1946. BA, N1009-209, fol. 7.

1947 verfasste Emilie Reiter zwei Testamente, die unter anderem ihre Familienstiftung betrafen. Sie verstarb am 6. Juni 1948 in Vevey. Ihr dritter Ehemann Ernst Reiter überlebte sie um dreißig Jahre und verstarb am 16. Juli 1978 in Basel.<sup>272</sup>

„Und da soll man nicht, auch wenn man, wie ich, von Haus aus gar nicht antisemitisch veranlagt ist, allmählich in Pogromstimmung kommen!“<sup>273</sup> Richard Bahr, die Deutschen und die Juden

Richard Bahr war kein deklariertes, offenes Antisemit, zumindest hielt er sich für keinen, und er agitierte öffentlich und publizistisch, in mehr als drei Jahrzehnten seines Schaffens, auch nicht offen antisemitisch. Prinzipiell, so behauptete er, lehnte er den Antisemitismus ab – und war doch keineswegs frei von antisemitischen Regungen. Zudem bewegte er sich in einem politischen und gesellschaftlichen Umfeld, in dem der Antisemitismus immer stärker programmatisch, wenn nicht gar zentraler ideologischer Kitt wurde. Nicht zuletzt war das in den zahlreichen deutschnationalen Vereinen in Österreich Mitte der 1930er Jahre der Fall – als Beispiel sei nur der Deutsche Klub genannt. Insofern verdient das Verhältnis Bahrs zum Antisemitismus zweifelsohne einen genaueren Blick. War er ein „Outlier“ in einem Milieu, das den Antisemitismus zutiefst verinnerlicht hatte? War er ein deklariertes Großdeutscher, der den Antisemitismus auch in den 1930er Jahren weiterhin ablehnte? Oder war Bahrs Antisemitismus „subkutan“, möglicherweise versteckter vorhanden?

Wie sich Bahr privat dazu äußerte wissen wir nicht. Seine Briefe sind ebenfalls nur mehr bruchstückhaft vorhanden. Dass er mit einzelnen Jüdinnen und Juden gesellschaftlich verkehrte ist bekannt, heißt andererseits aber nicht, dass er nicht dennoch antisemitische Denkmuster verinnerlicht hatte. Entscheidend erscheint allerdings, wie sich Bahr in seinem publizistischen Werk dazu äußerte. Vorneweg: Die Untersuchung beschränkt sich primär auf die Buchveröffentlichungen und Kleinschriften Bahrs. Artikel in der Tagespresse konnten nur am Rande berücksichtigt werden. Insofern handelt es sich hier in mehrerer Hinsicht nur um eine Annäherung an die Problematik und keine abschließende Untersuchung.

<sup>272</sup> Schriftliche Auskunft, Christoph Manasse, Stadtarchiv Basel-Stadt, 10.12.2019.

<sup>273</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.5.1931. BA, N1004-204, fol. 54.

Im schriftstellerischen Werk Richard Bahrs nahmen Jüdinnen und Juden keinen besonderen Stellenwert ein. Sofern Bahr Jüdinnen und Juden in seinen Kleinschriften und Büchern überhaupt erwähnte, dann in der Regel nur als Randthema oder Randbemerkung. Eine eigene längere Schrift zu Aspekten jüdischer Geschichte oder auch zum Antisemitismus verfasste Bahr nie. Überhaupt dürfte es nur einen journalistischen Artikel geben (er wird weiter unter noch analysiert), in dem sich Bahr explizit mit dem Antisemitismus auseinandersetzte. Ansonsten nahm er zu diesem Thema wohl keine Stellung. Jüdinnen und Juden kamen in den Arbeiten nur in Nebensätzen oder manchmal auch passagenweise vor, waren aber nie der eigentliche Gegenstand der Untersuchung. Tendenziell war das öfter in seinen früheren Werken der Fall, und – vielleicht gegen den Trend der Zeit – nur mehr sporadisch in den späteren Arbeiten. Anhand von „Volk jenseits der Grenzen“, dem ersten seiner als Trilogie gedachten Bände über die deutschen Minderheiten in Europa aus den 1930ern, lässt sich diese Randposition gut illustrieren. Im Kapitel zu Polen heißt es da beispielsweise: „In Lemberg wie in Brody gibt es ein deutsches Staatsgymnasium. Die Lehrer sind allerdings zumeist Polen, die, selbst wo sie das Deutsche fehlerfrei sprechen, undeutschen Geist, zumal im Geschichtsunterricht, säen. Die Schüler sind vorwiegend Juden.“<sup>274</sup> Weiter: „Da hausen diese Deutschen nun im Gemengelage mit Kleinrussen, Juden, Polen, mit katholischen, griechisch-unierten und armenischen Christen in bald größeren, bald kleineren Gemeinden, oft zwanzig, dreißig, auch vierzig Kilometer voneinander entfernt, bis hinauf an den Karpathenwall.“<sup>275</sup> Über Lemberg schrieb er im selben Kapitel: „Die vorhandene Intelligenz reicht nicht einmal aus, dem Gymnasium seine Lehrkräfte zu stellen: unter einem, als sehr tüchtig gerühmten, deutschen Direktor unterrichten zum Theil Juden, Polen, Ukrainer.“<sup>276</sup> Man kann daraus schließen, dass Bahr polnische Juden nicht als Deutsche betrachtete, auch wenn sie deutsch sprachen, deutsche Schulen besuchten oder dort gar unterrichteten. Einer dezidierten Wertung enthielt er sich selbst allerdings. In der Abhandlung zahlreicher deutscher Minderheiten kommen Juden – obwohl sie deutschsprachig waren – überhaupt nicht vor. Diese Nichterwähnung ist eine Aussage für sich.

Bahrs Werk war – wenn man seine Kurzbiografien und tagespolitischen Zeitungsartikel beiseitelässt – beinahe ausschließlich der politisch-kulturellen und sozioökonomischen Lage des „Auslands- und Grenzdeutschtums“ insbesondere in Ost- und Südosteuropa gewidmet. Seine Kleinschriften und Bücher – häufig zusammengestellt aus seinen früheren Zeitungsartikeln –

---

<sup>274</sup> Bahr, Volk jenseits der Grenzen, S. 187.

<sup>275</sup> Ebd., S. 188.

<sup>276</sup> Ebd., S. 188.

määnderten in Inhalt und Darstellung zwischen historisch-politischen und volkskundlichen Betrachtungen sowie sehr persönlichen Anekdoten und Erfahrungsberichten. Häufig entstanden sie auf Bahrs Reisen. Akteur und Gegenstand dieser Artikel waren stets die „Deutschen“, die Bahr in der Regel gar nicht erst definierte („Mit Definitionen will ich den Leser nicht plagen.“<sup>277</sup>), sondern, wie andere Völker, als gegeben voraussetzte. Leitmotiv der Erzählungen war dabei stets die Geschichte dieses einen Volkes, das durch falsche eigene Politik und Unterdrückung durch fremde Mächte („Deutschenhass“) auf zahlreiche Staaten zersplittert war, und überdies auch kein richtiges Gemeinschaftsgefühl entwickelt habe. Im Großen und Ganzen mied Bahr dabei biologistische Semantiken und vertrat einen kulturellen Volksbegriff. Ohne es eben zu definieren, war Volkstum bei Bahr primär durch gemeinsame Sprache, Geschichte und kulturelle Praktiken begründet. Dagegen kamen „blutmäßige Abstammung“, körperliche Merkmale oder andere völkisch-biologistische Marker einer Volkszugehörigkeit bei Bahr in der Regel nicht vor. Ebenso maß Bahr in seiner Arbeit Religion keine besondere Bedeutung für die Volkszugehörigkeit zu. Der Übertritt von einem in ein anderes Volkstum war nach Bahr deshalb möglich, der Übertritt von Nicht-Deutschen zur deutschen Kultur ihm sogar explizit erwünscht. Wien bezeichnete er in diesem Sinne, wie schon erwähnt, als große „Germanisierungsanstalt“, weil slawische und andersstämmige Arbeiterinnen und Arbeiter dort binnen einer Generation die deutsche Sprache annahmen und damit Deutsche würden. Die Kehrseite: Zahlreiche Deutsche wiederum würden in den nichtdeutschen Völkern in ihrer Umgebung aufgehen („polonisiert“, „russifiziert“, usw.), was Bahr als explizite Bedrohung auffasste. Diese Deutschen seien deshalb dem Deutschtum verloren. Um im Bahr’schen Sinne Deutscher zu sein, musste man sich zum Deutschtum bekennen, eine Abstammung allein genügte nicht. Von der „Überlegenheit“ dieses deutschen Volkstums, eines Hortes der Zivilisation, wie Bahr meinte, zeigt er sich vollkommen überzeugt. Das Deutschtum sei ein „Damm westlicher Kultur gegen die anarchische Geisteswelt des Ostens“, schrieb er 1933.<sup>278</sup> Dennoch glaubte Bahr von sich selbst, er sei kein Chauvinist, und „der Nationalstaat [vielleicht] nicht das letzte Wort der Weltgeschichte“. Ein Ausgleich zwischen den Völkern, ohne gegenseitige Herrschaft, schrieb er noch 1933, erschiene ihm als „denkbares und durchaus erstrebenswertes Ideal“. Bis dieses utopische Ziel erreicht sei, stelle er sich dennoch „vor die Volksgenossen in der Fremde“. Bahrs Vorstellung vom „Volkstum“, wie er es in seinen Schriften darlegte, war letztlich über drei

---

<sup>277</sup> Bahr, *Volk jenseits der Grenzen*, S. 7.

<sup>278</sup> Ebd., S. 69.

Jahrzehnte hinweg sehr konstant und zeigte wenig Wandel. Nur die Betrachtung der sich verändernden Umwelt und der historischen Umstände führten ihn zu neuen Urteilen. Zeigte er sich in den früheren Schriften, jenen die vor Ende des Ersten Weltkriegs erschienen waren, noch konzilient und von der Möglichkeit eines nationalen Ausgleichs mit Polen, Balten, Ungarn usw. überzeugt, so trat dies in den späteren Schriften immer weiter zurück. Auch wenn er diesen Ausgleich als Fernziel weiterhin anstrebte. Die deutschen Minderheiten sah er in der Zwischenkriegszeit immer stärker durch die nationalen Aspirationen der Tschechen, Polen, Ungarn, Balten, Russen usw. bedroht. Diese waren in Bahrs Werk, drastisch ausgedrückt, die äußeren Feinde, die es letztlich politisch zu bekämpfen galt, wobei Bahr selbst immer friedliche Mittel propagierte. Als größten inneren Feind stellten sich bei Bahr in der Regel die Deutschen selbst, als Kollektiv, insbesondere die Reichsdeutschen, dar. Nicht die Sozialdemokraten oder einzelne politische Gruppierungen sondern mangelndes nationales Bewusstsein, mangelndes Verständnis für die nationalen Aspirationen der anderen Nationen, ein angeblich ausgeprägter Partikularismus sowie die Gleichsetzung von Staat und Volk, welche zur klein- oder binnen-deutscher Engstirnigkeit geführt hätten, seien die größten Feinde einer deutschen Einigkeit.

Jüdinnen und Juden waren in Bahrs Werk weder äußerer noch innerer Feind, sie spielten in der Frage um die Zukunft der deutschen Minderheiten und dem Zusammenschluss aller Deutschen höchstens eine Nebenrolle. Das war insofern konsequent, da Bahr die deutschen Minderheiten eben durch die nationalen Homogenisierungsprozesse der sie umgebenden „großen“ Nationen bedroht sah. In der Regel erwähnte Bahr deshalb Jüdinnen und Juden nur beiläufig bzw. vor allem dann, wenn es um die Frage ging, zu welchem Volkstum sich diese bekennen würden. Dabei zeigte Bahr keine besondere Sympathie für Jüdinnen und Juden, gestand diesen aber prinzipiell die Möglichkeit zu, sich zum Deutschtum zu bekennen und sah wenigstens einzelne Juden, oder auch jüdische Gruppen, als Teil des deutschen Volkes. Bahr vereinbarte dieses Zugeständnis mit explizit antisemitischen Vorstellungen von der „ostjüdischen“ Gefahr. Ein Beispiel für diese Ambivalenz sind Bahrs Ausführungen von 1933 über die Lage der Sudeten-deutschen. Im antideutschen Kampf hätten die Tschechen eine „jüdische Nation“ erfunden, um die Deutschen zu schwächen:

„Das erleichtert den Juden den Rückzug von dem Volkstum, zu dem sie in der alten Monarchie sich bekannt hatten. Wer erst einmal bei der jüdischen Nation sich hat einschreiben lassen, findet dann wohl auch in fünf oder zehn Jahren den Übergang zum tschechischen Herrenvolk. Zur Ehre der deutschböhmischen Juden wird man feststellen dürfen, daß sie von der vergoldeten Brücke, die ihnen die Tschechen hinhielten, im



allgemeinen keinen Gebrauch gemacht haben. In der Slowakei, wo der ostjüdische Einschlag ohnehin näher und stärker ist, sind sie scharenweise vom Magyarentum abgewandert, Das Deutschtum im geschlossenen Sprachgebiet und auch in Prag verlor auf solche Art wohl wenig. Wer schon früher den Tschechen sich zugestellt hatte, blieb natürlich drüben. Die anderen harrten auch bei den verfolgten und entmachteten Deutschen aus. Diese Juden lieben das historische Prag, das doch eben das deutsche Prag war. Sie hatten einst, durch sehr namhafte Spenden, das Neue Deutsche Theater schaffen helfen. Sie haben auch heute noch für deutsche, zumal kulturelle Belange immer eine offene Hand. Allein schon die akademischen mensae, für die bedrängte, allenthalben zurückgesetzte deutsche Studentenschaft Prags eine Lebensnotwendigkeit, wären ohne die Unterstützung wohlhabiger jüdischer Bürger kaum durchzuhalten. Der eine oder andere bringt wohl auch mehr als materielle Opfer. Es gibt unter diesen Juden auch deutsche Bekenner. Männer, die unter Umständen eher ihr Staatsamt hinwerfen, als daß sie dem Volkstum untreu werden, in das, seit Generationen, sie hineinwuchsen. Ich zähle nicht zu den Oberflächlingen, die – gerade im Bereich deutscher Menschheit – das Vorhandensein des jüdischen Problems leugnen. Habe volles Verständnis auch für den Kampf, den, in Brünn wie in Prag, die deutschen Studenten gegen das massenhaft eindringende Ostjudentum zu führen haben, das in Hörsälen, Laboratorien und Kliniken ihnen den Platz nimmt und das wissenschaftliche und gesellschaftliche Niveau drückt. Um so mehr schien es mir Pflicht auszusprechen, was ist. Und, hoffentlich, so auch in Zukunft bleibt.“<sup>279</sup>

Zusammengefasst: Einem Großteil der Jüdinnen und Juden in Böhmen gestand Bahr zu, seit Generationen Teil des deutschen Volkstums zu sein. Gerade in Prag gäbe es unter den Juden viele „deutsche Bekenner“ und das deutsche Kulturleben würde ohne jüdische Förderer längst nicht mehr existieren. Er sehe sich dazu gezwungen, dies zu bekennen, und hoffe, dass es auch in Zukunft so bleibe. Dennoch glaubte Bahr auch in Böhmen ein „jüdisches Problem“ zu erkennen, nämlich „das massenhaft eindringende Ostjudentum“, dem Bahr sämtliche antisemitische Stereotype zuschrieb.

Diese äußerst ambivalente Haltung Bahrs war nicht neu, sondern, wie so vieles an seiner politischen Einstellung, äußerst konstant. Einem Redakteur der *Mitteilungen des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* war das schon 1921 in einem älteren Zeitungsartikel Bahrs von 1917 aufgefallen, in dem dieser sich über die Prager und die Wiener Juden geäußert hatte:

„In der ‚Täglichen Rundschau‘ vom 14. Juni 1917 schrieb ein führender Publizist der damals nationalliberalen jetzt Deutschen Volkspartei Richard Bahr: ‚ohne das Prager Judentum wäre das deutsche Volkstum in Prag überhaupt nicht denkbar. Diese alten, stolzen Familien, die zum Teil seit sieben Jahrhunderten in der Moldaustadt siedeln, fühlen sich durchaus als Träger und Vorkämpfer deutscher Kultur und wissen dafür

---

<sup>279</sup> Ebd. S. 251 – 252.

nicht geringe Opfer zu bringen.‘ Richard Bahr vergaß nur hinzuzufügen, daß diese alten stolzen Familien, die seit sieben Jahrhunderten in der Moldaustadt siedeln, in jedem dieser sieben Jahrhunderte mehrere Male ausgetrieben und ausgerottet wurden. Die ganze Geschichte der Juden in Prag, sowie in ganz Böhmen und Mähren, ist eine einzige Kette von Austreibungen, von harten, oft blutigen Verfolgungen. Bis in das 19. Jahrhundert hinein verwehrt ihnen das Gesetz, über eine bestimmte Zahl hinaus sich zu vermehren, als wären sie böartige, giftige Tiere. Nur ein männlicher Sproß jeder Familie durfte sich verheiraten. Jetzt befinden sich die Juden in den Sudetenländern zwischen zwei Mühlsteinen, denn ihr zähes Festhalten am Deutschtum hat ihnen den unversöhnlichen Haß des gesamten Tschechentums zugezogen. Aber Richard Bahr hat, indem er diese Tatsache konstatiert, gegen den deutschen Antisemitismus in Böhmen nicht das leiseste Tadelwort, im Gegenteil, er gießt die volle Schale seines Zorns über die Wiener Juden aus (die zu vier fünfteln aus Böhmen stammen). Er findet nämlich, die Wiener Juden seien viel zu wenig nationalistisch (Man befrage darüber doch nur die Tschechen!) ‚Einen deutschen Nationalisten jüdischer Abstammung sah man noch nie‘, jammert er. Und er versichert, in Österreich gebe es mehr Juden, ‚als der deutsche Volksteil noch ohne Fährnis zu verarbeiten vermag.‘ Es bleibt nichts übrig, als sie totzuschlagen und auszutreiben. In Wien müssen sie als Juden von den Deutschen totgeschlagen und ausgetrieben werden. In Prag werden sie als Deutsche von den Tschechen totgeschlagen und ausgetrieben.... Macht nichts, der Jude wird verbrannt!‘<sup>280</sup>

Auf denselben Artikel Bahrs über die österreichischen Juden bezog sich auch Gertrud Pierer in ihrer Dissertation 1943 – die bei Bahr insgesamt eine eindeutig antisemitische Haltung vermisste. Nur in diesem einen Aufsatz – sie zitiert ihn nicht, aber es kann sich nur um diesen gehandelt haben – habe Bahr in Sachen Antisemitismus Einsicht bewiesen:

„Wenn seine Einstellung zum Antisemitismus auch negativ ist und er wohl ein Anderssein der Juden als Konfessionsgemeinschaft erkannte, jenes Anderssein, wie er es einmal formuliert, in allem was dem Deutschen hoch und teuer wäre, allein eine durch Rasse bedingte Verschiedenheit tritt bei ihm nie bewußt hervor. – Zu dieser Zeit schien ihm das jüdische Element, der junge Nachwuchs jüdischer Akademiker am gefährlichsten. Er treibe, schüre und führe die österreichische sozialdemokratische Bewegung zu ausgesprochen syndikalistisch-anarchistischen Formen. Das Wiener Judentum gilt ihm von besonderem Schlege. Bahr macht auf die sonderbare Tatsache aufmerksam, daß wir Deutsche auf die Juden in unserer Mitte geringe Anziehungskraft ausgeübt hätten. Ueberall, bei den Magyaren, Russen, Polen, von den romanischen Völkern gar nicht zu reden, habe es chauvinistische Heißsporne, Männer jüdischen Blutes in allererster Reihe gegeben. Einen deutschen Nationalisten jüdischer Abstammung jedoch nie. Doch er baut auf das gesunde Empfinden der deutschen Arbeiterschaft in Niederösterreich und Nordböhmen gegenüber diesem blutrünstigen und dennoch blutleeren jüdischen Gedankenspinsten.“<sup>281</sup>

<sup>280</sup> Juden und Deutsche in der Tschechoslowakei, in: Mitteilungen des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 3 (1921), Nr. 2, S. 21–22.

<sup>281</sup> Pierer, Richard Bahr, S. 155.

Die Behauptung, es gäbe kaum Juden, die sich zur Deutschen Nation bekennen würden bzw. deutsche Nationalisten seien, im Gegensatz zu Juden in anderen Nationen, war ein klassischer Topos des deutschnationalen, liberalen Antisemitismus, den man auch bei zahlreichen anderen Autoren aus dem deutschfreiheitlichen Spektrum findet. Mit Hilfe dieser argumentativen Strategie suchte man Liberalismus und Antisemitismus in Einklang bringen. Die eigene Spielart des Antisemitismus entspränge nicht etwa einer irrationalen Abneigung, einem religiösen Vorurteil oder gar rassistischen Vorstellungen von biologischer Differenz, sondern sei alleine durch den „nationalen Verrat“ der deutschen Juden gerechtfertigt, ja geradezu notwendig. Wenn Juden dagegen nützlich waren, wie etwa im Kampf mit den Tschechen, dann konnte man sie von derselben Warte aus auch als Teil des nationalen Kollektivs akzeptieren oder wenigstens tolerieren.

In einer Frühschrift, dem Heftchen „Im besetzten Polen. Stimmungen und Eindrücke“ von 1916 hatte Bahr ausnahmsweise ein eigenes Kapitel der „Judenfrage in Polen“ gewidmet. „Das schwierigste Problem, vor das ein von Rußland befreites Polen, gleichgültig, wie sein politisches Schicksal im einzelnen sich gestalten möge, sich gestellt sehen wird“, so Bahr, „heißt die Judenfrage.“ An dieser Judenfrage sei letztlich einzig Russland schuld, da es Jüdinnen und Juden über Jahrhunderte hinweg geknechtet, ausgebeutet und vertrieben, schließlich im jüdischen Ansiedlungsgebiet zusammengepfercht und ihnen dort die Ausbreitung in der Fläche verweigert habe. Diese russische Politik habe die Urbanisierung und negative Wirtschafts- und Sozialstruktur der polnischen Judenheit erst verursacht. Die polnischen Juden hielten, so Bahr, durchwegs an ihrer Sprache fest, die sie „aus ihrer deutschen Heimat“ nach der dortigen mittelalterlichen Vertreibung mitgebracht hatten, und „im Laufe der Jahrhunderte durch Übernahme hebräischer Worte und von Bestandteilen der sie umgebenden Mundarten zum Jargon abwandeln.“ Eine jüdische Minderheit in Kongresspolen wolle nichts anderes sein „als Polen mosaischen Glaubens“, die Mehrheit halte aber an ihrer eigenen sprachlichen und kulturellen Identität fest und zähle zu den Chassidim. Eine dritte Gruppe, für Bahr die ärgste Gruppe, halte sich ausgerechnet für Russen: „Es ist ein psychologisches Rätsel, [...] wie jüdische Menschen ein inneres Verhältnis zum russischen Volk finden konnten. Das scheuchte sie von Ort zu Ort, entrechtete sie in Schule und Leben und ging mit einer gewissen Periodizität gegen sie zum blutigen Sturmangriff der Pogrome vor.“ Dennoch fühle sich gerade unter der jüdischen Jugend in Polen ein Großteil russisch und sympathisiere stark mit der russischen Linken. #

Die „Judenfrage“ in Polen stelle sich nach Bahr vor allem als wirtschaftliches Problem dar: Die wirtschaftliche Lage der polnischen Juden sei sehr schlecht, diese aber seien groß an der Zahl. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Entwicklung müsse sie geradezu „zermalmen“. Bahr plädierte dafür – auch wenn er das letztlich für utopisch hielt –, den Jüdinnen und Juden überall in Polen die rechtliche Gleichstellung zu verleihen und sie einzubürgern. So wären sie in der Lage, in der polnischen Nation aufzugehen, was Bahr für erstrebenswert hielt. Die Alternative sei, Russland zur Aufhebung seiner restriktiven Judengesetze zu zwingen. Damit ließe sich das „Judenproblem“ in Polen lösen, so Bahr abschließend, werde damit aber zu einem russischen. Im Anschluss verhandelt Bahr die Frage der Deutschen in Polen, insbesondere jene in Lodz. Das Seltsame sei, „daß die dort ansässigen Deutschen gar nicht Deutsche sein wollen“. Die Mehrheit sympathisiere aus wirtschaftlichen Gründen mit Russland oder verhalte sich neutral. Bahr erschien diese Haltung aus nationalen Gründen unfassbar, aber diesen Menschen sei der Geldbeutel näher als die deutsche Abstammung. Auf absehbare Zeit würden sie komplett russifiziert.

Bahr war damals offenbar durchaus in der Lage den russischen Antisemitismus in seiner historischen Entwicklung zu erkennen. Von einem problematischen deutschen Antisemitismus sprach er dagegen nie oder er verschloss die Augen davor. So zeigte er sich höchst erstaunt, dass Juden sich als nationalistische Russen bekannten, aber in Wien – angeblich – nicht als Deutsche. Wie lässt sich diese Verwunderung erklären? Entweder Bahr glaubte, in Deutschland und Österreich gäbe es im Gegensatz zu Russland keinen Antisemitismus, dann konnten die Wiener Juden nur undankbar sein, oder er wunderte sich, weshalb die hiesigen Juden nicht ähnlich masochistisch veranlagt waren, wie er das den russischen Juden unterstellte. Die *Jüdische Zeitung* besprach diesen Abschnitt aus Bahrs Schrift im April 1916. Der Rezensent schloss, in der ganzen Schrift überwuchere „das Geistreich-Oberflächliche das Richtige“. Allerdings sei Bahr wenigstens darin beizustimmen, dass es tatsächlich ein Rätsel sei, wie sich junge Juden zum Russentum bekennen könnten.<sup>282</sup>

1924 veröffentlichte Bahr in der DAZ eine Rezension von Heinrich von Coudenhove-Kalergis Buch „Das Wesen des Antisemitismus“, das dessen Sohn Richard Coudenhove-Kalergi mit

---

<sup>282</sup> Jüdische Zeitung, 7.4.1916, S. 2f.

einem Vorwort versehen neuherausgegeben hatte.<sup>283</sup> Bahr urteilte, man hätte es nicht neu herausgeben müssen, aber es stecke „viel Fleiß darin“ und die geschichtlichen Teile seien ein guter Überblick. Die Conclusio des Buches sei allerdings eine „abgestandene Rationalistenweisheit: der Antisemitismus ein ‚übrig gebliebenes Monstrum längst vergangener Zeiten, der das Ende nehmen möge, das er verdiene.“ Man könne, so Bahr, „solchen Wunsch voll auf teilen und wird doch bezweifeln dürfen, daß die Bewegung so leicht aus dieser Welt, gerade auch aus unserer deutschen, wegzudisputieren sein wird.“ Mit der bloßen Feststellung, der Antisemitismus sei ein Produkt finsterner Reaktion, sei es nicht getan. Mit den alten, rationalen Argumenten aus der Zeit der Aufklärung laufe man bei den einen offene Türen ein, die anderen, eine wachsende Gruppe, seien dafür unempfänglich, denn sie seien von einer Renaissance romantischer Gefühle ergriffen.

„In Österreich, wo angesichts der besonders gearteten Wiener Entwicklung die Ausbreitung dieses neuen Antisemitismus, der keineswegs nur ein Antisemitismus im Heugabelsinne zu sein braucht, früher begann als bei uns, ist man schon so weit, daß man in den Schichten, die ihr deutsches Volkstum am bewegtesten empfinden jede Gemeinsamkeit mit den jüdischen Mitbürgern rundweg abweist. Es hat, ich bekenne offen, für mich geradezu etwas Erschütterndes, wenn ich bei österreichischen Freunden, mit denen ich mich sonst in allen Stücken eines Sinnes weiß, dieser grundsätzlichen, von Mal zu Mal sich versteifenden Ablehnung begegne.“

Auch im Reich würde der Antisemitismus anwachsen, mehr und mehr Gesellschaften und Vereinigungen würden Juden aussperren und ihnen die Mitgliedschaft verwehren. „Man heißt das [...] gesellschaftlichen Antisemitismus und wähnt, indem man es rubriziert, das Problem erledigt zu haben. In Wahrheit hebt es nun erst an. Das bißchen Radauantisemitismus, auch wenn er zuweilen noch so geräuschvoll sich gebärdet, wird früher oder später an der eigenen Plumpheit und Armut sich stumpf laufen. Hier aber ist etwas, das aus dem romantischen Drang der deutschen Seelen, aus lauterem, um ihr Volkstum ringenden Herzen aufsteigt. Und muss doch notwendig in pfadlose Wirrnis enden.“ Dieser gesellschaftliche Antisemitismus stelle keine Lösung der „Judenfrage“ dar und „die bekannten Vorschläge, die Judenheit in corpore auszutreiben oder sie unter ein hartes Fremdenrecht zu beugen, sind ja wohl nicht für ernsthafte Leute.“ Der Zionismus sei ebenfalls keine Lösung. Den Antisemitismus könne man nur „ruhig und leidenschaftslos“ überwinden und zwar in dem man feststelle, „was denn an jüdischer Art oder Unart dem heute lebenden Geschlecht zu unerträglich dünkt“ (!). Dabei berief sich Bahr

---

<sup>283</sup> Heinrich Coudenhove-Kalergi, Das Wesen des Antisemitismus, Wien 1922.

auf den „gescheiterten und klugen“ Dr. Max Naumann, den Führer der Verbandes nationaldeutscher Juden und auf dessen Buch „Ganz-Deutsche oder Halb-Deutsche“.<sup>284</sup> Das eigentliche Problem sei, dass sich viele Juden nicht voll zu der sie umgebenden Nation – in diesem Fall: der deutschen – bekennen würden und nebenher „noch einem anderen, (in ihren Empfindungen) übergeordneten Verbands verpflichtet fühlen“. Damit war das übernationale Judentum gemeint. Wer dieses Problem erkenne, müsse und solle

„dann auch bereit sein, jüdisch Geborene, die sich vorbehaltlos als Deutsche geben, ebenso vorbehaltlos als solche gelten zu lassen. In unser Bewußtsein die Erfahrung aufzunehmen, daß auch die Juden keine unterschiedslose Masse sind und daß nicht notwendig nach irgendwelchen Naturgesetzen ein Jude dem anderen gleichen muß. Nur so, durch gemeinsame Arbeit von Juden und Nichtjuden, die vorzüglich eine Arbeit an ihnen selber sein muß, ist die Frage der Judenheit in Deutschland, die heute so heiß geworden ist, zu lösen. Soweit derlei Fragen unter Menschen überhaupt lösbar sind.“

Das *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden* druckte die Rezension auszugsweise nach, vor allem weil Bahr „die Tätigkeit unseres Verbandes, der den richtigen Weg zeige“ hervorgehoben habe.<sup>285</sup> Bahrs Artikel war durchaus als Absage an den Antisemitismus gemeint, nicht zuletzt an diese Spielarten des Antisemitismus, die Bahr in seinem eigenen gesellschaftspolitischen Umfeld zu Gesicht bekam. In seine Argumentation gegen den Antisemitismus nahm Bahr aber selbst wieder zahlreiche antisemitische Argumente und Topoi auf. Letztlich sprach sich Bahr vorwiegend dagegen aus, Juden die sich als Deutsche bekannten, auszugrenzen. Wohingegen er im Fall aller anderen Juden sich primär gegen „Radauantisemitismus“ aussprach.

Zweifelsohne hatte Bahr antijüdische Stereotype und Redewendungen verinnerlicht, insbesondere in Zusammenhang mit Finanzdingen. In einem Brief an Dietrich schrieb er einmal von einer „wahrlich jüdischen Angst“, die ihn angesichts seiner Finanzlage ergriffen habe. An anderer Stelle berichtete er diesem von Aktien, welche ihm Max Winkler angepriesen habe, „wie der Jud das lahme Pferd“.<sup>286</sup> Im Briefverkehr mit Dietrich findet sich zudem ein bemerkenswerter antisemitischer Ausfall Bahrs:

„Haben Sie zufällig im ‚Berliner Tageblatt‘ die Rede Ihres (ich hoffe: früheren) Parteigenossen Dr. Richard Frankfurter gelesen? Dieser üble Jud behauptete beim 50jährigen

<sup>284</sup> Max Naumann, *Ganz-Deutsche oder Halb-Deutsche*. Vier Aufsätze, Berlin 1921.

<sup>285</sup> *Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden* 1924, Nr. 1, S. 11.

<sup>286</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 30.7.1934. BA, N1004-207, fol. 42.

Stiftungsfest der sogenannten Freien Wissenschaftlichen Vereinigung: vor dem Kriege hätten nur die Söhne begüterter Familien studieren können. Die aber hätten sich nur mit Zechen und Mensurfechten beschäftigt, den Bildungsbeflissenen hätte man belächelt. Jedes Wort eine bewusste, faustdicke Lüge. Und da soll man nicht, auch wenn man, wie ich von Haus aus gar nicht antisemitisch veranlagt ist, allmählich in Pogromstimmung kommen!“<sup>287</sup>

Aus der gesamten Korrespondenz mit Dietrich sticht dieser Brief hervor. Zwar zeigte Bahr häufig Emotionen, nicht zuletzt, wenn es um seine eigene Finanzlage ging, aber ähnlich heftige persönliche Angriffe auf Dritte finden sich ansonsten keine. In diesem Fall schrieb sich Bahr geradezu in Rage, bezeichnete Frankfurter als „üble[n] Jud“ und konzedierte seine eigene „Pogromstimmung“ (!).

Vor der Gründung der Staatspartei Anfang der 1930er war Bahr von Dietrich, wie bereits erwähnt, nicht konsultiert worden. An der neuen Partei hatte er folglich einiges auszusetzen. Die Warnung, diese würde den Weg der Demokraten in den Abgrund fortführen, war wohl berechtigt. Die Argumente, die Bahr vorbrachte, lesen sich angesichts der Umstände der Gründung äußerst seltsam. Bahr befürchtete, die Staatspartei würde wieder eine Bindung mit der Sozialdemokratie eingehen, und sie schiele auf „jüdische Literaten“ und die „Judenpresse“:

„Die Demokraten sind daran zugrunde gegangen, dass sie die ewigen Anhängsel der Sozialdemokratie waren. Aus einer verstaubten Ideologie heraus, die auf die heutige Entwicklung passt, wie die Faust aufs Auge. Und den Mut nicht aufbrachte, die Judenpresse abzuschütteln. Wenn die neue Partei jetzt wieder anfängt, nach den jüdischen Literaten zu schielen und heimlich zur Sozialdemokratie hinüberzwickeln, wird sie genau so des Todes sein wie ihre Vorgängerin.“<sup>288</sup>

Im Vergleich mit den radikalen Antisemiten, die sich zu dieser Zeit auch in den liberalen Parteien tummelten, mögen diese Beispiele fast vernachlässigbar erscheinen. Sie zeigen aber ein Sittenbild der Verfallserscheinung des deutschen Liberalismus.

---

<sup>287</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 29.5.1931. BA, N1004-204, fol. 54.

<sup>288</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 4.8.1930. BA, N1004-204, fol. 37.

### Die erste Geschichte der Richard und Emmy Bahr-Stiftung (1922–1940)

Am 2. Dezember 1931 errichtete der Zürcher Rechtsanwalt Dr. Paul Jenny, ausgestattet mit Vollmachten von Richard Bahr und dessen Ehefrau Emilie Bahr, in Zürich die „Richard und Emmy Bahr-Stiftung“ mit Domizil in Schaffhausen. Damit begann die rechtliche und eigentliche Existenz dieser Stiftung. Ihre früheste Vorgeschichte reicht aber bis um das Jahr 1922 zurück. Bereits damals hatte das Ehepaar Bahr ein Testament aufgesetzt, das in deren Todesfall die Errichtung eines Stipendiums aus dem Nachlass zugunsten des „Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA)“ vorsah.<sup>289</sup> Die Existenz dieses Testaments, das später aus rechtlichen Gründen neu aufgesetzt worden sei, aber weiterhin den VDA begünstigt haben soll, geht aus Bahrs Briefkorrespondenz der 1930er Jahre hervor. Das Testament selbst ist nicht mehr erhalten. Die 1931 in Schaffhausen errichtete Stiftung sah für den Todesfall der beiden Stifter eine ähnliche Regelung vor.

Die Errichtung der Stiftung verfolgte aber einen weiteren Zweck: die finanzielle Altersversorgung. In den 1920ern und Anfang der 1930er Jahre erwarb Bahr festverzinsliche Obligationen in der Schweiz. Zum Teil handelte es sich dabei um Staatsanleihen, andernteils um Unternehmensanleihen sowie um Kassenobligationen. Wie viele andere Deutsche auch, versuchte Bahr, das gemeinsame Vermögen durch Veranlagung in der als krisensicher geltenden Schweiz zu schützen. Im Dezember 1931 waren es 206.000 Schweizerfranken, die er auf diese Weise in der Eidgenossenschaft veranlagt hatte.<sup>290</sup> Höchstwahrscheinlich stammte ein Teil des veranlagten Vermögens auch aus dem Besitz seiner Frau Emilie Bahr. Mit der Gründung der genannten Stiftung im Jahr 1931 wurden diese Wertpapiere aus Bahrs Besitz auf die gemeinsame Stiftung übertragen und bildeten forthin deren Grundvermögen. Deklarierter Zweck der Stiftung war es, das Stiftungskapital zu vermehren und den Ertrag den beiden Stiftern zu Lebzeiten als Leibrente zukommen zu lassen. Nach deren Tod allerdings, so war es im Stiftungsbrief festgelegt, „sollen dessen Erträgnisse ausschliesslich der Unterstützung des kulturellen Deutschtums im Auslande zugewendet werden“.<sup>291</sup> Damit war zu diesem Zeitpunkt, ganz im Sinne der früheren Testamente, wohl zuvorderst die Tätigkeit des VDA gemeint. In das erste Kuratorium der Stiftung wurden Dr. Friedrich Wilhelm Krafft aus Wien, der damals auch im Vorstand der *Wiener Neuesten Nachrichten* saß, und die Zürcher Rechtsanwälte Dr. Carl A. Spahn und Dr. Paul

<sup>289</sup> Richard Bahr an Hans Steinacher, 21.7.1933. BA, N1004-206, fol. 19.

<sup>290</sup> Wertschriften-Verzeichnis der „Richard und Emmy Bahr-Stiftung“, 2.12.1931. BA, N1004-205, fol. 8.

<sup>291</sup> Satzungen der Richard und Emmy Bahr-Stiftung, 2.12.1931. BA, N1004-205, fol. 1–7.



Jenny bestellt. Die Stiftung selbst war am Sitz der Schaffhauser Kantonalbank, bei der die Wertpapiere hinterlegt waren, beheimatet.

In seinem damals rechtsgültigen Testament, das nicht überliefert ist, habe „Bahr sein ganzes Vermögen testamentarisch einer Stiftung zugunsten des Volksbunds für das Deutschtum im Ausland vermacht. Er und seine Frau wollen nur noch bei Lebzeiten die Zinsen in Anspruch nehmen. Dann fallen Kapital und Zinsen dem Volksbund zu [...]“,

erklärte Hermann Dietrich im Juli 1933 gegenüber den deutschen Steuerbehörden.<sup>292</sup> Die Existenz dieser Stiftung bzw. vielmehr noch deren testamentarisch verfügter Zweck nach dem Tode sollte damals beweisen, dass Bahr die Interessen des Reiches weiterhin im Auge hatte. Im Zuge des zuvor schon ausführlich beschriebenen Konflikts mit den reichsdeutschen Steuerbehörden überwarf sich Bahr, der damals mit seiner Ehefrau schon in Österreich lebte, allerdings auch mit Hans Steinacher, dem Führer des VDA. Diesem unterstellte er, sich aus persönlichen Motiven nicht für ihn bei den entsprechenden Stellen in Berlin und Deutschland einzusetzen. Da Bahr sich durch die reichsdeutschen Behörden schlecht und ungerecht behandelt fühlte, und Dietrichs Argumente bei den Steuerbehörden keinen unmittelbaren Erfolg zeitigten, drohte er im Juli 1933 dem VDA, die Stiftung zu widerrufen und das Vermögen ausschließlich für den eigenen Unterhalt zu verwenden:

„Wenn, worauf es manche Leute in Berlin ja anzulegen scheinen, uns unser Berliner Vermögen und zugleich auch meine Pension abgejagt wird, müssen wir uns wohl oder übel mit dem Gedanken vertraut machen, die Stiftung zu widerrufen und das Geld, das uns bleibt, auf Leibrente zu geben. Ich habe Ihnen neulich schon gesagt, dass mir das in den Tod zuwider ist.“<sup>293</sup>

Vorerst blieb es allerdings bei der Drohung. Diese war wohl primär strategisch begründet: Steinacher sollte zu stärkerem Einsatz für Bahrs Sache motiviert werden.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 wurde Hermann Dietrich als Vertrauter Bahrs in das Stiftungskuratorium aufgenommen. Ob er dabei Paul Jenny oder Wilhelm Krafft ersetzte ist anhand der spärlichen Unterlagen nicht nachvollziehbar.<sup>294</sup> Spahn blieb jedenfalls definitiv im Kuratorium. Da Bahr aufgrund der durch das Reich einbehaltenen Pensionszahlungen akute

<sup>292</sup> Hermann Dietrich an Landesfinanzamt Berlin, 24.7.1933. BA, N1004-206, fol. 26.

<sup>293</sup> Richard Bahr an Hans Steinacher, 21.7.1933. BA, N1004-206, fol. 19.

<sup>294</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 5.11.1933. BA, N1004-207, fol. 85.

Geldsorgen hatte, stand in den Folgemonaten immer wieder im Raum, das Stiftungsvermögen selbst anzugreifen. „Gerade das wünsche ich aber zu vermeiden“, schrieb Bahr im September 1933 an Dietrich.

„Sie wissen ja selber: alles fließt heute. Heute oder morgen kann die Pension aus irgendwelchen Gründen aufhören, kann die Aussicht auf den einmaligen Genuss der Berliner Zinsen sich vollends verflüchtigen. Unser einziges Refugium wäre dann eben das Stiftungsvermögen. Das wollen wir also – und mir scheint das ökonomisch durchaus richtig gedacht – so lange als möglich unberührt lassen. Wir nehmen davon den Mietzins. Sonst nichts.“<sup>295</sup>

1934 erhielt das Ehepaar Bahr 800 Franken monatlich aus der Stiftung.<sup>296</sup> Das war an und für sich keine geringe Summe, reichte aber nach Bahrs Aussage nicht dafür, den Lebensunterhalt des Ehepaars – große Mietvilla in Mödling, ausgedehnte Kuraufenthalte, usw. – zu finanzieren. Bahr war zudem ständig in Sorge, dass auch das schweizerische Stiftungsvermögen schwinden würde und besprach sich regelmäßig mit Dietrich über mögliche Veranlagungsstrategien. Im Oktober 1934 schrieb er Dietrich, „die Schreckensposten überstürzen sich bei uns. Heute bekomme ich einen Brief von der Bank aus Schaffhausen, woraus sich ergibt, dass auch das Stiftungseinkommen erheblich kleiner ist als wir geglaubt hatten. Das Vollmoratorium beginnt sich auch da auszuwirken.“<sup>297</sup> Letztlich nahm Bahr aber bis Ende 1934 keinerlei Veränderungen am Stiftungsvermögen und an der Stiftung selbst vor.

#### „Die Stiftung ... ist in erster Reihe für Südtirol bestimmt.“<sup>298</sup>

Anfang Dezember 1934 widerrief das Ehepaar Bahr die Stiftung im vollen Umfang und ersetzte sie durch eine Familienstiftung. Die Beweggründe sind nicht dokumentiert, waren aber womöglich steuerrechtlicher Natur. Das Statut der neuen Stiftung blieb im Wesentlichen dasselbe, ebenso wie der Name und Sitz der Stiftung. Auch der Zweck zu Lebzeiten der Stifter blieb sehr ähnlich formuliert: „Die Erträge dienen [...] dazu, den genannten Personen einen standesgemäßen Lebensunterhalt zu sichern und ihnen in Krankheitsfällen die erforderliche Pflege zu ermöglichen.“ Was sich jedoch erheblich veränderte, war der geplante Stiftungszweck im Falle des Ablebens. Zuvor war dieser nur vage formuliert gewesen. Die sonstigen Regelungen waren

<sup>295</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 28.9.1933. BA, N1004-206, fol. 77.

<sup>296</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 10.12.1934. BA, N1004-207, fol. 128.

<sup>297</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 27.10.1933. BA, N1004-207, fol. 77.

<sup>298</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 2.6.1936. BA, N1004-207, fol. 310.

mutmaßlich testamentarisch festgelegt. Nun enthielt der neue Stiftungsbrief detaillierte Instruktionen. Nach dem Tod der beiden Stifter würde sich die Stiftung in eine öffentliche umwandeln und sei in das Handelsregister einzutragen. Aus dem Stiftungskapital sei sodann ein Betrag von 100.000 Franken auszusondern, mit dem Zweck, aus dessen Zinserträgen, „ein Richard und Emmy-Bahr Stipendium zu errichten“. Bestimmung dieses Stipendiums sei die Beihilfe „für den katholischen, deutschen Pfarr-Unterricht sowie für den deutschen Privat-Unterricht in Südtirol“. Als Treuhänder dieses Stipendiums wurde der jeweils amtierende Erzbischof von Wien bestimmt. Zur Beratung des Erzbischofes bei der Vergabe wurde die Arbeitsstelle für Südtirol in Innsbruck, damals von Eduard Reut-Nicolussi (1888–1958) geleitet, bestimmt. Die Arbeitsstelle war ursprünglich vom VDA finanziert gewesen, wandte sich aber um 1933 verstärkt dem „Ständestaat“ zu und vom Nationalsozialismus ab.<sup>299</sup> Der verbliebene Rest des Stiftungsvermögens, also alles abzüglich dieses Separatums für Südtirol, solle „Institutionen und Institute im Interesse des Grenz- und Auslands-Deutschtums“ stützen und fördern. Sofern die Zwecke der Stiftung nach dem Tode der beiden Stifter nicht mehr realisierbar seien, wurde bestimmt, dass das Vermögen zu gleichen Teilen der Universität Innsbruck und der „Organisation der deutschen Volksgruppen in Europa“ – gemeint war wohl der eng mit den Europäischen Nationalitätenkongress verbundene Verband der deutschen Volksgruppen Europas – zukommen solle. In die neue Familienstiftung wurden die 210.000 Franken und 4.000 Schwedische Kronen in Obligationen sowie einige Aktienwerte eingebracht.<sup>300</sup> Das Vermögen war gegenüber jenem der früheren Stiftung also nur unerheblich vermehrt worden. Im neuen Stiftungskuratorium waren nun Rechtsanwalt Carl Spahn, Hermann Dietrich und der österreichische Historiker Dr. Roderich Gooß (1879–1951), der seit 1919 im deutschen Diplomatischen Dienst tätig war,<sup>301</sup> vertreten. Zum Zeitpunkt als diese neue Stiftung aufgesetzt wurde war Theodor Innitzer, mit dem Bahr befreundet war, Wiener Erzbischof und es ist gut möglich, dass er die Anregung zum Stipendium für Südtirol gegeben hatte. Südtiroler Stellen waren damals wohl ebenfalls eingebunden gewesen, wie Bahr später einmal, ohne nähere Details zu nennen, schrieb. Die Stiftung sei primär für Südtirol bestimmt, so Bahr im Juni 1936: „Wir selber haben uns ja immer nur als Nutzniesser dieses kleinen Vermögens angesehen, das dem Auslandsdeutschtum gehören soll.“<sup>302</sup>

<sup>299</sup> Vgl. Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 2004.

<sup>300</sup> Satzungen der Richard und Emmy Bahr-Stiftung, 7.12.1934. BA, N1004-208, fol. 2ff.

<sup>301</sup> Bundesarchiv (Hrsg.), Gooß, Roderich, in: „Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online, Biografien, [https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrag/kap1\\_7/para2\\_105.html](https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrag/kap1_7/para2_105.html).

<sup>302</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 2.6.1936. BA, N1004-207, fol. 310.

In den Folgejahren geriet Bahr immer wieder in Streit mit seinem schweizerischen Rechtsanwalt Carl Spahn, der an entscheidender Stelle im Kuratorium saß. Dieser betreute damals auch von Zürich aus die Zeitungsunternehmen des Winklerschen Zeitungskartells in Wien, das heißt u.a. auch die WNN. Offensichtlich agierte Spahn damals als Strohmann der Reichsregierung, weil eine selbst die indirekte Kontrolle durch die Berliner Strohmanggesellschaften aus außenpolitischen Erwägungen damals offenbar nicht möglich war. Weil Bahr auch in Sachen WNN befangen war, ist nicht klar, ob die zahlreichen heftigen Auseinandersetzungen mit Spahn, die vor allem 1936 virulent wurden, wirklich nur aus dessen, wie Bahr empfand, mangelhafter Betreuung der Stiftung resultierten. „[U]nser Freund von der Limath“, so Bahr an Dietrich, empfehle „zur Anlage des Stiftungsvermögens mit Vorliebe Papiere [...], an denen sein Vater beteiligt ist. Vielleicht sind sie wirklich ausgezeichnet. Immerhin: das tut man doch nicht.“<sup>303</sup> Im selben Sinn einige Monate später: „Einem Mann, der mit Vorliebe Papiere empfiehlt, an denen sein Papa beteiligt ist, fehlen die Qualitäten zum Treuhänder. Wir sind fest entschlossen quam celerrime von ihm uns zu lösen.“<sup>304</sup> Auch René Corrodi, der Direktor der Schaffhauser Kantonalbank, bei der das Stiftungsvermögen lag, habe ihm gegenüber schon kritische Bemerkungen über Spahn gemacht, behauptete Bahr. Im Mai 1936 bat Bahr aus diesem Grund Dietrich, forthin besonders über die Stiftung zu wachen: „Ich möchte Herrn Spahn, der seit drei-viertel Jahren mir grundsätzlich auf keinen Brief Antwort gibt, nicht omnipotent schalten und walten lassen. Wie ich überhaupt die derzeitige Verfassung der Stiftung verändern möchte. Darüber müssen wir aber natürlich mündlich sprechen.“<sup>305</sup> Es mag sich, wie gesagt, um einen Stellvertreterkonflikt in Sachen WNN gehandelt haben, aber Spahn dürfte einem Teil seiner Pflichten als Stiftungskurator tatsächlich nicht nachgekommen sein. Selbst eineinhalb Jahre nachdem die Stiftung 1934 neuerrichtet worden war, hatte Dietrich, wie dieser Bahr mitteilte, weder eine Bestellsurkunde noch deren Statuten übermittelt bekommen.<sup>306</sup> Dass Bahr die Sache seiner Stiftung und jene der WNN, die er gewissermaßen ebenfalls als eigene Angelegenheit betrachtete, miteinander verknüpfte geht aus einer weiteren der unzähligen Beschwerden über Spahn hervor:

„Das Gehaben des Platzkurators, ich kann nur immer wiederholen, gefällt mir durchaus nicht. [...] Ich bewundere die Herren, die mit einem solchen Treuhänder auskommen

<sup>303</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 20.1.1936. BA, N1004-207, fol. 266.

<sup>304</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 22.5.1936. BA, N1004-208, fol. 26.

<sup>305</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 3.5.1936. BA, N1004-207, fol. 297.

<sup>306</sup> Hermann Dietrich an Richard Bahr, 9.5.1936. BA, N1004-207, fol. 300.

können. Wie der arbeitet, hat doch wieder einmal glänzend der Fall der WNN bewiesen. Jetzt musste er mir ganz kleinlaut eingestehen, dass sich das Unternehmen anscheinend ganz gut mache.“<sup>307</sup>

Während Bahr Spahn zu diesem Zeitpunkt, Anfang Juni 1936, so schnell wie möglich loswerden wollte,<sup>308</sup> riet Dietrich dazu, diesen im Kuratorium zu belassen, vor allem weil es nicht leicht sei, einen adäquaten Ersatz zu finden.<sup>309</sup> Inzwischen hatte Bahr schon bei Bankdirektor Corrodi angefragt, ob dieser bereit wäre, Spahn zu ersetzen: „Würden Sie sich nicht dazu verstehen können, da Herr Dr. Spahn doch offenbar zu überlastet ist, an seine Stelle in das Kuratorium einzutreten? Ich möchte glauben, dass das dem Betrieb nützen und auch den Verkehr erheblich erleichtern und vereinfachen würde.“<sup>310</sup> Eine Antwort ist nicht überliefert. Spahn wollte schließlich wohl aus eigenem Antrieb zurücktreten. Im Kuratorium saß er damals ohne Vergütung – ein reiner Freundschaftsdienst, wie er empfand, der ihm nur Ärger und Undank bei Bahr einbrachte. Spahn informierte Dietrich am 10. Juni 1936, „dass ich mich veranlasst gesehen habe, Herrn Dr. Bahr zu bitten, für meine Ersetzung im Kuratorium besorgt zu sein. Ich kann die Art und Weise, wie der Genannte es für richtig findet, mit seinem schweizerischen Sachwalter umzuspringen, nicht mehr ertragen.“<sup>311</sup> Zum Austritt kam es dann letztlich nicht, weil Dietrich offenbar die Wogen glättete, aber die latenten Spannungen blieben. Im September des Jahres erwog Bahr gar, die Stiftung wieder gänzlich aufzulösen, weil ihm diese, wie er mittlerweile überzeugt war, nur Scherereien bereite. „Ich für mein Teil wäre dafür es bei den testamentarischen Bestimmungen zu lassen und sie einstweilen noch durch ein Legat zugunsten des Deutschen Schulvereins zu erweitern, aber die volle Verfügungsgewalt uns wiederzugeben.“<sup>312</sup>

Am 31. Oktober 1936 trafen sich Richard und Emilie Bahr, Carl Spahn und Hermann Dietrich in Schaffhausen zu einem Krisengespräch. Dietrich trat dabei offenbar als Vermittler zwischen Bahr und Spahn auf. Als Ergebnis der Besprechung vereinbarten die Anwesenden, „dass die bisherigen Differenzen, die zum Teil auf Missverständnisse zurückzuführen sind, als erledigt angesehen werden sollen, und dass das Kuratorium in der alten Zusammensetzung weiter arbeitet“. Ferner wurde eine Ergänzung der Stiftungsurkunde vereinbart. Nach dem Ableben der

<sup>307</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 11.5.1936. BA, N1004-207, fol. 303.

<sup>308</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 2.6.1936. BA, N1004-207, fol. 310.

<sup>309</sup> Hermann Dietrich an Richard Bahr, 17.9.1936. BA, N1004-207, fol. 354f.

<sup>310</sup> Richard Bahr an René Corrodi, 22.5.1936 (Abschrift). BA, N1004-208, fol. 25.

<sup>311</sup> C. A. Spahn an Hermann Dietrich, 10.6.1936. BA, N1004-208, fol. 31.

<sup>312</sup> Richard Bahr an Hermann Dietrich, 12.9.1936. BA, N1004-208, fol. 42.

Stifter sollten 50.000 Franken dem Deutschen Schulverein Südmark zufallen, „zur Verwendung für Grenzlandschulen“ (darunter stand, durchgestrichen, „für den deutschen Schulunterricht in Südtirol“). Und Spahns Tätigkeit wurde ab diesem Zeitpunkt vergütet.<sup>313</sup>

### Eine dritte Bahr'sche Stiftung?

Zwei Monate darauf verstarb Richard Bahr in Mödling und seine Witwe Emilie blieb als einzige Stifterin und Begünstigte übrig. Im Januar 1937 setzte sie, damals war sie wohl gerade bei Dietrich in Berlin auf Besuch, ein neues Testament auf.<sup>314</sup> Ob es je Rechtsgültigkeit erlangte ist nicht bekannt, da in Dietrichs Nachlass kein unterschriebenes Original und auch keine beglaubigte Abschrift liegt. Das Testament, besser gesagt – der Entwurf, sah folgende Regelung für die Zeit nach Emilie Bahrs Ableben vor: Jener dritte Teil des Richard und Emmy-Bahr Stiftungsvermögens über den noch nicht verfügt worden war (damit waren die 100.000 Franken für das Südtiroler Stipendium und wohl die 50.000 Franken für die Südmark gemeint), solle nach ihrem Tod der Universität Wien zur Errichtung einer österreichischen „Richard und Emmy-Bahr Stiftung“ – unabhängig von jener in Schaffhausen – zufallen. Überschlagsmäßig gerechnet hätte diese Stiftung also, nach dem Stand von 1934, noch etwa 60.000 Franken und einen vierstelligen Kronenbetrag in Obligationen sowie kleinere Aktienwerte umfasst. Dieses Restvermögen sei von der Wiener Universität zu verwalten und zinsbringend anzulegen. Die Erträge dieser neuen Wiener Stiftung seien einmal jährlich für folgende Zwecke zu verwenden:

- a) zu Unterstützungen von Dozenten der Universitäten Wien, Graz und Innsbruck, die sich mit dem Studium der Geschichte der politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Lage des Deutschtums im Südosten, also im Gebiete des früheren Österreich-Ungarn und darüber hinaus, in Südrussland und den Balkanstaaten beschäftigen, und darüber Bücher oder Broschüren herausgeben,
- b) als Zuschüsse zur besseren Ausstattung von Büchern und Schriften auf dem vorgenannten Gebiete mit Karten, Statistiken oder Übersetzungen in andere Sprachen und dergl. mehr,
- c) zur Unterstützung der vorgenannten drei Universitäten, welche auf dem unter a) genannten Gebiet Doktorarbeiten machen. Wenn es zweckmässig erscheint, können einem solchen Kandidaten auch Reisezuschüsse zum Besuch der in Betracht kommenden deutschen Gebiete gegeben werden.

Während die Stiftung von 1934 noch die Universität Innsbruck – jedenfalls für den Fall, dass die sonstigen Zwecke nicht mehr erfüllbar gewesen wären – begünstigt hätte, war es nun die

<sup>313</sup> Protokoll, 31.10.1936. BA, N1004-208, fol. 65.

<sup>314</sup> Testament der Emilie Bahr, Januar 1937. BA, N1004-208, fol. 87.

Universität Wien, die einen erheblichen Anteil am Stiftungsvermögen treuhändisch erhalten sollte. Allerdings sollten auch die Universitäten Innsbruck und Graz durch diese neue Stiftung begünstigt werden. Dass Richard Bahr bereits entsprechende Pläne gewälzt hatte, ist jedenfalls nicht überliefert. Möglicherweise war die Bekanntschaft des Ehepaars mit Srbik ausschlaggebend für diese testamentarische Verfügung Emilie Bahrs. Dafür spricht jedenfalls, dass sie diesem bzw. dem Historischen Seminar die Bibliothek und den publizistischen Nachlass ihres verstorbenen Mannes überantwortet hatte. Es kam allerdings letztlich nie zur Einrichtung dieser Stiftung an der Universität Wien, denn Emilie Bahr änderte noch zu Lebzeiten erneut ihren letzten Willen.

Im Februar 1938 wurde auch Dietrich ungeduldiger mit Spahn. Eine Änderung der Stiftungsurkunde zugunsten der Südmark, die Richard Bahr noch zu Lebzeiten haben wollte und die in Schaffhausen vereinbart worden war, hatte Spahn noch immer nicht durchgeführt. An Emilie Bahr schrieb Dietrich, es sei schrecklich mit Spahn.<sup>315</sup> Im April oder Mai 1938 erwarb die Stiftung schließlich Grundbesitz in der Schweiz,<sup>316</sup> womöglich handelte es sich um das Grundstück mit dem Gebäude Schimmelstraße 6 in Zürich.<sup>317</sup> Kuratoriumsmitglied Gooß wiederum legte im Juni 1938 seine Stelle als Mitglied des Stiftungsrates nieder, da ihm Spahn seit zwei Jahren keine Nachricht zukommen hatte lassen.<sup>318</sup> Dietrich bemühte sich daraufhin, Gooß im Kuratorium zu halten, um Emilie Bahrs Interessen zu vertreten, aber das scheint nicht gefruchtet zu haben. Schließlich legte auch Hermann Dietrich am 22. Januar 1940 „durch Erklärung gegenüber Rechtsanwalt Spahn und Frau Bahr sein Amt als Mitglied des Kuratoriums“ nieder.<sup>319</sup> Dazu existiert kein Schriftwechsel, weshalb die Gründe im Dunkeln bleiben. Dietrich vertrat Emilie Bahr allerdings weiterhin in rechtlichen Fragen und hielt engen, freundschaftlichen Kontakt mit ihr. In den überlieferten Briefen wird die Stiftung aber nie mehr erwähnt.

Wer ersetzte Gooß und Dietrich? Wurde die Stiftung damals möglicherweise sogar aufgelöst? Ein neues Problem hatte sich nach dem „Anschluss“ im März 1938 jedenfalls ergeben, da die reichsdeutschen Steuergesetze in Österreich eingeführt wurden und Emilie Bahr die volle Besteuerung der Erträge der Stiftung drohte, obwohl diese in der Schweiz domiziliert war und

---

<sup>315</sup> Hermann Dietrich an Emilie Bahr, 26.2.1938. BA, N1004-208, fol. 126.

<sup>316</sup> Emilie Bahr, Vollmacht, 26.5.1938. BA, N1004-208, fol. 146.

<sup>317</sup> Carl Spahn an Hermann Dietrich, 21.11.1938. BA, N1004-208, fol. 185.

<sup>318</sup> Gooß an Carl Spahn, 11.6.1938 (Abschrift). BA, N1004-208, fol. 158.

<sup>319</sup> Hermann Dietrich, Vermerk, 22.1.1940. BA, N1004-208, fol. 240.

sie selbst monatlich nur mehr 300 Franken aus den Erträgen erhielt.<sup>320</sup> Vielleicht löste ihr Umzug nach Basel dieses Problem. Im Dekanat der Historisch-Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck findet sich eine Abschrift einer beglaubigten Abschrift der Stiftungsurkunde 1931. Die zugrundeliegende beglaubigte Abschrift wurde am 20. Mai 1942 durch den Zürcher Notar P. Fischer verfasst.<sup>321</sup> Zwei Wochen zuvor hatte sich Emilie Bahr aus Mödling abgemeldet. Es gibt ein weiteres Indiz, dass die Stiftung weiter existierte. In Innsbruck existiert ein Teilschnitt einer Ausfertigung der Stiftungsurkunde von 1934. Darauf findet sich der handschriftliche Vermerk: „Ersetzt durch eine neue Stiftungsurkunde vom 27. Aug. 1945“.<sup>322</sup> Diese Urkunde von 1945 ist allerdings nicht überliefert.

### Die zweite Geschichte der Richard & Emmy Bahr-Stiftung

Die zweite Geschichte der Richard & Emmy Bahr-Stiftung beginnt, als sie in den 1950er Jahren schließlich wirklich in eine öffentliche Stiftung umgewandelt wurde. Zwischen der ersten und der zweiten Geschichte liegt ein „dunkler“ Zeitraum von beinahe 15 Jahren, der sich bisher nicht rekonstruieren lässt, weil weder Briefverkehr noch entsprechende Stiftungsunterlagen vorhanden sind. Klar ist, dass die Stiftungsurkunde in dieser Zeit mindestens einmal – wahrscheinlich im August 1945 – geändert wurde. Der im Bundesarchiv überlieferte Briefverkehr zwischen Emilie Reiter und Hermann Dietrich endet im August 1946. Nach Dietrichs Rücktritt aus dem Kuratorium, für den – wie gesagt – keine Begründung überliefert ist, wurde die Stiftung nicht mehr thematisiert. Wenige Monate nach diesem letzten erhaltenen Brief zwischen Reiter und Dietrich, nämlich am 5. Januar sowie erneut am 22. Mai 1947, verfasste Emilie Reiter – das ist dem schweizerischen *Handelsamtsblatt* von 1955 zu entnehmen – zwei letztwillige Verfügungen.<sup>323</sup> Aufgrund dieser Verfügungen, deren Inhalt selbst unbekannt ist, wurde im Oktober 1955 eine „Richard & Emmy Bahr-Stiftung“ in das schweizerische Handelsregister eingetragen. Eine derartige Regelung für die Zeit nach dem Tod der Stifterin war bereits in der Urkunde von 1934 vorgesehen gewesen. Emilie Bahr war allerdings bereits 1948 verstorben. Weshalb mit der Eintragung der öffentlichen Stiftung in das Handelsregister so lange zugewartet worden war, wurde ist unklar.

---

<sup>320</sup> BA, NL1004-201, fol. 81.

<sup>321</sup> Universität Innsbruck, Dekanat Philosophisch-Historische Fakultät, Kopie Stiftungsurkunde der Richard und Emmy Bahr-Stiftung [1931] (Abschrift), ursprünglich angefertigt 20.5.1942.

<sup>322</sup> Ebd., Öffentliche Beurkundung Richard und Emmy Bahr-Stiftung [1934], Fragment.

<sup>323</sup> *Handelsamtsblatt* 73 (1955), Nr. 290, S. 3172.



Bereits im Mai 1954 war ein Reglement der „Richard & Emmy Bahr-Stiftung in Schaffhausen“ erlassen worden, das als Abschrift existiert. Das Reglement war eine Geschäftsordnung für den weiteren Betrieb der Stiftung. Laut Reglement bestand das Vermögen der Stiftung im Kern „aus einer Zuwendung zufolge Testament vom 5. Januar 1947“ der verstorbenen Emilie Reiter bzw. der Nachlassverhandlung. Als Domizil der Stiftung wurde der Sitz der Schaffhauser Kantonalbank in der Bogenstraße 6 in Schaffhausen festgestellt. Das war seit 1931 der Sitz der Familienstiftung. Eine Liste des eingebrachten Vermögens fehlt im Reglement, aber wie man einigen weiteren Bestimmungen des Reglements entnehmen kann, bestand es wohl zu einem großen Teil aus Immobilienvermögen, das durch ein nicht näher bestimmtes Verwaltungsunternehmen betreut werden sollte. Das „Mobiliarvermögen“, sprich die Wertpapiere bzw. Geldwerte, sollte durch die Kantonalbank in sichere schweizerische Wertpapiere und Sparprodukte angelegt werden. „Spekulationen“ wurden statutarisch ausgeschlossen, ein Rückgriff auf die Substanz des Stiftungsvermögens ebenso. Zur Verwaltung der Stiftung wurde ein Stiftungsrat bestimmt. Dieser setzte sich wie folgt zusammen: aus dem jeweiligen Rektor der Universität Innsbruck, zugleich Vorsitzender des Stiftungsrats; dem jeweiligen Dekan jener Fakultät der selben Universität, „welche die hauptsächlichen historischen Fächer umfaßt“ – damals die Philosophische Fakultät; sowie aus dem jeweiligen Direktor der Schaffhauser Kantonalbank. Der Stiftungsrat benannte einen Sekretär, dessen Aufgaben nicht näher bestimmt waren. Vorgesehen war, dass der Stiftungsrat einmal im Jahr in Schaffhausen zusammentraten würde, dort die entsprechenden Beschlüsse fasste, darunter vor allem auch die Art, Höhe und Vergabe von Stipendien „auf Vorschlag des Senates der Universität Innsbruck“ und auf Basis einer Ausschreibung durch das Rektorat vornahm. Im Paragraph 11 des Reglements fand sich die entscheidende Bestimmung zum Zweck dieser Stipendien:

„Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens sind alljährlich Studienstipendien an deutschstämmige Studenten aus Österreich, Südtirol, Deutschland an der Innsbrucker Universität zu vergeben, um ihnen das Studium der Geschichte oder Germanistik zu ermöglichen.

Durch die Gewährung von Stipendien dürfen politische Aktionen zu Gunsten des Deutschtums außerhalb Österreichs, wie überhaupt die Verfolgung politischer Ziele, weder direkt noch indirekt gefördert werden.“<sup>324</sup>

Unterschrieben wurde das im Mai 1954 in Innsbruck und Schaffhausen erlassene Reglement durch den damaligen Rektor der Universität Innsbruck, den Theologen und Jesuit Josef A.

---

<sup>324</sup> Universität Innsbruck, Dekanat der Philosophisch-Historischen Fakultät, Reglement der Richard & Emmy-Bahr Stiftung in Schaffhausen (Abschrift), Mai 1954.

Jungmann, den damaligen Dekan der philosophischen Fakultät, den Pharmakologen Otto Schaumann, sowie durch den bereits bekannten René Corrodi, den Richard Bahr schon 1936 in das Kuratorium hieven wollte. Im Juli 1954 wurde eine technische Ergänzung des Reglements vorgenommen, die unter anderem Rudolf Aeschbacher, den Revisor der Kantonbank, zum Sekretär des Stiftungsrats bestimmte. Anfang September stimmte auch der Testamentsvollstrecker Emilie Bahrs, ein gewisser P. Petersen, dem Reglement und der entsprechenden Ergänzung zu.

Die Gründung der Stiftung fand interessanterweise keinen Eingang in das *Nachrichtenblatt der Universität Innsbruck*, das in Form eines Jahresberichts am Ende des Studienjahres erscheint. Weder in der siebten Ausgabe – für das Studienjahr 1954/55 – noch in der achten Ausgabe – für das Studienjahr 1955/56 findet sich ein entsprechender Vermerk über die Errichtung, eine Ausschreibung der Stipendien oder gar eine Ehrung der Stifterin. Im Übrigen wurden weder Richard Bahr noch Emilie Reiter zu Lebzeiten akademisch durch die Universität geehrt.<sup>325</sup> Auch in den Folgejahren scheint die Stiftung oder die Vergabe der Stipendien im *Nachrichtenblatt* nicht auf. Dieses erschien, später mit dem Übertitel *Innsbrucker Universitätsnachrichten*, bis zum Studienjahr 1974/75. In all diesen Jahren fanden die Stiftung bzw. die Verleihung der Stipendien keine Erwähnung. Da die Stiftung in dieser Form eine Besonderheit darstellt, verblüfft die Absenz jeden Hinweises auf die damalige Gründung einigermaßen. Unklar ist aufgrund der fehlenden Hinweise bislang auch, wann die Stipendien das erste Mal vergeben wurden.<sup>326</sup>

Im schweizerischen *Handelsamtsblatt*, das über Eintragungen in das eidgenössische Handelsregister informiert, wurde die Stiftung erst am 12. Oktober 1955 genannt. Ein Eintragungsdatum geht aus der Meldung nicht hervor. Anders als im Reglement heißt es im *Handelsamtsblatt*, dass die Stiftung auf zwei testamentarischen Verfügungen beruhe. Auch der genannte Stiftungszweck weicht in der Formulierung minimal von jenem im Reglement ab, entspricht diesem aber sinngemäß:

„Richard & Emmy Bahr-Stiftung, in Schaffhausen[:] Unter diesem Namen besteht auf Grund der letztwilligen Verfügungen der Frau Emilie Reiter-Schreiber, in Basel, vom

<sup>325</sup> Universität Innsbruck, Akademische Ehrungen bis 1989, Datenbank, <https://www.uibk.ac.at/universitaet/profile/geschichte/ehrungen-historisch.html>.

<sup>326</sup> Die Akten des Rektorats könnten darüber Auskunft geben, müssen aber erst noch auf entsprechende Hinweise untersucht werden.

5. Januar und 22. Mai 1947 eine Stiftung. Sie bezweckt, aus den Erträgen des Stiftungsvermögens Studienstipendien an deutschstämmige Studenten aus Oesterreich, Süd-Tirol und Deutschland an der Universität Innsbruck zu vergeben, um ihnen das Studium der Geschichte oder Germanistik zu ermöglichen. Durch die Gewährung von Stipendien dürfen politische Aktionen zugunsten des Deutschtums ausserhalb Oesterreichs, wie überhaupt die Verfolgung politischer Ziele, weder direkt noch indirekt gefördert werden. Dem Stiftungsrat von drei Mitgliedern gehören der jeweilige Rektor der Universität Innsbruck, der jeweilige Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Innsbruck und der jeweilige Direktor der Schaffhauser Kantonalbank an, somit gegenwärtig Prof. Dr. phil. Richard Strohal, als Präsident; Prof. Dr. phil. Karl Pivec, beide österreichische Staatsangehörige, in Innsbruck; René Corrodi, von Wädenswil und Illnau (Zürich), in Schaffhausen. Dieser führt Kollektivunterschrift entweder mit Prof. Dr. phil. Strohal oder mit Prof. Dr. phil. Pivec. Domizil: Bogenstrasse 6 (bei der Schaffhauser Kantonalbank).<sup>327</sup>

Inzwischen war also, wie man diesem Eintrag entnehmen kann, eine neue Rektoratsperiode in Innsbruck angebrochen und damit hatte sich auch die Zusammensetzung des Stiftungsrats geändert. Damals war die Rektoratsperiode noch auf ein Studienjahr begrenzt. Auf der bereits erwähnten Abschrift des Reglements von 1954 findet sich als letzter Absatz eine Ergänzung vom 15. Juli 1955, wonach Strohal und Pivec, als neuer Rektor bzw. Dekan, dem Reglement ebenfalls zustimmten.

Im öffentlich einsehbaren Stiftungsverzeichnis der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht, die im Departement des Inneren angesiedelt ist, wird der Stiftungszweck auch heute noch wie folgt angegeben: „Gewährung von Stipendien an Studierende aus Österreich, Süd-Tirol und Deutschland an der Universität Innsbruck, um ihnen das Studium der Geschichte oder Germanistik zu ermöglichen.“<sup>328</sup> Ein davon geringfügig abweichender Wortlaut findet sich in diversen kommerziellen Branchenverzeichnissen und Finanzportalen:

„Aus Erträgen des Stiftungsvermögens Studienstipendien an deutschstämmige Studenten aus Oesterreich, Südtirol und Deutschland an der Universität Innsbruck zu vergeben, um ihnen das Studium der Geschichte oder Germanistik zu ermöglichen. Durch die Gewährung von Stipendien dürfen politische Aktionen zugunsten des Deutschtums ausserhalb Oesterreichs, wie überhaupt die Verfolgung politischer Ziele, weder direkt noch indirekt gefördert werden.“<sup>329</sup>

<sup>327</sup> *Handelsamtsblatt* 73 (1955), Nr. 290, S. 3172.

<sup>328</sup> EDI, Stiftungsregister, <https://www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/eidgenoessische-stiftungsaufsicht/stiftungsverzeichnis.exturl.html/>

<sup>329</sup> Gleichlautend im ch.kompass.com Firmenverzeichnis, fundraiso.ch Förderverzeichnis etc.

Als Urkundendatum, also als Gründungsakt der Stiftung, ist im Handelsregister der 22. Mai 1947, also das Erstellungsdatum des zweiten Testaments, eingetragen. Die Stiftung gilt nach heutigem Recht als „fördernde Stiftung“.

Die Gründung der Stiftung fand – wie gesagt – keine Erwähnung in den öffentlichen Mitteilungen der Universität. Auch ist bis dato unklar, wie die Ausschreibung und die Vergabe der Stipendien in den ersten Jahrzehnten des Bestehens erfolgten. Aus jüngerer Zeit lässt sich dies, dank der der Internetveröffentlichungen der Universität, wenigstens teilweise nachvollziehen. Das *Mitteilungsblatt der Universität Innsbruck* enthielt zuletzt im Jahr 2005, anlässlich der damaligen Ausschreibung, den Verweis auf die damals gültigen Satzungen der Stiftung, die aber nicht vollständig abgedruckt wurden:

„Bewerbungsberechtigt sind an der Leopold-Franzens Universität Innsbruck immatrikulierte und inskribierte deutschstämmige Studenten oder Studentinnen der Fächer Geschichte oder Germanistik aus Österreich, Südtirol und Deutschland (§ 11 des Reglements).

(2) Durch die Gewährung der gegenständlichen Stipendien dürfen politische Aktionen zugunsten des Deutschtums außerhalb Österreichs, wie überhaupt die Verfolgung politischer Ziele, weder direkt noch indirekt gefördert werden (§ 11 des Reglements).

(3) Die Vergabe der Stipendien erfolgt auf Vorschlag des Rektors der Leopold-Franzens Universität Innsbruck durch den Stiftungsrat der ‚Richard & Emmy Bahr-Stiftung in Schaffhausen‘ nach einer Vorauswahl an den ho. Instituten für Geschichte und deutsche Sprache, Literatur und Literaturkritik (§ 12 des Reglements).

(4) Die Vergabe erfolgt sowohl in Bewertung des Studienerfolges als auch in Berücksichtigung der sozialen Bedürftigkeit des Bewerbers oder der Bewerberin.“<sup>330</sup>

Interessant war der Verweis auf den Paragraph 12 des Reglements. In der Fassung von 1954 war hier noch bestimmt gewesen, dass der Akademische Senat den Vorschlag für „Art und Höhe der einzelnen Stipendien“ zu unterbreiten hätte. Dieses Vorschlagsrecht des Senats wurde offenbar zu einem späteren Zeitpunkt zugunsten eines „Vorauswahlrecht“ der Institute für Geschichte und Germanistik abgeändert. Diese Abänderung des Reglements ist nicht dokumentiert.

Seit 2006 verzichtet das *Mitteilungsblatt* anlässlich der Stipendienausschreibung auf die Nennung der Rechtsgrundlagen der Stiftung und auf die Wiedergabe des Stiftungszwecks. Statt-

---

<sup>330</sup> *Mitteilungsblatt der Universität Innsbruck* 2004/05, 34. Stück, 4.5.2005, S. 270.

dessen erscheinen anlässlich der Verleihung der Stipendien (manchmal auch als Studienförderpreise bezeichnet), vage Hinweise auf die Stifterin bzw. den Stiftungszweck. Nach einer Pressemitteilung der Universität Innsbruck von 2004 sei die Stiftung „im Jahr 1947 durch das Testament von Frau Emilie Reiter (geborene Schreiber, verwitwete Bahr) in Basel ins Leben gerufen worden“.<sup>331</sup> Ähnliche Formulierungen fanden sich in der Vergangenheit immer wieder. Anlässlich der Verleihung der Stipendien im Jahr 2006 hieß es:

„Das Vermögen für die Stipendienvergabe stammt aus der Richard und Emmy Bahr-Stiftung aus einem Testament vom 5. Januar 1947 der Frau Emilie Reiter geborene Schreiber, verwitwete Bahr, aus Basel. Es wird durch die Schaffhauser Kantonalbank verwaltet. ‚Die Stipendien werden an Studierende mit deutscher Muttersprache aus Österreich, Südtirol und Deutschland, inskribiert an der Philosophisch-Historischen und Philologisch-Kulturwissenschaftlichen Fakultät vergeben‘, erläutert Rektor Manfred Gantner in seinen Eröffnungsworten.“<sup>332</sup>

Interessanterweise war hier, im Gegensatz zum Wortlaut im Stiftungsregister, von „Studierenden mit deutscher Muttersprache“ die Rede. 2005 hatte die Formulierung in der Ausschreibung noch „deutschstämmig“ gelautet. Tatsächlich wurde aber erst 2008 das Reglement der Stiftung neu aufgesetzt und die entsprechenden Änderungen am Wortlaut vorgenommen. Auf den Eintrag im Handels- bzw. Stiftungsregister scheint das keinen Einfluss genommen zu haben. Laut Paragraph 15 ersetzte diese neue Satzung ein früheres Reglement vom 25. Mai 1990, das ebenfalls nicht einsehbar war. Im Großen und Ganzen entspricht aber auch dieses Reglement vom 15. Mai 2008 inhaltlich und formell noch jenem von 1954, sodass angenommen werden kann, dass die jeweiligen Änderungen in den Jahren dazwischen stets nur kosmetischer Natur gewesen waren. Die augenscheinlichste Änderung gegenüber allen früheren Fassungen ist jene in Paragraph 12, der dem früheren Paragraph 11 entspricht und den Zweck der Stiftung bzw. die Stipendien regelt:

„Aus den Erträgen des Stiftungsvermögens sind alljährlich Studienstipendien an Studierende deutscher Muttersprache aus der Republik Österreich, der Autonomen Provinz Bozen – Südtirol oder der Bundesrepublik Deutschland an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck zu vergeben. Anwärter auf ein Studium aus Geschichte, Deutscher Sprache oder inhaltlich verwandten Fächern werden dabei bevorzugt, bei Mangel an qualifizierten Gesuchen können auch Anwärter anderer Studienrichtungen berücksichtigt werden.“

<sup>331</sup> Richard und Emmy Bahr-Stipendien vergeben, in: Universität Innsbruck (Hg.), iPoint, 3.11.2004, [https://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni\\_und\\_studium/20041103.html](https://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni_und_studium/20041103.html).

<sup>332</sup> 40.000 Euro für einen Notendurchschnitt unter 1,9, in: Universität Innsbruck (Hg.), iPoint, 31.3.2006, [https://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni\\_und\\_auszeichnungen/347751.html](https://www.uibk.ac.at/ipoint/news/uni_und_auszeichnungen/347751.html).

Durch Gewährung von Stipendien dürfen politische Aktionen zu Gunsten des Deutschtums ausserhalb Österreichs, wie überhaupt die Verfolgung politischer Ziele, weder direkt noch indirekt gefördert werden.“

Inhaltlich entsprach das weitestgehend dem alten Sinne. Offenbar ging es aber darum, den problematischen Begriff „deutschstämmig“ durch eine neutralere Formulierung zu ersetzen. Der gewählte Ersatz „deutscher Muttersprache“ erscheint allerdings als Notlösung. Eine weitere Änderung: Das Vorschlagsrecht über Art und Höhe der Stipendien ging ab 2008 auf das Rektorat über. Das neue Reglement wurde vom damaligen Rektor Karlheinz Töchterle, vom damaligen Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät Christoph Ulf und vom damaligen Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Kantonalbank Kaspar Ottiger unterzeichnet.<sup>333</sup> Zuletzt hieß es anlässlich der Ausschreibung der Stipendien 2009/2010 im Mitteilungsblatt der Universität: „Bewerbungsberechtigt sind Studierende deutscher Muttersprache aus der Republik Österreich, der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol oder Deutschland, die an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck immatrikuliert und inskribiert sind.“<sup>334</sup> Ab dem Folgejahr wurden die Stipendien als „Studienförderpreise“ bezeichnet. Verwiesen wurde auf Paragraph 12 des Reglements – der Verweis auf die darin festgelegte Herkunft aus Österreich, Südtirol oder Deutschland und die „deutsche Muttersprache“ fehlte. War das Reglement etwa wieder geändert worden? Dafür gibt es keinen Hinweis. Als Bewerbungsbedingung wurde eine österreichische Staatsbürgerschaft oder jene eines EU-Mitgliedstaates angegeben. Außerdem wurden erstmals ein „ausgezeichneter Studienerfolg“ und „engagierte Zukunftspläne“ als Kriterien festgelegt. Zudem sollten die Preise an Studierende im zweiten Studienabschnitt bzw. im Masterstudium vergeben werden.<sup>335</sup> Die Stifterin selbst wurde zuletzt anlässlich der Verleihung 2016 zuletzt öffentlich genannt.<sup>336</sup> Ab diesem Jahr wurde die Art und der Modus der Stipendienvergabe stark verändert.

### Vorläufiges Fazit

Über die Gründe, weshalb die Universität Innsbruck schlussendlich in den Genuss dieser Stiftung kam, kann man letztlich nur spekulieren. Es gibt aber durchaus plausible Vermutungen: Richard Bahr selbst hatte, insbesondere nach seinem Wohnortswechsel 1933 nach Österreich,

---

<sup>333</sup> Universität Innsbruck, Dekanat der Philosophisch-Historischen Fakultät, Reglement der Richard & Emmy Bahr Stiftung in Schaffhausen, 25.5.1990.

<sup>334</sup> Mitteilungsblatt der Universität Innsbruck 2009/2010, 5. Stück, 2.12.2009, S. 65.

<sup>335</sup> Mitteilungsblatt der Universität Innsbruck 2010/2011, 11. Stück, 2.2.2011, S. 190

<sup>336</sup> Bahr-Stipendien 2016 vergeben, in: Universität Innsbruck (Hg.), Newsroom, uibk.ac.at, 9.12.2016, <https://www.uibk.ac.at/newsroom/bahr-stipendien-2016-vergeben.html.de>.

immer stärker sein Interesse auf „österreichische“ Themen und vor allem auf Südtirol konzentriert. Zudem kam es, nicht zuletzt aufgrund seiner Erfahrungen nach der NS-Machtübernahme, zu einer gewissen Entfremdung vom VDA und anderen reichsdeutschen Organisationen, deren Begünstigung er ursprünglich ins Auge gefasst hatte. Dazu kam seine Bekanntschaft mit Heinrich von Srbik, mit dem auch Emilie Reiter nach dem Tod Richard Bahrs in Kontakt blieb. Reiter hatte Srbik bekanntlich einen bedeutenden Teil des publizistischen Nachlasses hinterlassen. Sie wollte ursprünglich auch die Universität Wien begünstigen. Dort hätte, wie erwähnt, eine „Richard & Emmy Bahr-Stiftung“ eingerichtet werden sollen. Srbik verlor allerdings 1945 aufgrund seiner Verstrickungen in den Nationalsozialismus seinen Wiener Lehrstuhl und lebte fortin in Ehrwald in Tirol. Damit war wohl auch Emilie Reiters Verbindung zur Universität Wien gekappt. 1947 änderte sie ihren letzten Willen und beschloss Innsbruck zu begünstigen. Mit ihrem verstorbenen Ehemann Richard Bahr war Emilie Reiter immer wieder in Südtirol gewesen. Sie teilte seine politische Einstellung, seine Verbindung zu Österreich und wohl auch sein Interesse für das „Grenzlanddeutschum“. Vielleicht war es also nur die Nähe zu Südtirol und die grundsätzliche Verbindung zu Österreich, welche dazu führten, dass die Universität Innsbruck – mit ihrer eigenen problematischen Geschichte als „Grenzlanduniversität“ – letztlich diese Zuwendung erhielt.

Der Umgang mit der Stiftung an der Universität Innsbruck ab Mitte der 1950er Jahre müsste, wie bereits festgestellt, noch gesondert und detailliert untersucht werden. Zu untersuchen wäre insbesondere auch die Vergabe der Mittel bzw. die jeweils geförderten Studierenden. Darüber hinaus sind zwei Dinge auffällig: Zum einen wurde diese Stiftung bzw. die Stifterin, soweit der derzeitige Forschungsstand, von Seiten der Universität nie gewürdigt – dabei sind derartige Stiftungen durchaus eine Besonderheit. Zum anderen wurden aber auch die Hintergründe der Stiftung bis in die jüngste Zeit nicht kritisch hinterfragt und untersucht. Augenscheinlich wurde die Formulierung „deutschstämmig“ im Stiftungszweck erst Mitte der 2000er Jahre als problematisch erkannt.